



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Sicherheitspolitik Ungarns im Kontext
des NATO-Beitritts“

Verfasser

Béla Szászy junior

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300 295

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	
Vorwort	
Einleitung	1
1. Theoretischer Teil	6
1.1 Hinweis zur Methode und Forschungsfrage	6
1.2 Methode	7
1.3 Theorien Internationaler Politik	8
1.3.1 Realismus	10
1.3.2 Neorealismus	12
1.3.3 Neoliberaler Institutionalismus	16
1.3.4 Konstruktivismus	20
1.3.5 Modell kollektiver Sicherheit	22
1.4 Begriffsdefinitionen	24
2. Das Nordatlantische Bündnis NATO	31
2.1 Neue Sicherheitsherausforderungen zum neuen Jahrtausend	31
2.2 Die Positionen Russlands und der USA gegenüber der NATO-Osterweiterung	34
2.2.1 Die Haltung der USA	35
2.2.2 Die Haltung Russlands	37
2.3 Die Entwicklung der NATO	40
2.4 Das Sicherheitskonzept der NATO	45
2.4.1 Nationale Sicherheitsstrategie	46
2.4.2 Nationale Militärstrategie	47
2.4.3 Militärdoktrinen	48
2.4.4 Study on NATO Enlargement	48

3. Die Sicherheitspolitik Ungarns im Kontext des NATO-Beitritts	50
3.1 Ungarn zwischen politischer Wende und euroatlantischer Annäherung	50
3.3.1 Die allgemeine Lage Ungarns vor dem Umbruch	50
3.1.2 Opposition und Macht	51
3.1.3 Die politische Wende	53
3.1.4 Der demokratische Übergang und Wahlen 1990	59
3.2 Die Vorgeschichte zur Annäherung Ungarns an die NATO	61
3.3 Die sicherheitspolitische Komponente	68
3.3.1 Der geopolitische Aspekt	70
3.3.2 Überlegungen einer neuen Sicherheitspolitik	71
3.3.3 Wirtschaftliche Ausgangslage	73
3.3.4 Der rechtliche Aspekt des ungarischen NATO-Beitritts	73
3.4 Grundsätze der ungarischen Sicherheitspolitik und der nationalen Sicherheit	76
3.4.1 Die Grundprinzipien der Landesverteidigung	77
3.4.2 Außenpolitische Zielsetzungen	81
3.4.3 Verpflichtungen	83
3.5 Reform innerhalb der Streitkräfte	86
3.5.1 Innenpolitik	90
3.5.2 Die ungarische Verfassung	94
3.5.3 Parlamentsparteien und der NATO-Beitrittsgedanke	96
3.5.4 Ungarns Beteiligung an PfP und IFOR/SFOR	98
3.5.5 Management von Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik als Merkmal der ungarischen Sicherheitspolitik	101
3.6 Das NATO-Mitglied Ungarn und seine künftige sicherheitspolitische Perzeption	107
4. Resumé	109
5. Quellenverzeichnis	117
6. Abkürzungsverzeichnis	124
Anhang	

Danksagung

Besonderer Dank gilt meinen Eltern, Katalin und Béla und meiner Lebensgefährtin Kamila, sowie meinen Brüdern René und Péter für ihre Unterstützung.

Ich danke folgenden Persönlichkeiten für die gewährten Interviews:

Generalmajor József Bali

(Stellvertretender Staatssekretär im Ungarischen Verteidigungsministerium)

Dr. Ferenc Gazdag

(Ungarisches Außenministerium)

Weiters danke ich für aufschlussreiche Informationsgespräche:

Dr. György Nógrádi

(Wirtschaftsuniversität Budapest, Abteilung für Sicherheitspolitik)

Dr. László Kiss

(Wirtschaftsuniversität Budapest)

Dr. Lajos Keresztes

(Lektor Universität Piliscsaba)

HR Dr. Rudolf Hecht

(Leiter Forschungsabteilung LaVAK)

Vorwort

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und der bipolaren Weltordnung traten auch in den internationalen Beziehungen wesentliche Veränderungen ein. Die Wahrscheinlichkeit großer Kriege ist stark gesunken, die der sog. „kleinen“ Kriege wurde jedoch immer realer.

Im Jahr 1989 begannen mit der politischen Wende in Ungarn auch die Hauptprobleme dieser Zeit, welche die wirtschaftlichen und die sicherheitspolitischen Herausforderungen waren. In der Zwischenzeit ist Ungarn aus dieser Grauzone zwischen der ehemaligen Sowjetunion und dem sog. „Westen“ bereits entkommen. Im Jahr 1999 erfolgte der Beitritt zur Nordatlantischen Allianz und im Jahr 2004 der Beitritt zur Europäischen Union. Aber Europa ist für Ungarn nicht nur die NATO oder die EU, sondern wesentlich mehr. Es ist die gemeinsame Vergangenheit und hoffentlich auch die gemeinsame Zukunft und eine Wertegemeinschaft. Von Anfang an, als im Februar 1991 die sog. Visegrad-Gruppe gegründet wurde, stand die Frage im Raum, ob die strategischen Ziele dieser Staaten ähnlich seien oder nicht. Die Antwort war ein eindeutiges „Ja“ in Form der Hinwendung zur westlichen Integration. Die zweite Frage, die sich stellte war, ob man diesen Weg gemeinsam beschreiten wollte oder aber gegeneinander eingestellt war. Diese Frage konnte anfänglich nicht eindeutig beantwortet werden, erst ab Mitte der neunziger Jahre zeigte sich ein eine bessere Kooperationsbereitschaft. Diese sollte auch im Zuge der gemeinsamen Anstrengungen weiter bestärkt und ausgebaut werden. Eine Politik gegeneinander kann nicht das Ziel in einem modernen Europa sein. Die Staaten Ost- und Mitteleuropas waren schon zweimal Verlierer des 20. Jahrhunderts. Erst kam Hitler und dann Stalin. Diese Völker hatten damals keine Möglichkeit ein anderes Schicksal zu wählen, doch an der Schwelle zum neuen Jahrtausend muss ein gemeinsamer Weg zu einem friedvollen Europa beschritten werden, um nicht noch einmal Verlierer der Geschichte zu werden.

„The North Atlantic Pact establishes a North Atlantic Military Community. It means that the United States must help Western Europe to rearm.[...] The North Atlantic Pact is meant primarily to assure peace to all its signatories”

Einleitung

Die Arbeit befasst sich mit der Frage, in welcher Weise die Osterweiterung der NATO mit den sicherheitspolitischen Überlegungen Ungarns in Zusammenhang steht. Das Phänomen der „NATO-Osterweiterung“ wird von zwei Seiten her behandelt: Einerseits soll durch den theoretischen politikwissenschaftlichen Diskurs ein Zugang geschaffen werden, und andererseits erfolgt über die historischen Entwicklungen und das spezielle Identitätsmuster im speziell behandelten Land Ungarn eine Vertiefung in die Problematik. Ausgehend vom zentralen Forschungsinteresse erfolgen die Anmerkungen zur Theorie und Methode, gefolgt vom Aufbau der Arbeit in drei große Hauptkapitel: eine theoretisch deskriptive Erfassung des Phänomens (Allianzbildung) und das Formulieren der Forschungsfragen, welche im Lauf des zweiten und dritten Kapitels beantwortet werden sollen. Das zweite Kapitel befasst sich mit der historischen Verlaufsdarstellung und der Einführung in die spezielle Problematik. Das dritte und letzte Kapitel beinhaltet die empirische Aufarbeitung und die chronologische Darstellung der Sicherheitspolitik Ungarns im Kontext des NATO-Beitritts. Am Ende der Arbeit wird im Resumé die Evaluierung der aufgestellten Thesen durchgeführt.

Ausgangsbasis für den theoretischen Teil ist die politikwissenschaftliche Debatte. Miteinbezogen werden klassische Theorietypen, wie Realismus, Neorealismus und Institutionalismus und das Modell der kollektiven Sicherheit. Erklärt werden hierbei auch die Grundbegriffe, welche im Lauf dieser Arbeit verwendet werden, wie beispielsweise Macht, Sicherheit, Bedrohung. Ein Charakteristikum der klassischen Theorietypen ist die militärische Komponente, während aber seit

¹ Hard, William; Visson, Andre (1949): The North Atlantic Road to Prosperity, in: The Reader's Digest Vol. 55, No. 327, Pleasantville, New York, July 1949, S. 58

spätestens dem Ende des Kalten Krieges zunehmend auf soziale, ökologische und ökonomische Merkmale Wert gelegt wird. Die Arbeit behandelt vorwiegend die militärische Komponente der Sicherheitspolitik Ungarns und setzt sich mit ihrer Entwicklung im Kontext des NATO-Beitritts Ungarns auseinander.

In Bezug auf die Rolle von internationalen Institutionen besteht die gründlichste Debatte zwischen dem Neorealismus und dem neoliberalen Institutionalismus. Die größte Unterschied dieser beiden Theorierichtungen ist jedoch, dass diese sich in ihrer Grundannahme konträr gegenüber stehen – pessimistische Weltsicht des (Neo-)Realismus und optimistische Weltsicht des neoliberalen Institutionalismus. Besonders hervorgehoben wird auch die Theorie des Konstruktivismus, welche den sozialen Zusammenhang der Wissenschaft und die Bedeutung von konstruierten Identitäten und Verhaltensnormen unterstreicht.

Neben den verschiedenen politikwissenschaftlichen Theorien existieren zusätzlich noch bestimmte Sicherheitsmodelle, welche ebenfalls im Theorieteil auf diese Problematik hin behandelt werden. Es wird das Modell der kollektiven Sicherheit dargestellt. In der Diskussion über die NATO-Osterweiterung finden all diese Theorien und Konzepte eine bestimmte Bedeutung.

Am Ende des theoretischen Teils erfolgen die Definitionen der in dieser Arbeit verwendeten zentralen Begriffe. Weiters soll ermittelt werden, welche Theorien für die Analyse des Phänomens „NATO-Osterweiterung“ anwendbar sind.

Das zweite Hauptkapitel behandelt die NATO und deren Eigenschaften, gefolgt von einer Gegenüberstellung der Positionen Russlands und der USA, sowie der Darstellung und der Bewertung der sog. „Study on NATO Enlargement“, der NATO-Erweiterungsstudie.

Eine wichtige deskriptive Komponente im Verlauf des dritten Kapitels ist die historische Bewertung der Situation vor und nach 1989/90 in Ungarn, die spezielle Lage der Minderheiten in dieser Region und die charakteristische Entwicklung des

Sicherheitsdenkens ab dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem Beitrittsdatum. In diesem Zusammenhang steht selbstverständlich das Paket an Maßnahmen zur Vorbereitung, nicht nur militärischer, sondern zunehmend auch politischer und ökonomischer Natur, sowie die Rolle der PfP und der IFOR/SFOR.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der globalen militärischen Konfrontation hat ein neues Kapitel der internationalen Beziehungen und innerhalb Europas begonnen. Die sicherheitspolitische Lage in Ostmitteleuropa veränderte sich ab dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs grundlegend. In einem einsehbareren Zeitraum sind keine regionalen bewaffneten Auseinandersetzungen, noch eine politische Instabilität, zu erwarten, dennoch kann man letztendlich nichts ausschließen.

Für die Republik Ungarn ist eine der sicherheitspolitischen Zielsetzungen, die Aufrechterhaltung der geordneten Beziehungen mit den Nachbarstaaten. Es wird dem Ausbau und der Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen besonderes Gewicht beigemessen, und es werden bilateral keine Territorialforderungen gestellt. Ungarn hat keine unmittelbare militärische Bedrohung von seinen Nachbarländern zu erwarten, dennoch ist die militärische Kapazität in den umliegenden Ländern eindeutig mit einer strategischen Gewichtung Richtung Ungarn festzustellen. Trotz der Überlegenheit dieser militärischen Kapazitäten könnte keine erfolgreiche Aggression gegen Ungarn ausgeübt werden, und die Wahrscheinlichkeit einer solchen ist durch die NATO-Mitgliedschaft noch weiter minimiert.

Durch den Wegfall der Bipolarität ist das Bedrohungsszenario der heutigen Zeit ein anderes als damals. Hatte eine Krise im alten Europa meist einen militärischen Hintergrund, so können heute Krisensituationen durch politische, wirtschaftliche und soziale Instabilität hervorgerufen werden, wobei im Hintergrund meist unaufgearbeitete Geschichte, das psychologische Erbe der Diktaturen, Unreife für Demokratie, Vernachlässigung der wirtschaftlichen Probleme, die Verletzung der Menschenrechte und damit in Verbindung die Vernachlässigung der nationalen,

ethnischen und religiösen Minderheiten stehen. Somit können durch das Aufleben und des zeitweise erstarkenden Nationalismus und das Bestreben der Etablierung national homogener Staaten auf lange Sicht negative Auswirkungen auf die Region haben.

Der Fall Ungarns auf dem Weg in die NATO eignet sich gut als Beispiel, um auch die größeren Zusammenhänge und Hintergründe des Erweiterungsgedankens seitens der beitragswilligen Staaten und seitens der Großmächte Russland und USA näher zu beleuchten. Es wird in diesem Kontext nicht nur auf die Gründe der Beitrittsabsicht Ungarns, sondern auch auf die machtpolitischen Interessen der Großmächte verwiesen. Für die USA war die Osterweiterung der NATO zweifellos nicht nur ein wünschenswerter machtpolitischer Schritt, sondern wurde auch im Präsidentschaftswahlkampf als Mittel zur Stimmenmaximierung herangezogen, wobei auch noch andere Komponenten wie beispielsweise Lobbying usw. in diesem Zusammenhang mitschwingen. Russland hingegen wertete die NATO-Osterweiterung als substantielle Bedrohung. Nicht zuletzt wegen historisch begründeter Einkreisungsängste und der neu etablierten Vormachtstellung der USA in Europa. Die Sicherheit der Staaten in der Region hängt von drei Prinzipien ab: der Kooperation, der Zurückhaltung und der Verteidigung. Die bewaffnete Verteidigung wird allerdings stets als letztes Mittel betrachtet.

Die Aufgabe der ungarischen Armee in Friedenszeiten ist die Verhinderung von Kriegen, bewaffneten Konflikten und Eskalation von Krisen, die Teilnahme an Maßnahmen zur Friedenssicherung, die Verhinderung von Krisen nichtmilitärischer Natur, welche die Sicherheit eines Staates gefährden könnten, bzw die Vorbereitung auf solch eine Situation.

Wie bereits erwähnt, sollen am konkreten Beispiel Ungarns die Entwicklung der sicherheitspolitischen Konzeptionen und der Landesverteidigung im Hinblick auf den NATO-Beitritt im Detail dargestellt, erläutert und bewertet werden.

Was waren die Gründe der westlichen Staatengemeinschaft bzw. Ungarns, die NATO-Osterweiterung durchzuführen? Wie schon angesprochen, hängt „Macht“ nicht nur mit militärischen Mitteln zusammen, sondern findet in der modernen Welt einen weiteren Zusammenhang, nämlich des ökonomischen Einflusses, der gemeinsamen politischen Werte und Normen. Diesbezüglich kann die Osterweiterung de facto als machtpolitischer Gewinn für die westliche Staatengemeinschaft gewertet werden. Primär wird aber nicht die militärpolitische Komponente als die wichtigste erachtet, sondern die schrittweise Integration bzw. Rückkehr in das westliche Kultur- und Wertesystem. Daraus resultierend, könnte man annehmen, dass die zunehmend an Einfluss gewinnende Macht des Westens zu einem Wandel der Identitäten geführt hat.

In welchem Ausmaß beeinflusst die NATO-Osterweiterung die Vereinigung Europas? Einerseits bedeutet sie eine Verstärkung der Kooperation zwischen den europäischen Staaten, andererseits wird nun auch der Osten Europas der US-amerikanischen Einflussosphäre einverleibt. Durch den gesamten Erweiterungsprozess wird jedoch nicht nur Integration ausgeübt; negativer Begleiteffekt ist das Ziehen von neuen Trennlinien durch Europa und das Schaffen einer neuen Pufferzone, aber eben nur mehr im Osten, wobei daraus letztendlich eine neue, vielleicht auch gefährlichere Art der Konfrontation erwachsen kann.

1. Theoretischer Teil

Die Basis dieser Arbeit ist der theoretische Teil, im Speziellen die Darstellung der einzelnen Theorien und das Prüfen ihrer Anwendbarkeit auf dieses Thema. Die Heranziehung verschiedener Theorien und theoretischer Ansätze im Rahmen der Internationalen Politik soll nicht nur einen Einblick, sondern auch die einfachere Einordnung der Problematik NATO-Osterweiterung gewähren. Durch verschiedene Vergleiche soll die Erklärung des spezifischen Falles Ungarns ermöglicht werden. Dazu ist es notwendig auf die Theorien im Einzelnen einzugehen und sich auch mit der Wahl der Methode auseinanderzusetzen.

1.1 Hinweis zur Methodenwahl und Forschungsfrage

Ausgehend vom zentralen Forschungsinteresse, wird vor allem der Frage nachgegangen, warum sich die ungarische Regierung der unterschiedlichen Legislaturperioden für einen NATO-Beitritt entschieden hat, welche Faktoren dazu beigetragen haben und welche Maßnahmen es letztendlich zur Durchsetzung dieses Unterfangens gegeben hat. Die sicherheitspolitischen Veränderungen im nationalen Umfeld und die verteidigungspolitischen Errungenschaften der letzten Jahre sollen als Indikator dafür dienen, mit welcher Vehemenz und Hingabe zwischen den Jahren 1989/90 und 1999 auf einen NATO-Beitritt zugesteuert wurde. Aufgrund der Multidimensionalität des Begriffs der Sicherheit bzw. der Sicherheitspolitik wird im Rahmen dieser Arbeit ausschließlich auf die militärische Komponente im Zeitraum der politischen Transformation bis zum Beitrittsdatum eingegangen. Die Begründung dafür liegt darin, dass Ungarn einerseits basierend auf der neuen Verfassung einer neuen Konzipierung der Sicherheitspolitik gegenüberstand, andererseits gab es den Wunsch in die „Wiedereinbindung in den westlichen Kulturkreis“, sowie das Bestreben nach Sicherung der eigenen nationalen Souveränität und Integrität, wofür die NATO als einziger Garant gesehen wurde.

1.2 Methode

Die manchmal übertriebene, historisch begründete und konstruierte Angst vor einem potentiellen unberechenbaren Aggressor (Russland) bewirkte das Verlangen nach Schutz und die Suche nach einem Militärbündnis, nach einem Garanten für Sicherheit. Nach langwierigen politischen Erwägungen kam man zu dem Schluss, dass nur das Nordatlantische Bündnis ein solcher Garant sein kann. Parallel dazu war es im Sinne der ungarischen Politik eine stabilisierende und sicherheitsfördernde Rolle zu übernehmen, welche auf Basis der Kooperation, der guten Verständigung und der gutnachbarschaftlichen Beziehungen beruht. Die Hinwendung zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik, welche eine Garantie für das Fortbestehen der Nation und dem Schutz der nationalen Integrität und Souveränität gewährleistet ist nur ein Merkmal dieses Bestrebens und selbstverständlich der Beitritt zu einem effektiven Militärbündnis, dem Beitritt zur NATO. Die Schlussfolgerung ist, dass Ungarn neben historischen und offenbar sozial konstruierten Ängsten und aufgrund des Willens zur Stabilität und Sicherheit in der Region, den Beitritt zur Nordatlantischen Allianz gewollt hat. Dies ist gleichzeitig meine Hypothese bzw. Kernforschungsfrage, auf welcher die weiteren Thesen basieren sollen. Warum war der NATO-Beitritt von Ungarn gewollt? Welche sicherheitspolitische Relevanz hatte der NATO-Beitritt für Ungarn? Und welche Vorteile bzw. Gewinne konnte Ungarn aus dem Beitritt für sich erwirken?

Vor dem Hintergrund dieser Gegebenheiten und Entwicklungen, möchte ich mich mit jenen oben angeführten Fragestellungen auseinandersetzen. Hierbei verfolge ich einen analytischen Ansatz. Vorgesehen war die Heranziehung von Sekundärliteratur, sowie der Primärliteratur, wie z.B. Publikationen des ungarischen Verteidigungsministeriums, sowie der einschlägigen Dokumente der ungarischen Gesetzgebung. Abgerundet und ergänzt wird das Ganze durch Interviews und Informationsgespräche, die unter anderem mit dem stellvertretenden Staatssekretär im ungarischen Verteidigungsministerium geführt wurden. Die Fragestellung beinhaltet insbesondere auch die Bezugnahme auf das gegenseitige Verhältnis mit Russland. Das theoretische Fundament der Arbeit

soll als Ausgangspunkt dienen und in weiterer Folge die aufgeworfenen Fragen einordnen zu können und bestimmte Sachverhalte nachvollziehbar zu machen. Im Resumé wird dann darauf eingegangen, welche Theorie auf das Thema anwendbar ist. Wie später beschrieben wird, besteht Sicherheitspolitik aus mehreren Komponenten, wie der ökonomischen, ökologischen usw. . Trotz dieser gegebenen Multidimensionalität des Begriffs Sicherheitspolitik wird nur auf die militärische Dimension eingegangen, weil alles weitere den Rahmen der Arbeit sprengen würde.

1.3 Theorien Internationaler Politik

Welcher Theorietyp kann die Osterweiterung der NATO und den Willen Ungarns bzw. der NATO zum Eintritt in die Allianz am treffendsten erklären? Eingangs muß an jener Stelle erwähnt werden, dass im theoretischen Zusammenhang eine Erklärung der NATO und der USA zur Allianzbildung/NATO-Osterweiterung vorliegen. Diese sagt aus, dass die NATO-Osterweiterung seitens offizieller Stellen der NATO und der Vereinigten Staaten von Amerika realistische Annahmen² über „Macht“ und „Allianzen“ explizit zurückweisen. Die Erweiterung der NATO werde anhand von drei, der heutigen Zeit entsprechenden Theorien Internationaler Beziehungen erklärt, welche wären: neoliberaler Institutionalismus, Konstruktivismus und Kollektive Sicherheit.³

„US and NATO officials have explicitly rejected realist assumptions about power and alliances. NATO enlargement is explained in terms of its relationship to three traditions of contemporary international relations including neoliberal institutionalism, constructivism, and collective security.“⁴

Davon ausgehend, wird im folgenden Teil ein besonderes Augenmerk auf diese drei Theorien der Internationalen Beziehungen gelegt. Unterstützt wird dieser Ausgangspunkt von *Hendrickson*, indem er behauptet, dass der Realismus alleine nicht die volle Dynamik des Erweiterungsprozesses erklären könne, bzw. nur eine

² Realistische Annahmen im Kontext der Theorie Internationaler Beziehungen

³ Vgl.: Kay; Sean (1998): Deconstructing an Alliance, in: International Politics 35, No. 4, S. 485

⁴ A.a.O:

partielle Erklärung der NATO-Erweiterung bietet, da es sich bei dem Phänomen NATO-Osterweiterung um ein Zusammenspiel komplexer, verschiedenartiger politischen Faktoren handelt: [...] *The presence and importance of these political factors and their interplay demonstrate that the dominant paradigm of realism offers only a partial explanation for NATO's expansion*⁵

Wie kann also die NATO-Osterweiterung, speziell der Beitritt Ungarns in die NATO, am besten erklärt werden? Im folgenden Abschnitt werden die dem Thema relevanten Theorien und Theorieansätze gegenübergestellt, beschrieben und beurteilt. Es sollen jedoch zunächst an dieser Stelle die Forschungsfragen gestellt werden, welche im Lauf der Arbeit anhand der Theorie und der Fakten beantwortet werden.

- Warum ist eine Mitgliedschaft in der NATO wichtig für Ungarn?
- Wie reagierte die NATO auf die Absicht Ungarns, dem Bündnis beizutreten?
- Mit welchen Problemen hatte Ungarn im Vorfeld des Beitrittes zu kämpfen?
- Wie hat der NATO-Beitritt Ungarns die Beziehungen zu Russland beeinflusst?
- Ist auf lange Sicht ein Beitritt Russlands in die NATO vorstellbar?
- Welche Alternativen bestanden neben dem NATO-Beitritt als sicherheitspolitische Option noch?
- Was waren die Hauptpunkte bei den Veränderungen in der ungarischen Sicherheitspolitik?

Erste These ist, dass Ungarn dem Bündnis freiwillig beigetreten ist, als dem Land die Option offenstand. Zweite These ist, dass die NATO Ungarn in dem Ziel beizutreten nicht nur begrüßte, sondern auch voll unterstützte. Dritte These ist, dass Russland sich verärgert darüber zeigte, dass Ungarn (neben Polen und Tschechien), als ehemaliger Satellitenstaat der ehemaligen SU, dem „ehemaligen Feind“ einverleibt wurde und diesen Umstand als eine Bedrohung wertete.

⁵ Vgl.: Hendrickson, Ryan C. (1999): The Enlargement of NATO: The Theory and Politics of Alliance Expansion, in: European Security, Vol. 8, No. 4, published by Frank Cass, London; S. 84

1.3.1 Realismus

Der Realismus ist die dominante Theorie der Internationalen Beziehungen. Sie bietet die stärkste Erklärung für den „*state of war*“, welche der normale Lebenszustand im internationalen System ist. Der Realismus beruht auf dem Prinzip der Macht und des Gleichgewichts der Mächte.⁶ Grundannahmen des Realismus sind die anarchische Ordnungsstruktur des internationalen Systems, das Prinzip der Selbsthilfe, die hohe Bedeutung militärischer Stärke und die Wichtigkeit des Machtgleichgewichts.

Laut Sean Kay wäre der Realismus demnach zur Erklärung des Beitritts Ungarns zur NATO und zur Erklärung der NATO-Expansion aus verschiedenen Gründen nicht anwendbar.⁷ Man sollte dabei hervorheben, dass die drei neuen Beitrittsstaaten (Ungarn, Tschechien und Polen) keineswegs feindselige Tendenzen gegenüber irgendwelchen Staaten vorweisen und sehen die Summe der Staaten Europas und die Mitgliedsstaaten der NATO nicht als anarchisches System. Im Gegenteil: es wird eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen allen NATO-Staaten angestrebt und ausdrücklich auf die kulturelle Gemeinsamkeit zwischen Westeuropa und dem ehemaligen Ostblock hingewiesen. Der Realismus sieht internationale Beziehungen als Machtkampf zwischen eigennützigen Staaten, was hier zweifellos nicht der Fall ist. Dies wäre laut Hans Morgenthau ein Phänomen, welches aus der menschlichen Natur resultiert, nach Macht zu streben und andere beherrschen zu wollen.⁸ Laut Morgenthau ist Macht „*man's control over the minds and actions of other men*“.⁹, und es wäre eine historische Tatsache, dass Staaten sich auf Kriege vorbereiten, um Macht zu erhalten, zu vermehren oder zu demonstrieren.¹⁰ Um die eigene nationale Macht zu vergrößern, sind folgende Faktoren erforderlich: die geographische Lage, Autarkie, das

⁶ Vgl.: Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006), S. 73

⁷ Vgl.: Kay, Sean (1998): Deconstructing an Alliance, in: International Politics 35, No. 4, S. 485

⁸ Vgl. : Walt Stephen (1998): International Relations. One World, Many Theories, in: Foreign Policy, Special ed., Spring 1998, S. 31

⁹ Morgenthau, Hans; Thompson, Kenneth (1985): Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace, 6th ed., New York, S. 32

¹⁰ Vgl. Morgenthau (1985), S. 52f

Vorhandensein von Ressourcen, industrielle Kapazität und militärische Stärke.¹¹ Stabilität im internationalen System könne somit nur durch ein Machtgleichgewicht stabilisiert werden.¹² Falls ein Staat alleine nicht stark genug ist das Gleichgewicht herzustellen, tendiert er zur Allianzbildung, wofür eine „community of interests“ Voraussetzung wäre.¹³ In der Tat könnte man die NATO als eine Interessensgemeinschaft im vorhin angeführten Sinne umschreiben, jedoch ging es beim Beitritt der drei Staaten im Jahre 1999 nicht vorrangig um den Gedanken ein Gleichgewicht zwischen Ost und West herzustellen. Auf die Gründe für den Beitritt Ungarns wird später im Detail eingegangen, erwähnt sei jedoch an dieser Stelle, dass im Sinne des Realismus das Verlangen Ungarns nach Sicherheit zweifellos gegeben war: „*For realism, what motivates policymakers is the quest for security [...]*“.¹⁴ Ausgehend vom negativen Menschenbild, aufgrund von Ängsten, entsteht das Streben nach individuellem Machterwerb Sicherheit zu gewinnen. Handlungsziele im Realismus sind somit die Sicherung der staatlichen Eigenentwicklung durch Machtmaximierung und die Stabilisierung des Staatensystems durch *Balance of Power*. Demnach wäre es das bessere Ziel, sich mit dem „schwächeren Staat“ zu verbünden, da der Stärkere das System als solches gefährden würde. Wichtig wäre es hervorzuheben, dass im Realismus allgemein sittliche Grundsätze auf staatliches Handeln nicht angewendet werden, d.h., dass der Staat stets zweckrational und nicht unbedingt nach z.B. einem etwaigen moralischen Leitbild handeln solle. Weiters könne das sittliche Streben einer Nation nie das sittliche Gesetz der Welt werden, schon aufgrund divergierender kultureller Unterschiede von Staaten.¹⁵ Die Mittel der Zielverwirklichung sind Erwerb, Erhalt, Vermehrung und Demonstration von Macht, sowie Sicherheitsbündnisse und Gleichgewichtspolitik, notfalls der Einsatz militärischer Gewalt.¹⁶

¹¹ Vgl. a.a.O., S. 127ff

¹² Vgl. a.a.O., S. 187

¹³ Vgl. a.a.O., S. 202

¹⁴ Skalmes, Lars S. (1998): From the Inside Out: NATO Expansion and International Relations Theory, in: Security Studies, Vol.7, No.4, Summer 1998, S. 46

¹⁵ Vgl.: Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006), S. 76

¹⁶ Vgl.: Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006), S. 75

Der Realismus dominiert nichtsdestotrotz die Theorie. Es wird der Staat als einzelner Akteur angesehen, und der Primat der nationalen sicherheitspolitischen Ziele steht im Vordergrund. Staaten können im Allianzverhalten entweder *balancers* sein, die dem schwächeren Bündnis beitreten, um für mehr Ausgeglichenheit zu sorgen, oder aber *bandwagoners*, die dem mächtigsten Bündnis beitreten.¹⁷

1.3.2 Neorealismus

Der Neorealismus bezieht sich nicht nur auf die menschliche Natur als Grundlage, sondern auch auf die Struktur des internationalen Systems. Das Handeln von Staaten wird u.a. von der Struktur des internationalen Systems gekennzeichnet. Die Struktur an sich wird aus den Beziehungen der Staaten zueinander ausgemacht, wobei Kenneth Waltz konstatiert, dass das internationale System anarchisch organisiert sei.¹⁸ Die Struktur an sich entsteht durch die Beziehungen der Staaten zueinander: „*How units stand in relation to one another, the way they are arranged or positioned, is not a property of the units. The arrangement of units is a property of the system.*“ Hierbei gilt das anarchische Ordnungsprinzip nicht als Chaos, sondern wird charakterisiert durch das Fehlen einer den Staaten übergeordneten Instanz.¹⁹ Daraus resultiert das Prinzip der Selbsthilfe, was bedeutet, dass jeder Staat sein Überleben sichern will und daher versucht, seine Position gegenüber anderen Staaten zu optimieren. Kooperation ist nur bis zu dem Maße wünschenswert, solange die eigene Position dadurch nicht beeinträchtigt wird.²⁰ Daraus resultiert das Prinzip der Selbsthilfe. Die Bedeutung von Institutionen ist zweitrangig; da ihr Erfolg bei der Milderung der Folgen internationaler Anarchie nicht voraussetzbar ist.²¹ Staaten trachten in erster Linie nach relativen Gewinnen (*relative gains*) und nicht nach absoluten Gewinnen (*absolute gains*), also geben der Optimierung der eigenen Interessen Vorrang vor

¹⁷ Hendrickson, Ryan C. (1999): The Enlargement of NATO: The Theory and Politics of Alliance Expansion, in: European Security, Vol. 8, No. 4, published by Frank Cass, London, S. 86

¹⁸ Vgl.: Waltz, Kenneth (1979). Theory of International Relations. Berkeley, S. 102

¹⁹ Vgl.: Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006), S. 77

²⁰ Vgl.: a.a.O., S. 291

²¹ Ebd.

der Optimierung für alle Staaten. Waltz definiert diese Eigenschaft so: „*A state worries about a division of possible gains that may favor others more than itself.*“²² Auf zwei weitere Eigenschaften der Theorie sollte hingewiesen werden: das Fehlen einer Funktionsteilung zwischen den Staaten, sowie der bestimmende Faktor zwischen den Einheiten (units) ist die Machtverteilung.²³ Daraus resultierend leitet Waltz seine Theorie des Machtgleichgewichts ab: Stabilität könne nur gegeben sein, wenn ihr eine „balance of power“ vorausgeht. Staatliches Handeln würde somit vom Gleichgewichtdenken beeinflusst sein, da ihr vorrangiges Ziel der Erhalt ihrer Stellung im System sei.

Die Theorie des Neorealismus von *Kenneth Waltz* besagt somit, dass Staaten nach ihrem Überleben in einem anarchischen System trachten. Dieses Überlebensverhalten kann geprägt sein durch das oben angesprochene *balancing*, jedoch ist das nicht unbedingt ihr primäres Verhalten. *Balancing* ist lediglich das Produkt des Willens von Staaten zu überleben, und weil das internationale System als anarchisch betrachtet wird und auf Selbsthilfe basiert, gestalten die mächtigsten *units* das System für sich selber und gleichzeitig für die schwächeren *units*. Diese Großmächte werden als Pole bezeichnet, woraus hervorgeht, dass das internationale System (oder aber auch regionale Subsysteme) als unipolar, bipolar oder multipolar bezeichnet werden können. In diesem Zusammenhang kann der NATO-Beitritt Ungarns nicht ganz erklärt werden. Es liegt zwar die Intention des Landes nach Überleben und einer machtpolitischen Ausgeglichenheit in der Region vor, jedoch kann aus Ungarns Sicht nicht von einem anarchischen Bild des Systems gesprochen werden. Ungarn sieht die NATO in gewisser Weise als ein übergeordnetes Regulativ an, wobei anzumerken ist, dass dies nicht zu den Primäraufgaben der NATO zählt. Für den neuen Mitgliedsstaat ist die Organisation eine „Herberge der westlichen Kulturgemeinschaft“. Es sind für Ungarn nicht nur die eigenen Ziele von Bedeutung (z.B. Reform der Streitkräfte und deren Effektivitätssteigerung, nachbarschaftliche Beziehungen, Lösung der Minderheitenprobleme diesseits und jenseits der ungarischen Grenzen) sondern auch die gemeinsamen Ziele der Nachbarstaaten und der übrigen

²² Waltz (1979), S. 106

²³ Vgl.: a.a.O., S. 100f

Mitgliedsstaaten. Es wird, wie noch im Detail folgt, auf gute Lösungsansätze für jedwede Probleme eines jeden Mitgliedsstaates Rücksicht genommen, um das möglichst beste für die Gemeinschaft und somit letztendlich für sich selber herauszubekommen – in diesem Fall also *absolute gains*. Aus der Sicht der NATO ist es ein wenig anders. Aus globaler Sicht kann ohne weiteres von einem anarchischen System im Sinne des Neorealismus ausgegangen werden, wobei die NATO durchaus die Rolle eines Pols im internationalen System übernimmt. Die Zusammenarbeit in Bezug auf die gemeinsamen Ziele durch NATO-Vorgaben zwischen den Mitgliedsstaaten ist abgestimmt und funktioniert gut. Im Gegensatz dazu steht die neorealistische These, dass Staaten mit Zusammenarbeit grundsätzlich Schwierigkeiten haben: „*Cooperation is difficult, because states find themselves in a competitive environment in which survival is never assured and self-help the name of the game.*“²⁴

Die Beibehaltung der Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit ist somit eines der wesentlichen Prinzipien für Staaten. Dennoch besteht die Möglichkeit Allianzen einzugehen, falls sich Staaten durch eine dritte Partei bedroht fühlen. Hierbei wird schon ein wenig Unabhängigkeit für ein bisschen mehr Sicherheit geopfert. Wenn aber die Bedrohung vorüber ist (z.B. Zusammenbruch eines feindselig und aggressiv eingestellten Staates), wird die Allianz aufgelöst. So ist es der neorealistischen Theorie zufolge auch so, dass ohne offensichtliche Bedrohung oder Bedrohungsszenario keine Allianzen gebildet werden. Allianzen reflektieren lediglich staatliche Interessen, vorrangig aber Interessen, die die Sicherheit betreffen.²⁵

Wesentlich im gesamten Zusammenhang ist die Verteilung militärischer Stärke. Im anarchischen System besteht die latente Gefahr einer militärischen Aggression. Friedliches Zusammenleben von Staaten könne nur garantiert sein, wenn die Kosten Krieg zu führen, den erwarteten Nutzen übersteigen.²⁶ Dem widerspricht

²⁴ Skalnes, Lars S. (1998), S. 58

²⁵ Vgl. a.a.O., S. 59

²⁶ Mearsheimer, John J. (1990): Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: *International Security*, vol. 15, no. 1, S. 6f

ein Artikel aus der NZZ, vom 13. September 2008, aus dem hervorgeht, dass es von Seite der SU und des WP konkrete nukleare Angriffspläne gegen Westeuropa gegeben hat, was zu einer Verwüstung des westeuropäischen Bodens geführt hätte. Dadurch hätten die SU noch die Mitgliedsstaaten des WP in weiterer Folge keinen wirklichen Nutzen gehabt, da die Grundlage allen Lebens jahrzehntelang zunichte gemacht worden wäre:

„[...]Der Warschaupakt plante bis in die späte Hälfte der achtziger Jahre einen präventiven, regional begrenzten Nuklearkrieg in Europa. Das östliche Militärbündnis hätte den Krieg nicht konventionell eröffnet, sondern nuklear – und dies so frühzeitig, dass die eigene Aussage von einem präemptiven Verteidigungskrieg (d. h. einem Angriff in die laufenden Kriegsvorbereitungen der Nato hinein) ad absurdum geführt worden wäre.“²⁷

Subsumierend muß angeführt werden, dass sich zwischen der Theorie des Realismus und der Theorie des Neorealismus drei zentrale Gemeinsamkeiten finden:

- ein skeptisches, pessimistisches Weltbild;
- die Einschätzung der Macht als zentrale Bewegungskategorie des internationalen Systems
- der Staat als einzige Einheit (*unit*) und einziger bedeutender Akteur²⁸

Nach dem Ende des Kalten Krieges hätte man also von einer Auflösung der NATO ausgehen müssen, da das alte Bedrohungsszenario nicht mehr existent war:

„Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entstand im (Neo-) Realismus die zumindest mittelfristig nicht bestätigte These, dass wiederum nationalstaatliche Politik an Bedeutung gewinnen würde und internationale Organisationen einen Bedeutungsverlust – bis

²⁷ http://www.nzz.ch/nachrichten/international/der_warschaupakt_plante_den_nuklearen_ueberfall_auf_westeuropa_1.830358.html; Artikel vom 13. September 2008, letzter Besuch am 23. September 2008, um 13 Uhr 30

²⁸ Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006), S. 77f

hin zur Auflösung der NATO (so John Mearsheimer 1992) – erfahren sollten.“²⁹

Die Auflösung der NATO hat sich nicht bewahrheitet, sondern das Gegenteil ist geschehen: sie hat sich von innen her neu strukturiert, sich nach außen hin geöffnet und sich territorial erweitert. Das Aufgabenschema hat sich gewandelt, vom einstigen defensiven Verteidigungsbündnis zu einem System kollektiver Sicherheit.

1.3.4 Neoliberaler Institutionalismus

Der neoliberale Institutionalismus bindet in die Staatenwelt nun auch internationale Organisationen und transnationale Gesellschaften ein. Die Analyse ist weniger staatlich zentriert. *Nye* und besonders *Keohane* vertreten die Meinung, dass internationale Organisationen die Mitgliedstaaten und ihre Politik beeinflussen können. Diese internationalen Organisationen würden "Spielregeln" bzw. Normen vorschreiben, wie sich die Mitgliedstaaten zu verhalten hätten. Sie werden akzeptiert, was einen Vorteil für kleinere Staaten ergibt, da sie sich besser behaupten könnten. Angesichts dieser Meinung Keohanes dürfte er kleineren Staaten weniger oder nur geringen Erfolg zuschreiben.

Neoliberale Institutionalisten, wie *Keohane* oder *Cox* sehen die Zusammenarbeit von globalen Akteure und Staaten in einer optimistischen Art und Weise, anders als es beim Realismus und Neorealismus der Fall ist.

Sie sehen Institutionen als Vermittler und als das Mittel, Zusammenarbeit zwischen Akteuren des Systems zu ermöglichen. Die Kernannahmen des neoliberalen Institutionalismus sind folgende:

- Staaten sind Schlüsselakteure im internationalen System, aber nicht die einzigen bedeutenden Akteure. Staaten sind rationale Akteure, die danach trachten, ihre Interessen auf allen Gebieten zu erweitern.

²⁹ A.a.O, S. 78

- Trotz der wettkampfählichen Umgebung im internationalen System, sind Staaten an *absolute gains* durch Zusammenarbeit interessiert. Das rationale Verhalten überzeugt Staaten vom Wert des kooperativen Verhaltens. Außerdem sind sie in einer kooperativen Konstellation weniger mit den Gewinnen oder Vorteilen anderer beschäftigt.
- Das größte Hindernis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Staaten ist Betrug durch einen Staat und Nichterfüllung.
- Zusammenarbeit beinhaltet auch Probleme, aber Staaten tauschen Loyalität und Ressourcen mit Institutionen, wenn es sich als vorteilhaft für beide erweist; ebenfalls soll eine Institution dem Staat erweiterte Möglichkeiten schenken, damit der Staat seine internationalen Interessen sichern kann.³⁰

Der Optimismus im neoliberalen Institutionalismus resultiert aus der Tatsache, dass internationale Institutionen staatliches Verhalten formen, jedoch nicht zwingend regeln. Militärische Allianzen können es einzelnen Staaten ermöglichen, innerhalb des Bündnisses ihre Ziele zu erreichen, weil sie beispielsweise alleine zu schwach dafür sind. Hervorgehoben wird im Institutionalismus auch, dass es gemeinsame Interessen gibt, woraus hervorgeht, dass Institutionen auch ohne Konflikte existieren können.³¹

Für die Osterweiterung der NATO ist der neoliberale Institutionalismus ein besserer Erklärungsansatz als die vorhin beschriebenen Theorien des Realismus und Neorealismus. *Skalnes* beschreibt dies so: „*Because neoliberal institutionalism emphasizes how institutions shape policies and promote cooperation, the theory is more consistent with NATO expansion than is neorealism.*“³² Des Weiteren werden durch die Herausbildung von Informationskanälen, Regelsystemen und institutionalisierter Verfahrensweisen die Kosten der Zusammenarbeit vermindert. Staaten gründen internationale bzw.

³⁰ Vgl.: Baylis, John; Smith, Steve, Hg. (2001): *The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations*. 2nd edition, Oxford University Press, S. 189f

³¹ Vgl.: *Skalnes*, Lars S. (1998), S. 67

³² Vgl. a.a.O., S. 68

supranationale Organisationen, weil Kooperation in ihrem Interesse liegt, weil ihnen dadurch Vorteile erwachsen. Institutionen könnten von der Bühne der internationalen Politik aber auch verschwinden, wenn sie von ihren Mitgliedern nicht als effizientes Mittel zur Durchführung ihrer Interessen gesehen werden. Keohane umschreibt dies so: „*Institutions should persist as long as, but only as long as, their members have incentives to maintain them.*“³³ Auch wenn ein Staat erkennt, dass ein anderer mehr Gewinne durch die Kooperation erzielt als er selber, wird er sich an einer kooperativen Beziehung im Rahmen einer Institution engagieren – absolute Gewinne sind also wichtiger als nur relative Gewinne. Institutionalisten sehen den Staat als legitimen Repräsentanten der Gesellschaft, betonen aber gleichzeitig die Bedeutung nichtstaatlicher Akteure, die aber laut Keohane den Staaten nicht gleichrangig, ja sogar untergeordnet sind. Der strukturelle Zustand der Anarchie im internationalen System wird weitestgehend von Vertretern des neoliberalen Institutionalismus akzeptiert; Anarchie muß aber nicht bedeuten, dass Kooperation unmöglich ist, wie es die Realität beweist.³⁴

Ein Beispiel für einen absoluten Gewinn, wäre der Umstand, dass die Aufnahme der Länder Tschechien, Polen und Ungarn es ihnen erleichtert, den Übergang vom Realsozialismus bzw. Kommunismus zur Demokratie erfolgreich zu überwinden. Diese Annahme findet sich auch bei Skalnes: „*The main justification for NATO enlargement is that it can help Eastern Europe to complete the transition from communism.*“³⁵ Gewisse Entwicklungen lassen sich leichter durch gemeinsames Agieren verwirklichen, was wiederum darauf hinweist, was für eine essentielle Rolle internationale Institutionen im Rahmen der internationalen Bühne übernehmen. Auch Keohane verweist explizit auf die Unverzichtbarkeit von Institutionen im heutigen internationalen System: „*In order to cooperate in world politics on more than a sporadic basis, human beings have to use institutions.*“³⁶

³³ Keohane, Robert O. (1989): *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory.* Westview Press. Boulder, San Francisco, & London, S. 167

³⁴ Baylis, John; Smith, Steve, Hg. (2001), S. 176

³⁵ Skalnes, Lars S. (1998), S. 45

³⁶ Keohane, Robert O. (1989): S. 166

Das Verlangen nach einer Erhöhung der Sicherheit steht jedoch bei Ungarn unter anderem an vorderster Stelle. Ein Faktor war die Umgestaltung der militärischen Sicherheitspolitik. Um seine militärische Sicherheit zu erhöhen und zu stabilisieren, hat Ungarn tiefgreifende Reformen in Angriff genommen, die durch das Streben nach einem NATO-Beitritt und durch das Vorantreiben der Reformen durch die Vorgaben der Allianz leichter möglich waren. Daraus ist ersichtlich, wie Ungarn mit dem NATO-Beitritt zu Vorteilen gelangte. Diese Tatsache gleicht *Skalnes'* Feststellung, dass Politiker durch das Erlangen von Vorteilen motiviert werden, eine internationale Zusammenarbeit anzustreben.³⁷ Sean Kay sieht andere Vorteile, die Staaten durch ihre Mitgliedschaft bei der NATO davontragen. Eines wäre die Integration von neuen Mitgliedern in den verteidigungspolitischen Planungsprozess, wodurch diese mehr übereinander in Erfahrung bringen können. Dies würde die Verteidigungsausgaben neuer Mitglieder deutlich senken, da diese keine horrenden Kosten für die Selbsthilfe, wie es z.B. im Realismus der Fall ist, aufwenden müssten. Dadurch könnte die NATO anfallende Abwicklungskosten zur Durchführung militärischer Operationen senken, wenn sie neue Mitglieder mit geteilten Werten und Interessen aufnimmt.³⁸ Außerdem bestünde die Möglichkeit, dass durch die Adaptierung der Aufnahmekriterien die internationale Sicherheit in der Region OME durch die NATO geformt werden kann. De facto fand sich in der *Study on NATO Enlargement* die Passage, dass die neuen Mitglieder sich an neue Richtlinien anpassen müssten, bevor eine offizielle Einladung der NATO zum Beitritt stattfindet.³⁹ Beispiele für Normen bzw. Aufnahmekriterien in die NATO wären demokratische Wahlen, persönliche Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, freie Marktwirtschaft und wirtschaftliche Reformen, Akzeptanz der OSZE-Normen und Prinzipien, wie Schutz der Minderheiten und soziale Gerechtigkeit; die Klärung von territorialen Streitigkeiten mit Nachbarländern und die Etablierung der zivilen Kontrolle der Streitkräfte. Daraus folgert Kay, dass die NATO Aufnahmekriterien eine grundlegend politische und institutionelle Funktion wären.⁴⁰ Die eben angeführten Punkte sind gute Beispiele für die Möglichkeit der Kooperation in

³⁷ Vgl.: Skalnes, Lars S. (1998), S. 46

³⁸ Vgl.: Kay, Sean (1998), S. 486

³⁹ Vgl. a.a.O., S. 486f

⁴⁰ Vgl. a.a.O., S. 487

einem anarchischen System. Es zeigt den Willen bestimmter Staaten, sich freiwillig an bestimmte Normen und Werte anzupassen, um in weiterer Folge als NATO-Mitgliedsstaaten absolute Gewinne zum Vorteil aller zu erzielen.

1.3.5 Konstruktivismus

Konstruktivistische Ansätze sind der Annahme, dass die Realität sozial konstruiert sei, wobei sich die Welt im Bewusstsein der Akteure abspielt. Die Strukturen der internationalen Politik seien von sozialen Handlungen der Akteure, den normativen Regeln, die sich Akteure geben und den Diskursen, bestimmt.⁴¹ Der Konstruktivismus beinhaltet eine Komponente in seinem Erklärungsansatz, der weder beim realistischen noch beim institutionalistischen Ansatz so gut wie gar nicht vorkommt: die Annahme von (nationalen) Identitäten und Interessen als fixe und gegebene Größen. Diese sollen Erklärungsdefizite durch das Problematisieren der Interessen und Identitäten von Akteuren kompensieren und als veränderbar verstanden werden.⁴²

Das menschliche Bewusstsein mit seinen Ideen und Funktionen im Verhältnis zum internationalen Geschehen stehen bei der konstruktivistischen Sichtweise im Mittelpunkt. Der Konstruktivismus beinhaltet drei zentrale Grundannahmen: Erstens, grundlegende Strukturen internationaler Politik sind sozial konstruiert. Zweitens, das Verhalten der Akteure wird von Identitäten und Perzeption bestimmt, was wiederum die Interessen von Akteuren und somit deren Verhalten beeinflusst. Drittens, Akteure werden durch die soziale Umwelt konstituiert, aber beeinflussen und konstituieren ebenfalls ihre Umwelt durch ihre Ideen und Normen.⁴³ Wie aber werden die Strukturen und die Akteure sozial konstruiert? Zwei zentrale Kernannahmen des konstruktivistischen Ansatzes sind: soziale Strukturen und Akteure konstituieren sich gegenseitig, indem sie soziale Identität vermitteln und/oder Handlungschancen eröffnen bzw. einschränken. Dabei wird

⁴¹ Vgl.: Lemke, Christiane (2000): Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. München, Wien. Oldenburg, S. 43

⁴² Vgl.: Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006), S. 98

⁴³ Vgl.: a.a.O.

die materielle Welt nicht völlig negiert, sie kann jedoch nur durch soziale Konstruktion vermittelt wahrgenommen werden.

Ideen und Normen sind somit Kernbestandteile des Konstruktivismus, die regulativ und vor allem auch konstitutiv wirken, indem sie die Interessen und die Identitäten von Akteuren beeinflussen.⁴⁴

Sean Kay beschreibt den Konstruktivismus im Kontext des NATO-Beitritts folgendermaßen: „*The idea that anarchy in the international system is what states make of it, and that as a social structure NATO is constituted by, and constitutive of its members, provides what can be considered a constructivist case for NATO enlargement.*“⁴⁵

Der spezifisch politikwissenschaftliche Konstruktivismus zielt auf die Erklärung von politischen Handlungsmustern. Das Besondere an diesem Erklärungsansatz ist, dass er Handlung immer als Ergebnis einer sozialen Situation bzw. von vorherrschenden sozialer Strukturen versteht. Damit unterscheidet er sich stark von rationalen Erklärungsansätzen wie dem Realismus bzw. Neorealismus die davon ausgehen, dass Handlungen objektiv rationalen Mustern und damit Sachzwängen folgen. Eine eher handlungstheoretisch orientierte Strömung des Konstruktivismus geht davon aus, dass soziale Handlungen auch soziale Strukturen entstehen lassen, reproduzieren oder verändern können. Diese Handlungen sind durch bestimmte Normen und Werte motiviert. Ein Beispiel sind Menschenrechtsorganisationen, die durch ihre Aktivitäten und Kampagnen andere Akteure der internationalen Politik, bspw. Staaten, beeinflussen. Aus diesem Grund spielte der Konstruktivismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine zunehmend wichtigere Rolle in den Internationalen Beziehungen. Er postulierte im Gegensatz zum Realismus, den Wandel erklären zu können.

Frank Schimmelfennig vertritt die Ansicht, dass es sich bei der NATO-Osterweiterung im Kontext des Konstruktivismus um einen Akt der internationalen Sozialisation handelt. Die Osterweiterung der NATO aus der Sicht der rationalen

⁴⁴ Vgl.: a.a.O.

⁴⁵ Kay, Sean (1998), S. 486

Erklärungsansätze sieht er als ungenügend an, weil sie die Interessen der Allianz bei einer Expansion in Osteuropa nicht erklären könnten.⁴⁶ Sein Ansatz der internationalen Sozialisation für die Erklärung des Phänomens beinhaltet drei Punkte:

- *„CEE countries strive for NATO membership inasmuch as they share the community values and norms and seek identification with, and recognition by, the West.*
- *NATO decided to expand in order to strengthen liberal democracy and multilateralism and to build, in central and eastern Europe, a stable peace based on these values and norms. When a country has internalised the community values and norms and has changed its domestic and foreign policy practices accordingly, it is admitted as a full member to the organization as a reward for its efforts and because of the community's moral commitment to guarantee the security of countries that share its principled beliefs.*
- *The Czech Republic, Hungary and Poland were invited to join NATO first, because they were more advanced than the other CEE countries in the internalisation of the community values and beliefs.*⁴⁷

Dennoch würden sich rationale und konstruktivistische Ansätze bezüglich dieser Problematik nicht unbedingt ausschließen, sondern sich in manchen Punkten auch ergänzen.⁴⁸

1.3.6 Das Modell kollektiver Sicherheit

Ein System kollektiver Sicherheit beruht auf dem Grundsatz, dass alle Mitglieder des Systems verpflichtet sind, einem bedrohten oder angegriffenen anderen Mitglied zu helfen. Im Gegensatz zu einer klassischen Allianz geht es in einem in einem System kollektiver Sicherheit jedoch um die Etablierung einer stabilen Ordnung innerhalb der Gemeinschaft, nicht nur um die Verhinderung und Vorbeugung einer äußeren Bedrohung. Im schlimmsten Fall soll demnach auch

⁴⁶ Vgl.: Schimmelfennig, Frank (1999): NATO Enlargement: A Constructivist Explanation, in: Security Studies, Vol. 8, Numbers 2/3, Winter 1998/99-Spring 1999, Newbury House, 1999, S. 198

⁴⁷ Schimmelfennig, Frank (1999), S. 199

⁴⁸ Vgl.: a.a.O.

gegen ein Mitglied des Systems vorgegangen werden dürfen, wenn dieses andere bedroht.⁴⁹

Das Konzept der kollektiven Sicherheit beruht auf der Annahme, dass ein reguliertes institutionalisiertes *balancing* aller gegen einen Aggressor größere Stabilität mit sich bringe als ein klassisches Selbsthilfesystem.⁵⁰

Als historisches Beispiel könnte der Völkerbund genannt werden, dessen Mitglieder sich dazu verpflichteten gegen jegliche Aggression, von wem immer sie ausgehen mag, zu verteidigen.⁵¹ Den angestrebten universalen Charakter konnte der Völkerbund nicht geltend machen, da neben dem Nichtbeitritt der USA zwei europäische Großmächte, das „revisionistische“ Deutsche Reich und das „bolschewistische“ Russland zunächst nicht mit einbezogen wurden.⁵² Für *Balmaceda* ist das Beispiel Völkerbund der empirische Beleg, dass Systeme kollektiver Sicherheit zu Ineffizienz neigen.⁵³

Doch dieses Modell beinhaltet auch weitere Gefahrenquellen. Aufgrund der Tatsache, dass eine Aggression sofort militärische Reaktionen aller anderen Mitglieder des Systems nach sich zieht, könnten begrenzte Konflikte in großräumige Kriege ausarten. Zum anderen werden Kleinstaaten benachteiligt, da es wahrscheinlicher ist, dass nur dann kollektiv reagiert wird, wenn Interessen mächtiger Staaten betroffen sind. Kleine Staaten könnten somit im Konfliktfall auf sich allein gestellt bleiben.⁵⁴

⁴⁹ Vgl. Gärtner, Heinz (1997): Modelle Europäischer Sicherheit: Wie entscheidet Österreich?. Wien: Braumüller., S. 54

⁵⁰ Vgl. Kupchan, Charles A.; Kupchan Clifford A. (1995): The Promise of Collective Security, in: International Security, vol. 20, no. 1, S. 52

⁵¹ Vgl. Woyke, Wichard (1995): Internationale Organisationen, in: Woyke (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 6. Auflage, Opladen, S. 190

⁵² Vgl. Woyke, Wichard (1995), S. 196

⁵³ Vgl. Balmaceda, Margarita (1997): Institutions, Alliances and Stability. Thinking Theoretically about International Relations in Central-East Europe, in: European Security, Vol. 6, No. 6, S. 92

⁵⁴ Vgl. Gärtner 1997, S. 54

Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges wurden Modelle kollektiver Sicherheit für Europa überlegt. Im Sinne der Londoner Erklärung der NATO und der KSZE-Charta von Paris 1990 sollte die KSZE institutionalisiert, gestärkt und zu einem System kollektiver Sicherheit ausgebaut werden.⁵⁵ Die konkrete Umsetzung dieser Idee wurde jedoch nicht einmal versucht. Die seit 1994 in OSZE umbenannte Institution leidet aufgrund struktureller Schwächen unter mangelnder Entscheidungs- und Gestaltungsfähigkeit. Vor allem Russland hält, zumindest verbal, nach wie vor an seiner Präferenz für die OSZE als Vorstufe zu einem kollektiven Sicherheitssystem fest.⁵⁶

1.4 Begriffsdefinition

Im folgenden werden die zentralen Begriffe – Sicherheit, Sicherheitspolitik, Macht -, so, wie sie im Kontext dieser Arbeit zu verstehen sind, erläutert.

Sicherheit an sich sei ein weitläufiger Begriff. Die Sicherheit eines Staates, einer Bevölkerung oder einer sozialen Infrastruktur ist in der Theorie der Internationalen Beziehungen ein zentraler Faktor. Es ist anzumerken, dass es eine breite Palette an begrifflichen Bestimmungen gibt, wobei jedoch das Substantielle des Begriffs von *Wolfers* so definiert wird:

„Unter dem Begriff Sicherheit wird traditionell die Abwesenheit von Bedrohungen und Gefahren für die erreichten wirtschaftlichen und moralischen Werte (eines Staates bzw. eines Staatensystems) verstanden.“⁵⁷

Dadurch, dass sich der Sicherheitsbegriff im Laufe der Zeit verändert hat, vom Wandel des bipolaren Systems zu einem mono- / multipolaren System, vom Ende

⁵⁵ Broer, Michael (1997): Die Entwicklung der Politik der NATO zur Osterweiterung, in: Pradetto, August (Hg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen 1997, S. 294f

⁵⁶ Thesen des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik 1997, in: Pradetto, August (Hrsg.) (1997): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen 1997, S. 175

⁵⁷ Wolfers, Arnold (1968). *Discord and Collaboration. Essays on International Politics*, Baltimore, S.483; zitiert in: Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006). *Internationale Politik. Eine Einführung*. WUV-UTB, Wien, S. 54

des Ost-West-Konflikts hin zu einer Zeit anderer (versteckter) Bedrohungen, ist es notwendig zu reflektieren. Der Staat als solcher ist nicht der Einzige, der von Sicherheit profitieren will; es geht nicht nur um die Wahrung der territorialen Integrität, sondern auch insbesondere um das Schicksal einer Bevölkerung, ihrem Wohlergehen und um die Wahrung der anerkannten, gemeinsamen Werte.

Buchbender versucht den Begriff der Sicherheit folgendermaßen zu umschreiben:

„Sicherheit ist ein Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernstesten Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen. Der Grad der Sicherheit oder Bedrohtheit hängt weitgehend vom subjektiven Empfinden ab. Die Rahmenbedingungen von Sicherheit werden vor dem Hintergrund der dynamischen Veränderungsprozesse in Europa nicht mehr vorrangig unter militärischen Kategorien definiert. Umweltkatastrophen, Elend und Hunger in der Dritten Welt, Migrationsbewegungen globalen Ausmaßes führen zu einem komplexeren Verständnis für Sicherheit als bisher.“⁵⁸

Es ist also von einem breitgefächerten Sicherheitsbegriff auszugehen, welcher sich auch in der Weiterentwicklung der NATO – vom veränderten Aufgabengebiet her- wiederfindet, auf was im weiteren noch näher eingegangen wird. Sicherheit erscheint somit in diesem Kontext als eine Wertidee und eine gesellschaftspolitische Kategorie. Primär ging es immer darum, Gewalt von außen abzuwehren bzw. sich gegen von außen drohende Gefahren abzusichern, die Wahrung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität⁵⁹.

Nicht außer Acht zu lassen ist das Verständnis des Begriffes Sicherheit im Zusammenhang der veränderten globalen Lage (vgl. Ende der Bipolarität). Neben eventuell neuen Konfliktszenarien (siehe Balkankonflikt, Krieg um das Kosovo) spielt auch die innere Sicherheit eine Rolle, wenn es um das Handling der organisierten Kriminalität und der Korruption geht. Innere Sicherheit beinhaltet die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung eines Staates.

⁵⁸ Buchbender, Ortwin (1992). Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Bonn: Herford. 3. Auflage, S. 134

⁵⁹ Vgl.: Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006). Internationale Politik. Eine Einführung. WUV-UTB, Wien, S. 54

Sicherheit ist auch ein elementarer Begriff im neorealistischen Ansatz im Rahmen der Theorien Internationaler Beziehungen. Es wird davon ausgegangen, dass Staaten im Rahmen eines anarchischen Systems permanent in ihrer Existenz bedroht seien. Auch hier wird Sicherheit als der Schutz vor einer externen (militärischen) Bedrohung gewertet. Hierbei wäre Sicherheit für einen Staat nur durch das Gleichgewicht militärischer Macht garantiert⁶⁰ Gleichgewichte können durch das Aufrüsten von verschiedenen Staaten, oder aber durch die Errichtung verschiedener Militärbündnisse oder Systeme kollektiver Sicherheit entstehen. Somit können internationale Institutionen zur Etablierung eines Machtgleichgewichts beitragen oder aber durch Abbau von Machtpotentialen zur besseren Kontrolle von Macht verhelfen.⁶¹

Sicherheitspolitik ist ein elementarer Bestandteil eines Staates, wobei hier grundsätzlich zwischen innerer und äußerer Sicherheit unterschieden wird. Die äußere Sicherheit bezeichnet dabei den Schutz des Staates vor äußerer Beherrschung und Existenzgefährdung, was z.B. militärische Gewalt, Erpressung, Drohung, Druck oder Embargo implizieren kann⁶². Es ist auch die Politik zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Stabilität, sowie der Verteidigungspolitik. Es ist jedoch durchaus ein erweiterter Begriff der Sicherheitspolitik aufgetreten, der neben den genannten Komponenten auch ökologische, soziale und ethnische Probleme umfasst.

Von einem negativen Sicherheitsbegriff ausgehend, kann man Sicherheit als die Abwesenheit von Gefahren und Bedrohungen verstehen. Hierzu schreiben *Varwick* und *Woyke*:

„Eine Bedrohung der Sicherheit wäre dann eine Handlung oder Folge von außen einwirkender Ereignisse, welche die Gefahr beinhalten, dass die Lebensqualität der Einwohner eines Staates

⁶⁰ Vgl.: Waltz, Kenneth (1979). *Theory of International Relations*. Berkeley

⁶¹ Vgl.: Dettke, Dieter (1995). *Militärpolitik/Sicherheitspolitik*, in: Woyke, Wychard (Hg.). *Handwörterbuch Internationale Politik*. Opladen. 6.Auflage, S.291f

⁶² Vgl. Dettke (1995), S.294

drastisch abgebaut wird oder die politischen Handlungsoptionen einer Regierung erheblich eingeengt werden.“⁶³

Sicherheitspolitik wäre somit ein Mittel, den Bestand und die Werte einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Bezogen auf einen Staat oder ein Staatenbündnis heißt dies, dass durch militärische Infrastruktur und Kapazitäten, durch Vertragsabschlüsse oder Bündnisse, sowie Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen der Schutz des eigenen Territoriums und der politischen/sozialen Interessen der Bürger vor Bedrohung von außen gewährleistet werden muß.⁶⁴

Daraus resultierend beinhaltet Sicherheitspolitik auch den Schutz lebenswichtiger wirtschaftlicher oder politischer Interessen, wobei deren Verletzung fundamentale Werte und das Überleben einer Nation bedroht. Das militärische Potential in diesem Zusammenhang wäre nur eine Facette der zum Schutz der Sicherheit.

Sicherheitspolitik ist somit im Lauf der Jahre einem dynamischen Prozess unterworfen, wobei aber drei zentrale Bestandteile des Begriffs permanente Bedeutung haben: Nationale, kollektive und Internationale Sicherheit. Bei ersterem geht es primär um die Wahrung der nationalen, sowie sozialen Integrität und Identität unter Zuhilfenahme von militärischen Mitteln.

Von kollektiver Sicherheit spricht man, wenn eine Aggression einer fremden Macht durch gemeinsame Mittel im Rahmen eines Staatenverbundes oder Bündnisses abgewehrt wird, wobei die Mitgliedsländer eines solchen Bündnisses vertraglich dazu verpflichtet sind; ein Beispiel wäre der Art. 5 des Nordatlantikvertrags.⁶⁵

Der Begriff der Internationalen Sicherheit umfasst alle bilateralen Ansätze zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit der Mitglieder des internationalen Systems, welches auf Bündnispolitik bzw. Internationalen Organisationen basiert.

⁶³ Varwick, Johannes/ Woyke, Wichard (1999): NATO 2000. Transatlantische Sicherheit im Wandel. Leske+ Budrich, Opladen, S. 29

⁶⁴ A.a.O.

⁶⁵ Siehe Zahl 100

Lösungsansätze hierbei wären Machtabbau, Machtkontrolle und Machtgleichgewicht.⁶⁶ Hierbei kommt Waltz' Gedanke zur Geltung, wonach Staaten in einem anarchischen Selbsthilfesystem ständig in ihrer Existenz bedroht seien und Sicherheitspolitik in diesem Zusammenhang unerlässlich für ihr Überleben wäre. Sicherheit wird hierbei als der Schutz vor militärischer Aggression von außen verstanden, wobei diese nur durch ein Gleichgewicht militärischer Macht gewährleistet werden könne.⁶⁷

„Macht“, im Rahmen des klassischen Konzepts, würde anhand der militärischen Stärke gemessen: *„Power is estimated by comparing the capabilities of a number of units.“*⁶⁸

Im realistischen Ansatz sei Macht/Machtpolitik ein Merkmal menschlichen Strebens nach Dominanz. Macht ist die Möglichkeit andere zu kontrollieren und wird durch Autorität oder Bedrohung ausgeübt.⁶⁹

Kindermann beschreibt Macht als das primäre und vielgestaltige Mittel zur Selbsterhaltung und Willensverwirklichung von Staaten im Interaktionssystem der internationalen Politik. Außenpolitische Führungskräfte würden, bestärkt durch das Gefühl einer existentiellen Unsicherheit, die eigene Sicherheit durch einen Machtgewinn auf Kosten der Sicherheit oder Freiheit anderer Staaten erhöhen.⁷⁰

Laut Henry A. Kissinger wäre ein weltpolitisch bedeutsamer Gewinn an mehr Sicherheit für die Staatengemeinschaft nur auf Basis von ausgewogenen sicherheitspolitischen Selbstbeschränkungen aller Staaten – vor allem der Großmächte – möglich.⁷¹

Nach der klassischen – sowohl gern zitierten wie auch kritisierten – Definition von Max Weber ist Macht *„jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den*

⁶⁶ Varwick, Johannes/ Woyke, Wichard (1999), S. 29

⁶⁷ Vgl. Waltz 1979, S.107

⁶⁸ Vgl. a.a.O., S. 98

⁶⁹ Vgl. Morgenthau, Hans; Thompson, Kenneth (1985): *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, 6th ed., New York, S. 32f

⁷⁰ Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.) (1991): *Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung*. Piper, München, Zürich, S. 88

⁷¹ A.a.O.

eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.⁷² Die Weber'sche Definition charakterisiert sich dadurch, dass der Macht ein intentionaler Charakter (Durchsetzung des eigenen Willens) zugeschrieben wird. Dies lenkt den Blick auf den negativ konnotierten Aspekt der Über- bzw. Unterordnung in sozialen Beziehungen, so dass Macht von den einen über andere ausgeübt wird. Da es dabei um das Aufeinandertreffen gegensätzlicher Willensäußerungen geht, kann die Durchsetzung eigener Ziele auf den Widerstand derjenigen treffen, über die Macht ausgeübt wird.

Eine interessante Definition von „Macht“ stammt von *Robert A. Dahl*: „*A hat Macht über B in dem Ausmaß, wie er B veranlassen kann, etwas zu tun, was er sonst nicht tun würde*“.⁷³ In ähnlicher Weise findet sich diese Definition bei zwei US-amerikanischen Autoren – Keohane und Nye – wieder, die das soziologische Machtkonzept aufgreifen. Bei ihnen wird Macht folgendermaßen definiert: „*Macht kann man sich denken, als die Fähigkeit eines Akteurs, andere dazu zu bewegen, etwas zu tun, was sie ansonsten nicht tun würden (zu hinnehmbaren Kosten für den Akteur)*“.⁷⁴

Für den Begriff der „Bedrohung“ besteht ebenfalls eine Multidimensionalität (militärische, ökologische, ökonomische Bedrohung) wie für den Begriff der „Sicherheit“. Bedrohung ist die Gefährdung der Sicherheit. Dadurch, dass das alte Bedrohungsszenario des Ost-West-Konflikts, nämlich das eines nuklearen Krieges nicht mehr in jenem ausgeprägten Maße gibt, muß die Frage gestellt werden, was heute als Bedrohung angesehen bzw. wahrgenommen wird.

Alexander Wendt geht der Frage nach, wie Bedrohungen konstruiert werden. Durch Erfahrungen werden relativ stabile Konzepte von „sich selbst“ und „dem anderen“ geschaffen. Ergibt dann in weiterer Folge die Interpretation eines

⁷² Vgl. Weber, Max (1978). *Soziologische Grundbegriffe – Sonderausgabe* aus: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen: Mohr, S. 79

⁷³ Dahl, Robert A. (1957): *The Concept of Power*, in: *Behavioral Science* 2/1957, S. 201, zitiert in: Albrecht, Ulrich (1999): *Internationale Politik. Einführung in das System internationaler Herrschaft*. 5. Auflage, München, Wien, Oldenburg. S. 56

⁷⁴ Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. (1977): *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. Boston/Toronto, S. 11; zitiert in: Albrecht (1999), S. 57

Konzeptes, dass die Wahrscheinlichkeit einer Gefährdung durch „den anderen“ hoch ist, so wird eine Bedrohung wahrgenommen.⁷⁵

Auch Neorealist Stephen Walt integrierte einen ideellen Faktor in seiner Theorie, indem er die Wahrnehmung von Bedrohung als wesentliches Element für die Bildung von Allianzen erachtete.

⁷⁵ Vgl. Wendt, Alexander (1992): Anarchy is What States Make of It, in: International Organization, vol. 46, no. 2, S. 391-425

2. Das Nordatlantische Bündnis NATO

2.1 Neue Sicherheitsherausforderungen zum neuen Jahrtausend

Javier Solana bekräftigte die Rolle der NATO zum 50. Geburtstag der Organisation und beschrieb die Aufgabe der NATO als einzigartige Gemeinschaft der Interessen, Werte und Aufgaben. Nach dem Ende des Kalten Kriegs würden Partnerschaft und Zusammenarbeit wirksame Prinzipien der Sicherheit sein, was das Engagement in Bosnien und im Kosovo zeigt.⁷⁶ Das Nordatlantische Bündnis hat bewiesen, dass es mit dem Wandel in Europa umgehen kann, jedoch muss es sich in weiterer Folge an die neuen Herausforderungen anpassen. Durch die Globalisierung entstanden neue Möglichkeiten, aber auch neue Gefahren, welche einzelne Staaten angreifbar machen. Regionale Konflikte, ethnische Spannungen, Grenzstreitigkeiten, aber auch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, wie auch der globalen Terrorismus sind ein Thema im heutigen Europa.

Die Bandbreite und Verschiedenheit der neuen Herausforderungen verlangt nicht einzig und allein den Einsatz militärischer Mittel, sondern es müssen auch auf politische, soziale und wirtschaftliche Mittel zurückgegriffen werden. Im Mittelpunkt der Aufgaben stehen jedoch an erster Stelle Humanität und Menschenrechte. Eine Sicherheitspolitik eines jeden Staates soll auf dieser Basis aufgebaut sein und Humanität als Leitprinzip gelten, wobei Sicherheit vor allem auch Sicherheit für den Menschen bedeuten soll.⁷⁷

Wirtschaft ist das andere Schlüsselement eines breitgefächerten Sicherheitsansatzes. Es gelte auf die wirtschaftlichen Krisen, z.B. wie in Russland ebenso zu antworten, wie auf bewaffnete Konflikte, denn die wirtschaftliche Unterstützung für Staaten ist in erster Linie eine Sicherheitsinvestition, von der jeder profitieren kann. Dennoch kann in der heutigen Zeit auf militärische Mittel nicht völlig verzichtet werden. Deswegen ist die Umgestaltung in ein kleineres,

⁷⁶ Vgl.: Solana, Javier (1999): Security in the 21st Century, in: IDM Info, Nr.15/1999, S. 6

⁷⁷ Vgl.: a.a.O.

flexibles und mobiles Militär, welche sich für das Krisenmanagement eignet von Bedeutung. Dadurch kann auf schnelle Veränderungen im internationalen, sowie im europäischen Umfeld reagiert werden. Dies wiederum setzt eine militärische Zusammenarbeit für die Mitglieder des euroatlantischen Bündnisses voraus.⁷⁸

Für Solana war es damals eine Vision, dass sich alle wichtigen Institutionen, wie EU, NATO, OSZE und UNO an der Zusammenstellung eines sog. umfassenden Sicherheitskonzeptes beteiligen und gemeinsam zur Qualitätssteigerung der Sicherheit im 21. Jahrhundert beitragen.⁷⁹ Die Rolle der NATO in der neuen Sicherheitsarchitektur wäre z.B. die Erweiterung bzw. die Aufnahme neuer Mitglieder, um alte Trennlinien aufzulösen. Dies mag geschehen sein, aber es entstanden wiederum neue Trennlinien in Osteuropa, was eine Einteilung „NATO – nicht-NATO-Staaten“ bewirkte. Die Reaktion mancher Länder auf solch eine „Schwarz-Weiss-Färbung“ war verheerend. Russland beispielsweise drückte nicht nur seine Skepsis und Enttäuschung aus, sondern war erzürnt über die Einverleibung der ehemaligen Satellitenstaaten in die Allianz des alten Feindes aus der Zeit des Kalten Kriegs. Dennoch ist die Aufnahme neuer Mitglieder aus OME auch der Ausdruck des Vertrauens des Westens in die neu entstandenen Demokratien. Ob die NATO an sich Demokratie verbreitet oder nicht, ist jetzt keine Frage, jedoch sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Aufnahmekriterien. Durch die „Politik der offenen Tür“ ist es somit ein Anreiz für andere Staaten in das Bündnis einzutreten, was aber wiederum ihre Demokratisierung voraussetzt. Doch auch die Zusammenarbeit und der Konsens mit Nicht-Mitgliedern ist wichtig. Die Zusammenarbeit im Rahmen des PfP und die Zusammenarbeit mit Russland beweisen das.

Solana betont ebenfalls die Bedeutung des Washington Summit 1999. Die euroatlantische Partnerschaft soll als Motor einer neuen Sicherheitsarchitektur dienen, wobei die NATO als Unterstützer für Aufgaben der UNO und OSZE und zur Verteidigung der demokratischen Werte dienen soll.⁸⁰

⁷⁸ Vgl.: a.a.O., S 7

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Ebd.

Auch *Ernst-Otto Czempiel* sieht die sog. Atlantische Gemeinschaft als Faktor zur Stabilisierung für Europa, aber auch für die ganze Welt. Herrschaftssysteme innerhalb der NATO müssten eine demokratische Struktur aufweisen. Eine Systemanarchie sei so gut wie nicht gegeben, und ein Sicherheitsdilemma gäbe es nicht, was auf die gute Kooperation, auch im wirtschaftlichen Bereich zurückzuführen ist.⁸¹

Die sich verändernde Welt bringt somit neue Arten von Bedrohungen hervor. Diesen Bedrohungen richtig und mit geeigneten Mitteln zu entgegnen ist vorrangige Aufgabe einer gemeinsamen euroatlantischen Anstrengung. Die Unruhe im internationalen System soll aber die Effektivität von Allianzen nicht schwächen dürfen. Die NATO hat trotz des Feindbildverlustes den Drang weiterzuexistieren. Die NATO will aber als Allianz nicht allein aus Selbstzweck weiterbestehen, sondern ist daran interessiert, gemeinsam mit neuen europäischen Partnern eine Sicherheitsarchitektur zu entwickeln, die es möglich machen soll weitere bewaffnete Konflikte zu vermeiden bzw. etwaige bereits vorhandene oder aufkeimende Konflikte durch verschiedene Mittel der gemeinsamen Kooperation in Grenzen zu halten und nach Möglichkeit eine friedliche Lage zu schaffen.

Die Veränderung der NATO von einem reinem Verteidigungsbündnis zu einem Sicherheitsbündnis mit Krisenmanagement ist also ein markanter Punkt, der sowohl die Großmächte, als auch die neu etablierten Demokratien in OME vor neue Herausforderungen stellt.

Die „neue“ NATO würde ein Eckpfeiler eines neuen Systems internationaler Sicherheit darstellen, welches sich einer breiten Palette an verschiedensten Bedrohungen stellen müsse, als es zur Zeit des Kalten Krieges der Fall war. Der Golfkrieg und der Krieg in Bosnien zeigen, dass es bei künftigen Kriegen, in denen NATO-Staaten involviert sind, um Ressourcen in der Dritten Welt und allgemein

⁸¹ Vgl.: Czempiel, Ernst-Otto (1998): Eine neue Ordnung für Europa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr.4/1998: S. 367f

gesprächen, um ethnische Auseinandersetzungen gehen wird.⁸² Gärtner hält jedoch eine bestimmte inhaltliche Veränderung primär für ausschlaggebend, was das eigentliche Ziel der NATO in Zukunft sein sollte: „[...]The real issue for NATO's future is not expansion to the east but the structural transformation into a crisis management alliance.“⁸³ Welche Veränderungen auf die NATO zukamen wird in Kapitel 2.3 näher erläutert.

Die Zukunft der NATO an der Schwelle zum neuen Jahrtausend liegt aber auch eng an den Interessen der USA und seinen globalen Militäraktionen. US-amerikanische Politik würde somit auch von europäischen Partnern innerhalb der Allianz mitgetragen werden, was neue Sicherheitsprobleme und regionales Krisenmanagement anbelangt.⁸⁴

2.2 Die Positionen Russlands und der USA gegenüber der NATO-Osterweiterung

Die Osterweiterung der NATO war im Lauf der neunziger Jahre bis heute eine der schwierigsten Fragen der internationalen Politik. Es kristallisierte sich zweifellos heraus, dass in puncto Osterweiterung Russland und die USA zwei konträre Meinungen vertraten. Russland fühlte sich in seiner Machtposition und in seiner Einflussosphäre immens gestört, wobei die USA einen Gewinn für sich und die Anwerberstaaten sahen. Innerhalb des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes wurde dieser Punkt ebenfalls thematisiert, da die breite Öffentlichkeit in den USA nur marginal von diesen weltpolitisch wichtigen Ereignissen erfuhr. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung Russlands aufgrund des alleine immensen nuklearen Potentials und der konventionellen Streitkräftekapazitäten, welche in den strategischen Planungen der NATO stets eine wichtige Rolle spielte.

⁸² Vgl.: Gärtner, Heinz (1998): *Adapting NATO to New Security Structures*, Wien, OIIP Österreichisches Institut für Internationale Politik, Herbst 1998, S. 38f

⁸³ Vgl.: Gärtner (1998), S. 39

⁸⁴ Vgl.: a.a.O.

2.2.1 Die Haltung der USA

Charakteristisch für die amerikanische Haltung bezüglich Europa ist traditionell die Unterstützung für demokratisch-marktwirtschaftliche Entwicklungen und die Schaffung von stabilen Sicherheitsstrukturen. Die USA sahen ihre Aufgabe darin, eine Führungsrolle bei der Gestaltung von europäischen Sicherheitsstrukturen zu übernehmen, wobei die Idee der USA nicht nur die OME Staaten, sondern auch Russland selbst und die ehemaligen Teilrepubliken der SU implizierte. Die Vereinigten Staaten sahen primär in der NATO das federführende Mittel, um so eine Sicherheitszone in OME zu etablieren. Aus der Sicht der USA war die Nordatlantische Allianz eine Gruppe demokratischer gleichgesinnter Staaten, die zur Stabilisierung und als Instrument zur Verbreitung ideologischer Normen und Werte, sowie als Instrument der Diplomatie und Verteidigung gegen ideologische und militärische Bedrohungen.⁸⁵

Der damalige US-Präsident Bill Clinton stellte sich de facto als starker Befürworter für eine Osterweiterung der NATO dar, was er anhand seiner Feststellung im Jänner 1994 in Brüssel explizit äußerte. Die Argumentation der USA basierte auf drei Punkten: erstens, angesichts neuer Gefahrenpotentiale müsste die USA neues Engagement im Herzen Europas zeigen. Zweitens, die Möglichkeit eines Beitritts in die NATO biete den OME Staaten und den ehemaligen Teilrepubliken der SU einen Anreiz ihre demokratischen Strukturen weiter auszubauen und zu festigen, zur Liberalisierung der Volkswirtschaften beizutragen und die Menschenrechte zu schützen. Drittens habe allein schon der Erweiterungsprozess eine stabilitätsfördernde und friedenserhaltende Rolle durch vorbeugende Krisenbewältigung. Diese Annahme stütze sich auf die positiven Erfahrungen, welche die USA mit neu aufgenommenen Mitgliedern im Lauf der Geschichte machte.⁸⁶

⁸⁵ Vgl.: Meier-Walser, Reinhard C./Lange, Klaus (1996): Die Osterweiterung der NATO - Die Positionen der USA und Rußlands, aus: aktuelle analysen 3 der Hans-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, München 1996, S. 11

⁸⁶ Vgl.: a.a.O., S. 12

Anfangs stellte die USA klar, dass das wichtigste Kriterium für die Aufnahme von neuen Mitgliedern in die NATO die Beibehaltung der Effektivität, der militärischen Fähigkeiten und des Zusammenhalts der Allianz wären.⁸⁷ Eine Destabilisierung der bereits gefestigten Strukturen durch etwaige innere Konflikte, wie z.B. ethnische Probleme oder Grenzstreitigkeiten konnte sich weder die NATO noch die USA leisten.

Aus amerikanischer Sicht war das weitere Ziel eine Förderung der europäischen Stabilität, welche aber im Zusammenspiel und in Übereinstimmung mit der EU, der OSZE und der PfP funktionieren sollte. Explizit wurde aber auch seitens der USA, vom damaligen Vertreter der USA im Nordatlantikrat Robert Hunter darauf hingewiesen, dass nur jene Länder für einen NATO-Beitritt in Frage kämen, die bereit sind, ihren Teil für die Allianz zu leisten.⁸⁸ Dies entsprach auch der Position Ungarns, dass eine Mitgliedschaft nicht nur mit der Auskostung von Rechten, sondern auch mit der vollen Erfüllung der Pflichten einhergeht, wobei eine „à la carte-Auswahl“ der Vorteile nach französischem Muster für das Land kein gangbarer Weg war.

Ein weiteres Kriterium war die Voraussetzung eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems in den beitrittswilligen Ländern. Deutlich hervorzuheben ist aber, dass die USA versuchten gegenüber Russland den Eindruck zu entkräften, es handle sich bei der Erweiterung der NATO um ein Bedrohungsbild für Russland. Es sollte deswegen Transparenz beim Erweiterungsprozess eine Rolle spielen und Russland durch Konsultationsmaßnahmen stets über Entwicklung informiert werden. Auch US-Diplomat Richard Holbrooke verwies ausdrücklich darauf, dass es sich bei der NATO nicht um ein gegen Russland gerichtetes Bündnis handle. Ein Mitspracherecht bei Entscheidungen dieser Tragweite wurde Russland aber nie eingeräumt, und ein Einfluss Russlands über die Frage, wer der NATO beitreten solle und wer nicht, wurde von der US-amerikanischen Seite entschieden zurückgewiesen.⁸⁹

⁸⁷ Vgl.: a.a.O., S. 13

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Vgl.: a.a.O., S. 14

Die Position der USA ist bezüglich Russland die, dass man Russland in die neu geschaffene Sicherheitsarchitektur einbeziehen möchte, jedoch ohne einem Vetorecht gegenüber Veränderungen der transatlantischen und europäischen Sicherheitsstrukturen. Die USA waren aber dennoch vorsichtig gegenüber Moskau, da man, angesichts des immensen Nuklearwaffenpotentials Russlands, eine Bedrohung für die Sicherheit der USA wahrnahm.⁹⁰ Die Clinton-Administration nahm also viel Rücksicht auf die Einwände Russlands bezüglich der NATO-Osterweiterung, aber ließ sich dennoch nicht einschüchtern.

2.2.2 Die Haltung Russlands

Durch den Zerfall des Ostblocks und durch den Wegfall des direkten sowjetischen Einflusses auf die Länder OME's galt es für die Länder der Visegrad-Staaten, Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien, ihre sicherheitspolitische Situation neu zu überdenken. Dies resultierte in einer Absichtserklärung im Oktober 1991 in Krakau, welche die „enge und institutionalisierte Kooperation“ mit der NATO klar zum Ausdruck brachte. Das schockierte Moskau, und es gab in weiterer Folge eine Zunahme an kontroversen Diskussionen bezüglich einer NATO-Erweiterung. Im Jahr 1992 äußerte der ehemalige russische Außenminister Kosyrew seine Bedenken gegenüber dem westlichen Vorhaben und gegenüber der Position der Visegrad-Staaten. Es war ein deutliches russisches Misstrauen gegenüber dem Westen spürbar. Im Februar 1993 kritisierte Kosyrew die NATO-Osterweiterungspläne und hinterfragte dabei, warum die NATO den OME Ländern Sicherheitsgarantien zusichern müsse bzw. durch wen und in welcher Weise diese Staaten bedroht seien.⁹¹

Diese Beispiele zeigen einen Teil der ablehnenden Haltung Russlands gegenüber der NATO-Osterweiterung. Die Hauptgründe waren nicht nur eine vom Sicherheitsdenken beeinflusst, sondern auch wirtschaftlicher Natur.

⁹⁰ Vgl.: a.a.O., S. 19

⁹¹ Vgl.: a.a.O., S 30

So hatte Russland beispielsweise die Befürchtung, dass der äußerst wichtige Waffenmarkt für Russland verloren geht. Die Reaktion Moskaus auf das Herannahen der NATO an die russische Grenze würde zu einer Überhitzung des Staatshaushaltes führen, die Umstrukturierung der Streitkräfte Russlands erschweren und infolgedessen die Verteidigungskapazität schwächen. Letztenendes sah Russland auch eine Verschlechterung in der innenpolitischen Situation, da sich in der Bevölkerung und auch innerhalb des Militärs konträre Meinungen verglichen zur Regierungsmeinung etablieren könnten.⁹²

Es stellte sich auch bereits bei der Wiedervereinigung Deutschlands heraus, dass sich Russland mit der automatischen Eingliederung Ostdeutschlands in die NATO nicht einverstanden, ja sogar verstimmt zeigte. Es war offensichtlich, dass Russland immer noch Ansprüche auf die osteuropäische Region stellte.⁹³ Dennoch ist an dieser Stelle hervorzuheben, dass es sich bei Deutschland um einen längst souveränen Staat handelte, auch wenn nun die Grenze der BRD weiter im Osten liegen sollte. Für Russland war es einfach schwer zu akzeptieren, dass die Zeit für die hegemoniale Vormachtstellung mit Bestimmungsrechten und Macht zur Durchsetzung, wie zur Zeit der einstigen Sowjetunion in einem freien Europa nicht mehr möglich ist. Wie erwähnt erlangte nicht nur das ehemalige Ostdeutschland im Zuge der Wiedervereinigung ihre Eigenständigkeit und Freiheit zurück, sondern ebenfalls andere Staaten der Region Ostmitteleuropas.

Die Überlegung, ob nicht Russland ebenfalls in die NATO aufgenommen werden würde, war auch schon präsent. Da laut *Czempiel* die anarchische Situation des internationalen Systems so beschaffen sei, würde Russland bei einem Ausschluss aus dem euroatlantischen Sicherheitssystem die NATO-Erweiterung als gegen sich gerichtet interpretieren.⁹⁴ Aus der Sicht Ungarns wäre ein Beitritt Russlands zur NATO prinzipiell kein abzulehnender Schritt. Wegen der Sicherheit im

⁹² Vgl.: a.a.O., S 32

⁹³ Borawski, John (1996): If Not NATO Enlargement: What does Russia Want?, in: European Security, Vol. 5, No. 3 (Autumn 1996), London 1996, S. 392

⁹⁴ Vgl.: Czempiel, Ernst-Otto: Europas Ordnungen 1999 - Ereignisse und Überlegungen an der Jahrhundertwende, aus: HSFK-Report 7/1999; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, S. 20

euroatlantischen Raum wird die Aufrechterhaltung des ausbalancierten Verhältnisses zwischen Russland und der NATO als besonders wichtig erachtet. In erster Linie wäre es von Bedeutung, dass zwischen diesen beiden Parteien das gegenseitige Vertrauen weiter ausgebaut und verstärkt wird. Falls dies dann der Fall ist, könne man von einer noch engeren Beziehung zwischen der NATO und Russland ausgehen. Das Tor ist gegenüber Moskau nicht verschlossen, jedoch ist die Zeit für Überlegungen dieser Art, der Aufnahme Russlands in die NATO, momentan noch nicht reif.⁹⁵

Das Thema NATO-Beitritt und Russland war ein komplexer Punkt. Die offizielle Stellungnahme beinhaltet zwar, dass der NATO-Beitritt Ungarns keinen negativen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen der beiden Länder hatte. Während des Kosovo-Kriegs war das Verhältnis jedoch gespannt, ist aber mittlerweile wieder Vergangenheit. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es wieder geordnete Kontakte zwischen Ungarn, und Russland und beide haben die Absicht die Kontakte weiter zu pflegen. Ungarn hebt besonders die guten Handelsbeziehungen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland hervor, wie das beim Zusammentreffen von Außenminister Ivanov und Außenminister Martonyi zeigen.⁹⁶

Anfänglich wurde jedoch der NATO-Beitritt des ehemaligen „Warschauer-Pakt-Staates“ Ungarn von russischer Seite mit Unbehagen aufgenommen. Dies zeigte sich anhand diplomatischer Verstimmungen, die sich aus der Androhung der Wiedereinführung der Visumpflicht für Ungarn ergaben. Das war aber nur eine Folge dessen, dass Russland die Bemühungen Ungarns der Integration in die NATO mit Argwohn verfolgte. Die Differenzen wurden durch restriktive Maßnahmen Ungarns gegenüber Russland im Zuge der Bosnien-Operationen noch verstärkt, als z.B. nach Bosnien zu transportierende russische Truppen und Ausrüstungen, sowie alle Genehmigungen zur Überführung durch Ungarn den

⁹⁵ Interview mit dem stellvertretenden Staatssekretär im Ungarischen Verteidigungsministerium, Generalmajor József Bali, geführt am 22. März 2001

⁹⁶ Interview mit dem stellvertretenden Staatssekretär im Ungarischen Verteidigungsministerium, Generalmajor József Bali, geführt am 22. März 2001

NATO-Kriterien entsprechen mussten. Somit bedeutet das in Summe, dass es im Vorfeld des NATO-Beitritts negative Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis zwischen beiden Staaten bzw. zwischen Russland und der NATO gab, die jedoch im Lauf der Zeit durch vertrauensbildende Maßnahmen, wie den bilateralen Handelsbeziehungen aus dem Weg geräumt werden konnten.⁹⁷

2.3 Die Entwicklung der NATO

Die Nordatlantische Vertragsorganisation wurde am 4. April 1949 durch den Abschluss des Vertrags von Washington gegründet. Vertragspartner waren die USA und Kanada und zehn europäische Länder: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Holland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen und Portugal. Im Verlauf des Kalten Kriegs sind vier Staaten zusätzlich beigetreten, nämlich im Jahr 1952 die Türkei und Griechenland, die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1955 und Spanien im Jahr 1982.

Der Hintergrund der Etablierung der Allianz war der Schutz Westeuropas vor einer immens erstarkenden und an Macht und Einfluss gewinnenden Sowjetunion und in weiterer Folge des Warschauer Pakts.

Charakteristisch für die NATO ist, dass sie als intergouvernementale Organisation ihre Entscheidungen auf dem Konsensprinzip trifft. Sie gliedert sich in eine militärische und eine zivile Organisation. Oberstes Entscheidungsorgan ist der NATO-Rat, der Beschlüsse auf Ebene der Regierungschefs, der Außen- und Verteidigungsminister als auch der sog. Ständigen Vertreter einstimmig trifft. Dem NATO-Rat untergeordnete Sonderinstitutionen sind der Ausschuss für Verteidigungsplanung (DPC) und die Nukleare Planungsgruppe (NPG). Exekutivorgan der NATO ist das Generalsekretariat, dessen Vorstand der

⁹⁷ Interview mit Ferenc Gazdag, Leiter der sicherheitspolitischen Hauptabteilung, Ungarisches Außenministerium, geführt am 23. März 2001

Generalsekretär ist. In der militärischen Organisation bildet der Militärausschuss (MC) das höchste Organ.⁹⁸

Der Ausbau der sowjetischen Einflussosphäre in OME nach dem Zweiten Weltkrieg verunsicherte die westlichen Demokratien. Im Laufe der Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und Kanada wurden 1948 neben den Parteien des Brüsseler Vertrages auch Dänemark, Island, Italien, Norwegen und Portugal zur Teilnahme eingeladen. Das neue Verteidigungssystem sollte auf dem Prinzip gegenseitiger Hilfeleistung beruhen, was aufgrund der militärischen und wirtschaftlichen Kapazität der USA den übrigen Mitgliedsstaaten als sicherheitspolitisch sehr vielversprechend angesehen wurde. Am 4. April 1949 unterzeichneten die Vertreter der teilnehmenden Staaten in Washington den Nordatlantikvertrag. Schon nach vier Monaten hatten ihn alle Parlamente der Mitgliedsländer ratifiziert, sodass er am 24. August 1949 in Kraft treten konnte.⁹⁹

Im Nordatlantischen Vertrag sind Artikel 3, 4, 5 und 6 hervorzuheben:

„Art. 3.

Um die Ziele dieses Vertrages besser zu verwirklichen, werden die Parteien einzeln und gemeinsam durch ständige and wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe erhalten und fortentwickeln. "

„Art. 4.

Die Parteien werden einander konsultieren, wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind."

„Art. 5.

Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts

⁹⁸ Vgl.: Woyke, Wychard (Hg.) (1995): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen. 6. Auflage, S.327f

⁹⁹ Varwick, Woyke (1999), S. 19f

der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen and zu erhalten.

Von jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmaßnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten."

„Art. 6.

Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff

(i) auf das Gebiet eines dieser Staaten in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departments Frankreichs, auf das Gebiet der Türkei oder auf die Gebietshoheit einer der Parteien unterliegenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses;

(ii) auf die Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien, wenn sie sich in oder über diesen Gebieten oder irgendeinem anderen europäischen Gebiet, in dem eine der Parteien bei Inkrafttreten des Vertrags eine Besatzung unterhält, oder wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden."¹⁰⁰

Artikel 3 verpflichtet die Mitglieder zur Verstärkung ihrer eigenen, sowie der kollektiven Verteidigung. Nur durch militärische Stärke kann diese auch garantiert sein.

Artikel 4 regelt die politischen Konsultationen der Partner für den Fall einer Bedrohung. Sie sind zu Beratungen verpflichtet, falls territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit eines Mitglieds in Gefahr ist. Die Konsultation kann von jedem Mitglied, auch wenn dieses nicht gerade selbst bedroht wird, verlangt werden.

¹⁰⁰ NATO Handbuch 1995; NATO Presse- und Informationsdienst, Brüssel 1995, S. 249f

Artikel 5 ist das zentrale Element des Vertrages. Wird einer der Partner angegriffen, wird dies als ein Angriff auf das gesamte Bündnis gewertet. Es wird aber lediglich von den unverzüglichen und im Zusammenwirken mit den Partnern zu treffenden Maßnahmen gesprochen, die jeder für erforderlich hält. Dadurch ist die Möglichkeit einer unterschiedlichen Unterstützung in einem Konfliktfall gegeben. Außerdem spricht Artikel 5 von einer unverzüglichen Informationspflicht der Mitglieder gegenüber dem Sicherheitsrat der UNO.

Artikel 6 bestimmt das Vertragsgebiet der NATO. Diese Festlegung schließt aber nicht aus, dass der NATO-Rat Operationen außerhalb des Vertragsgebiets beschließt (out of area).

Die wichtigste Aufgabe der NATO besteht darin, die Partner gegen einen bewaffneten Angriff zu schützen. Außerdem soll eine effektive Sicherheitspolitik betrieben werden, um bewaffnete Konflikte zu verhindern.

Die Entwicklung der Allianz war schwierig. Es war ein neuartiges Bündnis, sein Gebiet erstreckte sich von der Grenze Mitteleuropas bis nach Alaska, wo es, geographisch gesehen, seinem Feind am nächsten kam. Nachdem Griechenland und die Türkei 1952 und Deutschland 1955 beigetreten waren, bestand die NATO aus 15 Staaten.

In der Zeit zwischen 1956 and 1966 bemühten sich die Mitglieder um eine engere Koordinierung der Streitkräfte, um deren Effektivität zu erhöhen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg dezimierten Truppen wieder aufzubauen und zeitgemäß auszurüsten, bedurfte im Sinne der Allianz einer Abstimmung der Schritte der Mitglieder. Der Bau der Berliner Mauer 1961 und die Kuba-Krise 1962 führten die Allianz an den Rand eines bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion.

Die bereits in Kapitel 2.1 erwähnte „neue“ NATO unterlag somit markanten Veränderungen. Einige Meilensteine dieser neuen euroatlantischen Sicherheitsarchitektur werden von *Gärtner* angeführt. Es sind diese neben dem

bereits erwähnten Krisenmanagement auch friedenserhaltende Missionen, humanitäre Aktionen, aber auch friedensschaffende Missionen.¹⁰¹

Daneben existiert auch die PfP als Errungenschaft, wobei sich hier Staaten nach Kapazitäten und Fähigkeiten beteiligen können. Die sog. „enhanced PfP“ ist die Weiterführung dieser Institution und soll politische Konsultationen intensivieren. Partner, welche sich an der „enhanced PfP“ beteiligen, haben bessere Möglichkeiten sich an der Planung und Durchführung der PfP zu beteiligen und werden im NATO-Hauptquartier stärker in Entscheidungsprozesse und Entscheidungsplanungsprozesse involviert.¹⁰²

Eine weitere neue Einrichtung ist die CJTF, die es der NATO ermöglicht Missionen flexibler und effizienter unter Beteiligung auch von „Nicht-NATO-Staaten“ durchzuführen.¹⁰³ Diese wurde beim NATO-Gipfel im Jahr 1994 in Brüssel beschlossen und beinhaltet vor allem auch die Möglichkeit für europäische Mitgliedsstaaten, Krisen unabhängig von den USA zu behandeln, falls Washington der Ansicht ist, dass keine vitalen US-amerikanischen Interessen dabei gefährdet sind.¹⁰⁴

Das sog. North Atlantic Cooperation Council (NACC) diene als multilaterales Forum für politische Konsultationen.¹⁰⁵ Es standen somit beim NACC zweifellos Dialog und Zusammenarbeit in politischen, als auch sicherheitspolitischen Punkten zur Diskussion. Im Mai 1997 wurde bei einem Treffen auf Ministerebene der NACC durch den Euro-Atlantic Partnership Council (EAPC) abgelöst. Der EAPC dient als politisches Rahmenwerk für sämtliche Kooperationsbestrebungen der NATO. Außerdem wird durch diese Institution die schon angesprochene „enhanced PfP“ in ihrer Entwicklung unterstützt.¹⁰⁶

¹⁰¹ Vgl.: Gärtner, Heinz (1998): Adapting NATO to New Security Structures, Wien, OIIP Österreichisches Institut für Internationale Politik, Herbst 1998, S. 21

¹⁰² Vgl.: Gärtner (1998), S. 16f

¹⁰³ Vgl.: a.a.O.

¹⁰⁴ Vgl.: Gärtner (1998), S. 40

¹⁰⁵ Vgl.: a.a.O., S. 21

¹⁰⁶ Vgl.: a.a.O., S. 25

Eine ebenso bedeutende Errungenschaft war die Gründung der sog. „NATO-Russia Founding Act“, der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation. Die euroatlantische Sicherheitsarchitektur ohne die Beteiligung Russlands zu gestalten wäre nicht möglich, da der Aufbau einer solchen nur zusammen mit Russland durchführbar ist. Es wird diese Einrichtung, die nebenbei durch den institutionalistischen Charakter gekennzeichnet ist, zur Konsultation, zur Kooperation und zur Koordination benutzt, wobei die gemeinsamen Interessen zwischen NATO und Russland in allgemeinen und sicherheitspolitischen Fragen im Mittelpunkt stehen. Weiteres Ziel ist es, das Vertrauen Russlands in die NATO zu stärken und gegenseitiges Vertrauen weiter auszubauen. Es dient in weiterer Folge als Instrument, um die gegenseitige Sicherheit zu verstärken. Im Fall von Uneinigkeiten bzw. Unstimmigkeiten werden diese auf der Basis von gutem Willen und gegenseitigem Respekt innerhalb des Rahmenwerks der politischen Konsultationen gelöst.¹⁰⁷

Eine weitere grundlegende Neuerung ist die sog. European Security and Defense Identity (ESDI). Sie wurde innerhalb der NATO dazu entwickelt, um europäische Mitgliedern zur Unterstützung von WEU-gesteuerten Operationen heranziehen zu können. Beim Treffen des NAC in Berlin im Jahr 1996 wurde der Grundstein für die ESDI gelegt. Ziel der ESDI ist es, einen effektiveren europäischen Beitrag zur NATO zu leisten und außerdem die Kooperation zwischen WEU und NATO auszubauen.¹⁰⁸

2.4 Das Sicherheitskonzept der NATO

Das Sicherheitskonzept der NATO und auf Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten basiert auf einem dreistufigen Aufbau. An oberster Stelle findet sich die *nationale Sicherheitsstrategie*, welches die wichtigsten Sicherheitsvereinbarungen allgemein zusammenfasst. Diese dient wiederum als Wegweiser für die *nationale Militärstrategie*, welche der oben erwähnten nationalen Sicherheitsstrategie

¹⁰⁷ Vgl.: Gärtner (1998), S. 27

¹⁰⁸ Vgl.: a.a.O., S. 30

untergeordnet ist. An letzter und dritter Stelle befinden sich die *nationalen Militärdoktrinen*, welche die Grundsätze und Einsatzregeln von bewaffneten Kräften organisiert.

2.4.1 Nationale Sicherheitsstrategie

Die nationale Sicherheitsstrategie beinhaltet all jene Grundwerte und Prinzipien, die von der überragenden Mehrheit der Bürger als wichtig und zum Überleben als substantiell eingestuft werden und zu ihrer Verteidigung bereit sind, Opfer zu erbringen.

Die wichtigsten Aufgaben der Sicherheitspolitik sind der Schutz der territorialen Integrität, der Schutz der Grenzen und des Luftraums und der Schutz des Lebens der Bevölkerung. Die nationale Souveränität, die politische Unabhängigkeit und die persönliche Freiheit gehören ebenso zu diesen Grundwerten. Diese nationale Sicherheitsstrategie sichert die grundlegenden nationalen Interessen und langfristige nationale Ziele, jedoch wird zwischen lebensnotwendigen, wichtigen und peripheren Zielen unterschieden. Zum Schutz der lebensnotwendigen Ziele ist der Einsatz von bewaffneten Streitkräften möglich, wobei dies z.B. bei peripheren Zielen nicht angebracht ist. Die nationale Sicherheitsstrategie spielt auch bei der Beurteilung von Gefahren und Bedrohungsrisiken eine wesentliche Rolle. Hierbei wird zwischen militärischen und nicht-militärischen Bedrohungen unterschieden.¹⁰⁹

Die Mittel zur Umsetzung der nationalen Sicherheitsstrategie sind die Wirtschaft, die Diplomatie und der Einsatz militärischer Kräfte. Nicht vernachlässigbar dabei ist die Tatsache, dass die Sicherheit eng mit der zur Verfügung stehenden Budgetmittel in Zusammenhang steht. Deshalb ist es von Bedeutung, dass zwischen den tatsächlichen Bedrohungen, den zur Verfügung stehenden Geldmitteln und der Größe und Qualität der Truppen ein Gleichgewicht besteht.¹¹⁰

¹⁰⁹ Vgl.: Matus, János (1999): Euroatlanti csatlakozás és biztonságpolitika, in: Ezredforduló – Stratégiai kutatások a magyar tudományos akadémián, 4/1999 – “Euro-atlantischer Beitritt und Sicherheitspolitik”, in “Jahrtausendwende – Strategische Studien an der ungarischen Akademie der Wissenschaften”, Nr. 4, 1999, S. 8., S. 9

¹¹⁰ Ebd.

2.4.2 Nationale Militärstrategie

Die nationale Militärstrategie geht aus der vorhin beschriebenen nationalen Sicherheitsstrategie hervor und regelt die Etablierung von bewaffneten Kräften, ihre Leitung und Ausbildung und fasst die Pläne und Vorstellungen für ihren Einsatz zusammen.

Ausgangspunkt ist die Beurteilung von internationalen Spannungsquellen, die in bewaffneten Konflikten enden könnten. Spannungen und die Wahrscheinlichkeit von bewaffneten Konflikten zwischen Staaten haben möglicherweise abgenommen, aber die Möglichkeit von innerstaatlichen Konflikten hat sich parallel erhöht. Deswegen liegt der Schwerpunkt der nationalen Militärstrategie bei der Bewältigung von Konflikten, die aus innerstaatlichen Spannungen hervorgehen könnten.

Die Krisenbewältigung nimmt also auch einen höheren Stellenwert ein, und deswegen ist die Etablierung einer Armee, die in multinationalen Konflikten und Kriegen eingesetzt werden könnte überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Jedoch ist die primäre Aufgabe einer nationalen Armee der Schutz der nationalen Integrität, sowie auch der Einsatz bei friedensschaffenden und friedenserhaltenden Missionen und die Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden.

Die zentralen Aufgaben der nationalen Militärstrategie sind die Bestimmung der notwendigen militärischen Fähigkeiten, sowie die Organisation der Truppenstärke, der Bewaffnung und Einsatzentscheidungen. Bedeutend dabei ist die Überprüfung von Anschaffungen, der Leistungsfähigkeit der nationalen Rüstungsindustrie, das Überprüfen deren Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten. Die zur Landesverteidigung zur Verfügung stehenden Mittel müssen rational und effektiv eingesetzt werden. Die Rüstungs- und Militärausgaben müssen dem Parlament gegenüber transparent sein, damit es in weiterer Folge über die Verteidigungskosten entscheiden kann. Von elementarer Bedeutung ist ebenso die zivile Kontrolle des Militärs, es darf sich nicht zu einem Staat im Staat

entwickeln. Ebenfalls ist ein Informationsfluss zur Bevölkerung notwendig, damit diese die Bedeutung des Militärs erkennen kann.

2.4.3 Militärdoktrinen

Nach dem in der NATO gültigen Verständnis sind Militärdoktrinen die Grundprinzipien des Einsatzes von bewaffneten Kräften, als auch die Regelungen betreffend des technischen Materials.¹¹¹

In Summe gesehen sind die nationale Sicherheitsstrategie, die nationale Militärstrategie und die Militärdoktrinen die Möglichkeit der Artikulation von nationalen Anliegen und Interessen gegenüber der NATO.

2.4.4 Study on NATO Enlargement

Die Ergebnisse eines im Dezember 1994 eingeleiteten Überprüfungsprozesses zur Klärung näherer Details und Konsequenzen zum Erweiterungsprozess ging in der NATO-Erweiterungsstudie, der sog. „Study on NATO Enlargement“ hervor. Dieses vorerst bündnisinterne, mittlerweile aber öffentliche Dokument fasst die gemeinsame Linie der Bündnispartner und Orientierungshilfen für den Beschlussfassungsprozess zusammen.¹¹² Hierbei geht es rein um objektive Feststellungen und nicht um ein Patentrezept, wie die Erweiterung vollführt werden soll.

Festgelegt wurde, dass die NATO-Erweiterung für niemanden eine Bedrohung darstellen sollte.¹¹³ Es ist eine Auflistung an Maßnahmen, die zu mehr Stabilität und Sicherheit für die euroatlantische Region führen soll. Die Frage nach dem „Warum“ einer Erweiterung soll durch folgende Punkte erklärt werden:

¹¹¹ Vgl.: a.a.O., S. 10

¹¹² Vgl.: Meier-Walser, Reinhard C./Lange, Klaus (1996): Die Osterweiterung der NATO - Die Positionen der USA und Rußlands, aus: aktuelle analysen 3 der Hans-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, München 1996, S. 22

¹¹³ Vgl.: a.a.O., S. 40

- *„Ermutigung und Förderung demokratischer Reformen einschließlich ziviler und demokratischer Kontrolle über das Militär*
- *Unterstützung von gewohnheitsmäßiger Zusammenarbeit, Konsultationen und Konsensbildung, die bereits die Beziehungen zwischen den jetzigen Mitgliedstaaten charakterisieren*
- *Förderung gutnachbarlicher Beziehungen im gesamten euroatlantischen Raum*
- *Erhöhung von Transparenz bei Verteidigungsplanung und Verteidigungshaushalt und somit des Vertrauens zwischen den Staaten*
- *Bekräftigung der Tendenz zu Integration und Kooperation in Europa*
- *Stärkung der Fähigkeit des Bündnisses, einen Beitrag zu europäischer und internationaler Sicherheit zu leisten und Friedenssicherung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen oder der OSZE zu unterstützen sowie Stärkung und Erweiterung der transatlantischen Partnerschaft“¹¹⁴*

Betrachtet man die NATO-Osterweiterung in diesem Zusammenhang, da man annehmen kann, dass die meisten der erwähnten Punkte letztendlich auch für die Allianz selbst eine wichtige Rolle spielten, dann war es von ihrer Seite aus eine vorteilhafte Kosten-Nutzen Rechnung. Von ähnlichen Beweggründen. kann man aber auch bei den der NATO beitrittswilligen Staaten ausgehen, was ihre Motivationen für einen Beitritt angeht. Für Ungarn war die „Study on NATO Enlargement, die im September 1995 veröffentlicht wurde, ein wichtiger Schritt zur weiteren Annäherung an die NATO. Das System von Kriterien in den "Aufnahmeinformationen" waren mit den außenpolitischen Zielen Ungarns konform. Die ungarische Führung erklärte am 29. Jänner 1996 auch offiziell die Beitrittsabsicht.¹¹⁵

¹¹⁴ A.a.O., S. 40f

¹¹⁵ Vgl.: Keresztes, Lajos (1998): Ungarns Vorbereitungen auf den NATO-Beitritt, aus: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.8/1998, Köln 1998. S. 18

3. Die Sicherheitspolitik Ungarns im Kontext des NATO-Beitritts

3.1 Ungarn zwischen politischer Wende und euroatlantischer Annäherung

Nach anfänglicher Skepsis Moskaus, unter den sowjetischen Staatschefs Breschnew und Andropow, welche die politischen Abläufe und wirtschaftlichen Modifikationen mit großer Kritik verfolgten, stand ab dem März 1985 ein neuer Generalsekretär an der Spitze der Sowjetunion: Michail Gorbatschow. Er stand den ungarischen Reformen vorurteilsfreier gegenüber. In den letzten Jahren der Kádár-Ära sah sich die ungarische Führung mit gravierenden wirtschaftlichen und politischen und sozialen Krisen konfrontiert. Der Konkurs der "Kádár'schen Verbrauchergesellschaft" warf das Problem der Legitimation der sozialistischen Systems auf.

3.1.1 Die allgemeine Lage Ungarns vor dem Umbruch

Die Probleme die auf Ungarn zukamen hatten im Grund genommen zwei Ursachen: das System an sich, welches weiter stabilisiert wurde durch die Grundsatzentscheidungen der Parteiführung. Des weiteren war Ungarn abhängig von den sowjetischen Rohstoff- und Energielieferungen. Im Gegensatz zu den westlichen Konsumgütern waren ungarische Produkte in ihrer Qualität minderwertig, daneben wurden Preise in Abständen von fünf Jahren festgesetzt, wobei Ungarn von der Sowjetunion am Festhalten von unrentablen Industriezweigen gezwungen wurde. Zusätzlich distanzierte sich die Industrie immer mehr von einer technischen Modernisierung. Die ungarischen Textilexporte in die Sowjetunion erwiesen sich als wenig ertragreich, und das gesamte wirtschaftliche Gerüst wurde durch die staatliche Preisregulierung verzerrt. Durch die westlichen Kredite wurde der Lebensstandard künstlich konstant gehalten und durch die Rückzahlung von bisher aufgenommenen Krediten verdoppelte sich die Nettoauslandsverschuldung in den Jahren 1981 bis 1988. In der Statistik schien Ungarn im osteuropäischen Raum an erster Stelle mit der höchsten Pro-Kopf-

Verschuldung auf. Die Inflation schnellte in die Höhe und betrug im Jahr 1988 ungefähr 10% und im Jahr 1989 17%. Die Kaufkraft der Bevölkerung sank ab dem Jahr 1985 drastisch. Die Arbeitslosigkeit nahm erschreckend zu, waren im Jahr 1989 ca. 14.000 Menschen arbeitslos, waren Ende 1991 etwa 400.000 ohne Beschäftigung.¹¹⁶

Ohne Zweifel gab es eine Rezession innerhalb der ungarischen Wirtschaft, und die Regierung versuchte nun mit allen Mitteln die Lage zu verbessern. Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen rasant von 23 Mio. US-Dollar im Jahr 1988 auf 215 Mio. US-Dollar im Jahr 1989 an und die Summe des Auslandskapitals betrug 1990 569 Mio. US-Dollar. Das BIP pro Kopf betrug 1989 2.750 US-Dollar; vergleicht man dies mit dem BIP pro Kopf aller OECD-Länder im Schnitt, was 17.387 US-Dollar waren, so kann man sich leicht ein Bild von der wirtschaftlichen Notlage Ungarns machen.¹¹⁷

3.1.2 Opposition und Macht

Bereits im Frühling des Jahres 1985 machte sich die latente Krise bemerkbar. Die Führung konnte die immer stärker werdende Misere der Bevölkerung nicht mehr übersehen, da der Druck auf jeden einzelnen immer größer wurde. Im politischen Jargon sprach man stets von "wirtschaftlichen Schwierigkeiten", die Wahrheit war aber, dass die Ressourcen des Landes langsam aber sicher zur Neige gingen. Ab dem Jahr 1985 wurden nicht nur die Grundprinzipien des Systems angezweifelt, sondern man begann offen darüber zu diskutieren, ob man das System überhaupt reformieren könnte, und ob nicht ein Regimewechsel unausweichlich wäre. Die Vorboten von tiefschürfenderen Veränderungen waren schon in der ersten Hälfte der 1980er Jahre sichtbar: wichtige Persönlichkeiten in den Ministerien wurden kurzerhand durch linientreue Parteigenossen ausgetauscht, die Chefredakteure einiger Tageszeitungen von ihren Posten abberufen und der Chef des staatlichen Fernsehens versetzt. Die Ablösung von einigen regionalen Parteichefs der

¹¹⁶ Vgl.: Brunner, Georg (Hrsg.): Ungarn auf dem Weg der Demokratie, Bonn 1993; Wass von Czege, Andreas, Kap.IV. Wirtschaft, S.127

¹¹⁷ Ebd.

USAP/MSZMP könnte man bereits als Legitimationskrise bezeichnen; die kommunistische Jugendorganisation KISZ (Kommunista Ifja Szövetsége - "Bund der kommunistischen Jugend") wurde aufgelöst, was die Staatspartei mit kühler Miene akzeptierte. Die Parteiführung selber war mit dem Problem der Nachfolge beschäftigt, wer denn nach dem Abgang von Kádár Janos folgen würde, zur selben Zeit entstanden explosionsartig autonome gesellschaftliche Gruppierungen, die sich selber als "zweite Gesellschaft" bzw. als "zweite Öffentlichkeit" bezeichneten. Die kritische ungarische Zivilgesellschaft hatte sich aber lange vor dem Jahr 1985 etabliert und spielte eine entscheidende Rolle bei der Unterzeichnung der Helsinki-Schlußakte im Jahr 1975, was sich bei der Eingliederung von gewissen Bürgerrechten und politischen Rechten in die ungarischen Gesetze unter Beweis stellte.

Die USAP/MSZMP war indessen bemüht die zivilen Vereinigungen zum Schweigen zu bewegen und aus dem öffentlichen Spektrum zu verdrängen. Dies gelang nur punktwiese, wie etwa durch die gezielte "Ausschaltung" bestimmter Verantwortlicher, auch aus den eigenen Reihen, bzw. durch polizeiliche Einschüchterungsmaßnahmen, wie Hausdurchsuchungen, das Festhalten Intellektueller und Regimegegner, die Auflösung von Demonstrationen etc. . Was von der Partei nicht erreicht wurde, war die Ausschaltung von sog. "Krankheitsherden"/Reformbewegungen, die, wie schon vorhin erwähnt, auch in der Führungsriege und vermehrt auf Universitäten existierten. Den größten öffentlichen Widerhall fanden die von den "radikalen Volksökonomern" verfassten Schriften "Fordulat és reform" ("Wende und Reform")¹¹⁸ aus dem Jahr 1986 und "Társadalmi Szerződés" ("Gesellschaftsvertrag") aus dem Jahr 1987. Letzteres Schriftstück hat die Frage der Verantwortung und der Legitimation aufgeworfen bzw. konkret Kádárs Machtposition kritisiert, seine Absetzung gefordert und Grundfragen des politischen Wandels behandelt. All jene zivilen Gruppierungen ließen die Staatsführung mit keinem guten Ergebnis abschneiden. Es gab aber auch innerhalb der USAP/MSZMP kritische Stimmen, die rein objektiv die Lage

¹¹⁸ Die "radikalen Volksökonomern" und Verfasser des kritischen Schriftstückes "Wandel und Reform" waren u.a. Lengyel László, Antal László, Csillag István, Matolcsy György; vgl. Horváth (1992): S.148

beurteilten. So verfasste der Reformkommunist und Politologe Bihari Mihály die Studie "Reform és demokrácia" ("Reform und Demokratie"), in der er die Ausweglosigkeit des politischen Systems analysierte. Hinzu kam, dass sich immer mehr Parteimitglieder und -organisationen der Reformbewegung anschlossen, wie konkret die Unterorganisation "Hazafias Népfront" ("Patriotische Volksfront"), die von einem wichtigen Exponenten des Umbruchs, nämlich Pozsgay Imre geführt wurde. Pozsgay selber trug maßgebend durch seine Interviews zur Umbruchstimmung bei.¹¹⁹

3.1.3 Die politische Wende

Den markantesten Wendepunkt im ungarischen Transformationsprozess stellte die außerordentliche Parteikonferenz der USAP/MSZMP vom 20. bis zum 22. Mai 1988 dar. Kádár verlor seine Führungsposition und erhielt stattdessen das "Ehrentamt" eines Parteipräsidenten. Sein direkter Nachfolger wurde Grósz Károly, der ab da den Posten des Premierministers und des Generalsekretärs der Partei inne hatte. Beschlossen wurde auf der Parteikonferenz folgendes: die wirtschaftspolitische Wende wurde offiziell festgelegt. Das heißt, es wurde auf die Wahrung der sozialistischen Grundwerte bewusst verzichtet, und die Partei intervenierte nur noch in Einzelfällen und sehr selten.¹²⁰ Im Klartext bedeutete dies, dass von nun an die Hürden für die sich etablierte Opposition aufgelöst waren, und es herrschte ein deutliches Gefühl von Freiheit - für die Ungarn das primäre Anliegen im Lauf ihrer Geschichte. Die Parteikonferenz ergab aber noch ein weiteres Bild: man hatte die gesellschaftlichen Kräfte in den Kreis der Verhandlungen aufgenommen, und unter diesem Gesichtspunkt sprach die USAP/MSZMP das erste Mal von Veränderung und Reform. Trotzdem behielt die oberste Führungsriege der „Noch-Staatspartei“ Kádár János als Autoritätsperson, da er die verschiedenen Bestrebungen der führenden Kräfte auf einen Nenner bringen konnte. Kádár war somit endgültig am Scheideweg angelangt. In dieser politisch höchst brisanten Phase bat Kádár, Michail Gorbatschow um Rat und Hilfe. Man hatte nicht lange diskutiert, und Gorbatschow war, um es auf den Punkt

¹¹⁹ Vgl. Horváth (1992), S.148

¹²⁰ Vgl. Brunner (1993): a.a.O.

zu bringen, der Meinung, dass in Fragen solchen Ausmaßes - nämlich der Zukunft Ungarns - die USAP/MSZMP selber entscheiden müsste. Nach der Ansicht Gorbatschows musste die Partei eine solche Entscheidung in der Frage des politischen Fortganges treffen, die mit der herrschenden Stimmung der ungarischen Bevölkerung und der reformwilligen politischen Kräfte vereinbar wäre.¹²¹

Damit war das politische Signal gesetzt, und die oppositionellen Kräfte hatten de facto freie Hand. Dieses Signal Gorbatschows war objektiv beurteilt kein Zeichen von politischer Schwäche, sondern ein Einlenken Moskaus, das die Ausweglosigkeit der Lage erkannt hatte. Auch die USAP/MSZMP unter der Führung von Grósz hatte die Lage realistisch beurteilt: *„Die Landespartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei hält die koordinierte Fortsetzung und Beschleunigung des gesellschaftlichen und des wirtschaftlichen Reformprozesses für notwendig.“*¹²²

Am 16. Juni 1988 kam es zu einer weiteren Demonstration zum 30.Todestag von Nagy Imre. Die Polizei löste diese Veranstaltung auf, obwohl diese ursprünglich gemeldet war, wobei 15 Demonstranten festgenommen wurden. Die Führung sah auch keinen Grund Nagy Imre zu rehabilitieren, und sah der Neubewertung der Geschehnisse von 1956 skeptisch und zurückweisend gegenüber. Hier merkt man deutlich die Verzweiflung der Führung, wie diese sich mit allen Mitteln aus unangenehmen Situationen zu retten versuchte und an ihrer Machtstellung festhielt. Indessen musste die USAP/MSZMP bald die Auflösung des Einparteienstaates akzeptieren.

Im November 1988 fand der Wechsel an der Staatsspitze statt: Premierminister wurde *Miklos Németh*, der allerseits als fortschrittlicher Reformkommunist bekannt war. Seine Popularität konnte er seinen volksnahen Auftritten und Reden

¹²¹ vgl.: Gorbatschow, Michail (1998): Váltás a vezetésben (Wechsel in der Führung); in: História, Budapest 1998; S.27 ff.

¹²² Vgl.: Dokumentation über die politische Stellungnahme der Landeskonferenz der USAP vom Mai 1988, in: Südosteuropa, 37.Jg., 5/1988

verdanken und weniger der USAP/MSZMP. Er brachte einen Erfolg in Nagymaros zustande, andere Probleme politischen Ranges konnte auch er nicht zur Gänze bewältigen, wie zum Beispiel die Eigentumsreform, die Steuerreform etc. . Der Massenveranstaltungen im Sommer und im Herbst 1988 konnte die USAP/MSZMP nicht mehr Herr werden. Die oppositionellen politischen Kräfte hatten eine derart starke Eigendynamik entwickelt, dass sie bereits ein ernstzunehmendes Gegengewicht zur Führungspartei darstellten. Im organisatorischen Bereich standen sie der USAP/MSZMP um nichts nach, und der Zulauf zu den Reformkräften stieg von Tag zu Tag durch gezielte Propaganda an. Die Staatspartei war indessen mit ihrer eigenen Krise viel zu sehr beschäftigt, um der Opposition ernstzunehmend entgegenzutreten zu können.

Der Herbst des Jahres 1988 stellte einen Zeitraum von bedeutenden Veränderungen dar. Am 3. September meldete das MDF (Magyar Demokrata Forum - Ungarisches Demokratisches Forum) auf einem neuerlichen politischen Treffen in Lakitelek seine Umwandlung in eine offizielle politische Organisation an. Genauso verhielt sich die SZDSZ (Szabad Demokraták Szövetsége - Bund Freier Demokraten), die FKgP (Független Kiszgazda Párt - Unabhängige Partei der Kleinlandwirte) und die Magyar Néppárt (Ungarische Volkspartei - die Nachfolgepartei der Ungarischen Bauernpartei). Die letzteren beiden waren historische Parteien, die nach 1945 an den freien demokratischen Wahlen teilnahmen, und meldeten in Lakitelek ihren historischen Anspruch auf eine Wiedergründung an.

Allgemein war die Situation folgendermaßen zu bewerten: in den Herbstmonaten des Jahres 1988 entstand der konkrete Rahmen für eine künftige politische Struktur in Ungarn. Mit der Verabschiedung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts war die Legitimation der oppositionellen Kräfte offiziell bestätigt. Für die USAP/MSZMP hingegen bedeutete dies eine Legitimationskrise, wenn nicht sogar einen Legitimationsverlust.

Die Akzeptanz des Mehrparteiensystems war damit gegeben, was für den konservativen Flügel der USAP/MSZMP kein sehr behagliches Gefühl

verursachte. Grósz Károly sprach am 19. November 1988 davon, den "weissen Terror, das Chaos, die Anarchie und den Pozsgay-Putsch von der MSZMP" aufhalten lassen zu wollen.¹²³ Nach der Meinung von Grósz wünschte sich die ungarische Bevölkerung "Veränderungen, aber im Rahmen des Sozialismus".¹²⁴ Im Jänner 1989 war die Lage der USAP/MSZMP in puncto Mehrparteiensystem tatsächlich aussichtslos geworden. Pozsgay hatte am 18. Jänner 1988 im staatlichen Radio die Ereignisse des Jahres 1989 als Volksaufstand bezeichnet, was die USAP/MSZMP in eine schwierige Situation brachte. Die Zweiteilung der Führungspartei in Konservative und Liberale beschleunigte es nur noch mehr, mit der Tradition des Einparteiensystems zu brechen, was am 11. Februar 1989 offiziell geschah, was das Ende des Machtmonopols der USAP/MSZMP bedeutete. Inzwischen wurde die ideologische Kluft zwischen Grósz und Pozsgay immer größer, und die Reformbemühungen innerhalb der Partei landesweit stärker. Einen Durchbruch im Reformprozess stellte die Abwahl von Kádár János als Parteipräsident am 8. Mai 1989 dar. Statt ihm wurde Nyers Rezső zum neuen Parteipräsidenten gewählt. Der nächste Fortschritt in den Augen der oppositionellen Kräfte war die Absetzung Grósz Karolys von seinem Parteiposten, der danach durch ein Gremium bestehend aus Reformkommunisten zusammengesetzt war (Pozsgay Imre, Nyers Rezső, Németh Miklós und Grósz Károly).

Der Abschnitt zwischen März und Oktober 1989 charakterisierte sich durch mühsame Verhandlungen zwischen der USAP/MSZMP und Vertretern der oppositionellen Kräfte. Der Pluralismus in Ungarn war zu dem Zeitpunkt derart aufgeblüht und ihre Agitation als legale Parteien derart intensiv, dass die USAP/MSZMP nicht mehr gewagt hatte sich den Verhandlungen zu entziehen. Es entstand eine interessante politische Situation: die Verhandlungsseite, die Staatspartei USAP/MSZMP war nicht mehr legitim, und die andere Verhandlungsseite die Opposition noch nicht legitim genug.¹²⁵

¹²³ Horváth (1992), S. 150

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Vgl.: a.a.O., S. 150

Die prinzipielle Anerkennung des politischen Pluralismus und der wechselseitigen Bedingtheit von Pluralismus und Konsens zog drei, für die weitere Entwicklung maßgebliche Konsequenzen nach sich. An erster Stelle steht die offene Manifestation und "Legalisierung" einer parteiinternen Pluralisierung der USAP/MSZMP in Folge ihrer Absage an das Funktions- und Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus und der Genehmigung der sog. innerparteilichen Plattform-Freiheit.

Des Weiteren war die Vorbereitung einer gesetzlichen Regelung des de facto bereits bestehenden Parteienpluralismus notwendig, d.h. eines Parteiengesetzes und einer konstitutionellen Absicherung des Mehrparteiensystems durch eine entsprechende Modifikation der geltenden Verfassung für die Dauer des Überganges, bzw. für die Zukunft durch die Konstituierung und Verabschiedung einer neuen Verfassung.

Die dritte Konsequenz war die ohne den Vorbehalt einer noch ausstehenden gesetzlichen Regelung erfolgte de facto Anerkennung der Pluralität von oppositionellen Parteien, alternativen Organisationen und deren politische Legitimation als gleichberechtigte Partner bei den trilateralen Verhandlungen des "Nationalen Runden Tisches", von Juni bis September 1989.¹²⁶

Der "Nationale Runde Tisch" kann als „Ersatzparlament“ gesehen werden, in dem der noch alleine regierenden USAP/MSZMP sozusagen als erste Kammer eine in der Opposition zusammengeschlossene Mehrparteipräsentation gegenüberstand. Die zweite, gewissermaßen korporative Kammer wurde von den gesellschaftlichen Organisationen, Interessenvertretungskörperschaften, und die dritte Kammer, die sog. "dritte Seite" von parteinahen Verbänden gebildet.¹²⁷

Mit dem 15. März 1989 war die politische Aufbruchstimmung spürbar und bedeutete eine "stille Revolution" für die oppositionellen Kräfte, wo diese nicht nur

¹²⁶ Vgl.: Sitzler, Kathrin (1989): Die Anfänge des politischen Pluralismus in Ungarn; in: Südosteuropa, 38.Jg., 11-12/1989, S.678

¹²⁷ Vgl.: Sitzler (1989): S. 678

die Absetzung Kádárs, sondern auch den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Land forderten. Am 22.März 1989 wurde der sog. "Oppositionelle Runde Tisch" (Ellenzéki Kerekasztal - EKA) durch Initiative des Unabhängigen Forums der Rechtsanwälte (Független Jogász Fórum) gegründet. Beteiligt am Oppositionellen Runden Tisch waren die Bajcsy-Zsilinszky Baráti Társaság (Bajcsy-Zsilinszky Freundesgesellschaft), FIDESZ, das MDF, SZDSZ, die FKgP, die Magyar Néppárt (Ungarische Volkspartei), die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften und die KDNP (Keresztény Demokrata Néppárt - Christlich-soziale Volkspartei).¹²⁸

Am 8.Juni 1989 begannen die Verhandlungen am Nationalen Runden Tisch. Die Teilnehmer waren die USAP/MSZMP, die Vereinigung des "Oppositionellen Runden Tisches" (EKA) und die sog. "dritte Seite", bestehend aus der Patriotischen Volksfront (Hazafias Népfront), dem Rat der Gewerkschaften (SZOT - Szakszervezetek Országos Tanácsa), der Münnich-Ferenc-Gesellschaft, der sog. Linksalternativen Vereinigung (BAL - Balóldali Alternatív Egyesülés), dem DEMISZ (der Nachfolgeorganisation des KISZ) und dem Verband Ungarischer Widerstandskämpfer und Antifaschisten. Die Verhandlungen waren am 18.September 1989 abgeschlossen. In den wirtschaftlichen Fragen gab es bei jedem Teilnehmer Übereinstimmung, in politischen Fragen waren sich alle über die Verfassungsreform, die weitere Funktion der politischen Parteien und den friedlichen Übergang in ein neues politisches System einig. In einer Frage war man sich aber trotzdem strittig, nämlich über die Stellung des Staatspräsidenten, über dessen Befugnisse und seine Wahl, weiters über das Wahlrecht und die Wahlen selbst. Zu einem späteren Zeitpunkt konnten sich die Verhandlungsteilnehmer in kritischen Fragen einigen. Alle Teilnehmer sahen sich einverstanden mit der Etablierung der Institution des Staatspräsidenten, mit dem Zeitpunkt und die Art der Parlamentswahlen, mit der Auflösung der Arbeitermiliz (Munkásörség), mit der Vermögensabrechnung der USAP/MSZMP und dem Auszug der USAP/MSZMP aus den Arbeitsstätten.

¹²⁸ Ebd.

3.1.4 Der demokratische Übergang und Wahlen 1990

Den ungarischen Systemwechsel charakterisieren fünf Eckdaten. Die Äußerung von Pozsgay Imre im ungarischen Radio am 30. Jänner 1989 versetzte die sozialistische Führung in nervöse Aufruhr. Damit wurde die wichtigste historische Enttabuisierung vollzogen. Diese Geste als ein Zeichen der Versöhnung zwischen Volk und Macht, entpuppte sich de facto als ein Zeichen des endgültigen Rückzuges der Sozialisten.

Analytisch gesehen unterteilte sich der ungarische Systemwechsel in drei Abschnitte. Der erste, ab 1987 bis zum Februar 1989, charakterisierte sich durch das Auftreten von unabhängigen politisierenden Gruppierungen innerhalb der Staatspartei, durch den inneren Verfall des Systems und durch zivile soziale Initiativen außerhalb der Staatspartei, die sich im Laufe dieser Phase zu einer mehr oder weniger nationalen Bewegung formierten (und aus denen später die neuen Parteien hervorgingen). Die zweite Phase der politischen Transition von März bis Oktober 1989 war von langen Verhandlungen am Runden Tisch charakterisiert. Das Machtmonopol der Staatspartei begann zu schwinden, da die Opposition bereits am politischen Gesetzgebungsprozess aktiv beteiligt war. Das Verhalten der USAP/MSZMP war dadurch gekennzeichnet, dass sie permanent versuchte nicht nur die eigene Macht zu erhalten, sondern jegliche Machtabtretung an die oppositionellen Kräfte zu verhindern. Die dritte Phase der politischen Transition dauerte von Oktober 1989 bis zu den freien Wahlen im März/April 1990. Diese Phase kennzeichnet die aktive freie Beteiligung der ungarischen Bevölkerung aus. Die USAP/MSZMP löste sich an ihrem Parteikongress im Oktober des Jahres auf und gründete sich neu als Ungarische Sozialistische Partei (USP - MSZP, "Magyar Szocialista Párt").¹²⁹ Der Beginn der politischen Umwälzungen war somit von einschlägigen historischen Ereignissen flankiert. Die Wiederbestattung von Nagy Imre am 16. Juni 1989, die Umbenennung von 1956 von "Konterrevolution" in "Volksaufstand" und der Tod

¹²⁹ Vgl.: Bozóki, András (1990): Political Transition and constitutional change in Hungary, in: Südosteuropa, 39. Jg., 9/1990, S. 58ff

von Kádár János am 6. Juli 1989, die Öffnung der Westgrenze für die ostdeutschen Flüchtlinge am 10. September waren die Vorboten des politischen und sozialen Wandels. Am 23. Oktober 1989 wurde schließlich die Republik Ungarn ausgerufen, und das politische Leben bereitete sich auf die bevorstehenden freien Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 vor.

Die freien Parlamentswahlen im März und April 1990 schlossen die vier Jahrzehnte andauernde Ära der Einparteienherrschaft ab. Mit den Wahlen erlangten die Parteien ihre Legitimation durch das Volk. Die zwei Wahldurchgänge am 25. März und 8. April 1990 erneuerten die politische Landschaft, da gleichzeitig mehrere Dutzend Parteien gleichzeitig zum Wettrennen in das Parlament existierten. Etwa zwölf Parteien von allen waren objektiv beurteilt fähig, nationale Parteien zu werden, und nur die Hälfte schafften auch tatsächlich die 4%-Hürde und damit den Einzug in das ungarische Parlament.

Das nationale christdemokratische Lager Ungarns war durch das UDF/MDF vertreten, das liberale-demokratische Lager durch den BFD/SZDSZ¹³⁰ und das sozialistische (nicht kommunistische) bzw. sozialdemokratische Lager durch die USP/MSZP und die Ungarische Sozialdemokratische Partei (USDPA/MSZDP). Das konservativ-traditionsverbundene Lager vertrat die FKgP (Független Kisgazda Párt - Unabhängige Partei der Kleinlandwirte). Eine rational-pragmatische Vorstellung des politischen Lebens war die Ideologie des liberalen Bundes Junger Demokraten (FIDESZ - Fiatal Demokraták Szövetsége), und die Weiterführung des traditionellen, "kádáristischen" Sozialismus wurde von der MSZMP angepriesen, wobei zu sagen ist, dass "diese MSZMP" ein privater Verein war und überhaupt keine Bestimmungsmöglichkeit mehr hatte.

Nach den Wahlen schlossen das UDF/MDF und der BFD/SZDSZ einen "Regierungspakt" der die Regierbarkeit des Landes garantieren sollte. Am 23. Mai 1990 stellte sich die Regierung Antall im Parlament vor, und Göncz Árpád wurde zum Präsidenten der Republik gewählt. Im September desselben Jahres wurde

¹³⁰ Vgl.: Segert, Dieter; Machos, Csilla (1995): Parteien in Osteuropa: Kontext und Akteure; Opladen, Westdeutscher Verlag, 1995, S. 77

das Regierungsprogramm der "nationalen Erneuerung" vorgestellt und in Angriff genommen. Das nationale Wappen wurde die Heilige Stephanskrone.

Die politische Systemtransformation war mit den Regionalwahlen vom 30. September bis 7. Oktober 1990 abgeschlossen. Die Oppositionsparteien konnten hier ihre Mehrheit erlangen, was de facto bedeutete, dass eine Zweiteilung der Macht erfolgte. Die Regierungskoalition hatte ihre Mehrheit im Parlament, und die Opposition in den Komitaten, womit sich eine demokratische Machtverteilung im Land etablieren konnte. Die neue Demokratie in der Republik Ungarn war auf mehreren Pfeilern aufgebaut worden, was eine gewisse politische Balance garantierte.

3.2 Die Vorgeschichte zur Annäherung Ungarns an die NATO

Ungarns Kontakte zur NATO lassen sich bis an das Ende der 80er Jahre zurückverfolgen. Es geschah im Jahr 1988, dass János Kádár seine Machtstellung verlor, die neugegründeten politischen Parteien an Macht und Einfluss gewannen, Miklós Németh Ministerpräsident wurde und die ungarische Regierung eine erfolgte Einladung der NATO akzeptierte. Im November 1988 nahm Gyula Horn, als damaliger Vizeaußenminister am Treffen des NAC (North Atlantic Council) in Hamburg teil. Er begrüßte dabei den Beginn eines direkten Dialoges zwischen WP-Staaten und NATO-Mitgliedsstaaten. Ebenfalls unterstützte er die Entwicklung seines eigenen Landes, sich Richtung NATO zu bewegen und einen Kontakt zum Council of Europe herzustellen. Im Februar 1990, jetzt in der Rolle des Außenministers, erklärte er bei einem Treffen der Gesellschaft für Politikwissenschaft, dass eine Nahe Verbindung zur NATO hergestellt werden würde und er sich sogar vorstellen könne, dass Ungarn eines Tages sogar Mitglied der einen oder anderen politischen Organisation der NATO werden könnte. Gyula Horn hatte dabei das North Atlantic Assembly im Sinne, ging aber nicht auf weitere Details ein. Horn meinte, dass man den Warschauer Pakt in ein konsultatives und koordinierendes Organ umwandeln müsse, und zugleich die Entscheidungsbefugnis der Organisation entziehen müsse. Laut ihm sollten nur die Parlamente der „Noch-Mitgliedsstaaten“ des Warschauer Paktes innerhalb der

Organisation entscheidungsbefugt sein und die Armeen der jeweiligen Länder sollten national geprägt sein“. Selbst der mögliche Eintritt in das Militärbündnis NATO wurde öffentlich im staatlichen Fernsehen von Horn in Erwägung gezogen.¹³¹

Ungarn setzte hier ein anfangs noch zögerliches, aber dennoch deutliches Signal, sich von Moskau und diversen Verpflichtungen innerhalb der Organisation „Warschauer Pakt“ schön langsam lösen zu wollen. Es war der Wille zu einer Unabhängigkeit, die in diesem Jahr von Gyula Horn im staatlichen Fernsehen kundgetan wurde, sehr zur Freude für die damalige ungarische Regierung und der Bevölkerung. Für Moskau hingegen war dies zunächst ein Schock, und es reagierte verhalten. Es folgte eine Verstimmung, und der Missfallen Moskaus über diese Entwicklung wurde in diplomatischen Kanälen spürbar. Klar ist, dass die Sowjetunion nie selbstständiges Handeln solchen Ausmaßes seiner Satellitenstaaten zuließ und einige Jahre davor noch undenkbar gewesen war. Die Sowjetunion befürchtete einen „Domino-Effekt“ in seiner politischen Einflussphäre, der jedoch einige Zeit später tatsächlich eintrat. Jedes sozialistische Land erlangte sukzessive seine politische Unabhängigkeit von Moskau, es folgte ein Regimewechsel zu einem demokratischen System mit Mehrparteienlandschaft und freien Wahlen und ging seine jeweils eigenen Wege. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang der sog. „Gorbatschow-Faktor“

Tatsache ist, dass zu diesem Zeitpunkt der Rede Horns im ungarischen Fernsehen, der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn bereits beschlossene Sache war, und der Vertrag über die Durchführung des Abzuges auf seine Unterzeichnung wartete. Daraus könnte man ableiten, dass auch Moskau an einem weiteren Festhalten an seiner territorialen Hegemonie in OME nicht mehr festhalten konnte / oder wollte, wenn man den finanziellen Faktor berücksichtigt.

¹³¹ Vgl.: Valki, László (1999): Hungary's Road to NATO, in: The Hungarian Quarterly, Vol. XL, No. 154, Summer 1999 (<http://www.hungarianquarterly.com/no154/003.shtml>, letzter Besuch am 22.06.2008)

Trotzdem ließ sich die Sowjetunion eine Hintertür offen, als es bekräftigte, den Warschauer Pakt in der einen oder der anderen Form aufrechtzuerhalten.¹³²

Zu dieser Zeit, Anfang der neunziger Jahre, war eine Tendenz zur NATO zweifellos zu verspüren. Tatsächlich war Ungarn an NATO-Garantien interessiert, da nach dem Abzug der sowjetischen Truppen die Angst eines Aufkommens eines Machtvakuum gegeben war, und man glaubte, dass nur die NATO in diesem Fall zuvorkommen könne. Im Allgemeinen fühlte man in Ungarn, dass in einem Fall einer sowjetischen Restauration – oder dem Wiederaufleben einer imperialistischen sowjetischen Entwicklung – weder die UNO noch die OSZE fähig wären effektiv gegen eine sowjetische Übermacht zu helfen.

Nach den ersten freien Wahlen im Jahr 1990, beschritt Ministerpräsident József Antall vorsichtig den Weg in die Außenpolitik. Ohne das Thema eines eventuellen NATO-Beitritts Ungarns anzusprechen, bekräftigte er ein sukzessives Lösen vom WP und erklärte eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft zu einem der Hauptziele Ungarns. Bei einer Gelegenheit erklärte Ministerpräsident Antall, dass sich Ungarn zwar WP entfernen will, aber dennoch keine richtige NATO-Vollmitgliedschaft anstreben würde. Zu dieser Zeit war dies ein kluger Schachzug, da man der Sowjetunion nicht gleich vor den Kopf stoßen wollte, und keine politische oder gar militärische Krise heraufbeschwören wollte. Auf Initiative Antalls erließ das ungarische Parlament im Juni 1990 eine wichtige Resolution: das Parlament beauftragte darin die Regierung, Verhandlungen über den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt zu starten, im Hinblick auf die wesentlich geänderten Umstände in der Weltpolitik, verglichen mit den Umständen, die zur Zeit des Vertragsabschlusses des WP existierten.

In der Zwischenzeit wurde das mittelfristige Ziel der ungarischen Regierung die Streichung der Teilnahme an militärischen Strukturen des WP.

Ebenfalls im Juni 1990 traf Antall den Generalsekretär der NATO, Manfred Wörner zu Gesprächen während eines Besuches in Brüssel. Er war der erste

¹³² Vgl.: Valki, László (1999): a.a.O.

Regierungschef eines ehemaligen Ostblockstaates, der dies tat. Im November 1990 kam es zu einem offiziellen Treffen mit dem North Atlantic Council (NAC), wobei er erklärte, dass eine NATO-Mitgliedschaft Ungarns zum damaligen Zeitpunkt ein unrealistisches Szenario war. Trotzdem sah Ungarn die NATO als eine Art Schutzmacht gegen Aggression von Außen und als eine Garantie für Stabilität in Europa. Die NATO wurde von Ungarn definitiv als einzige Organisation angesehen, die Sicherheit garantieren könnte.

Abgesehen von der NATO als Sicherheitsgarant wurde auch eine mögliche Neutralität in Erwägung gezogen. In der Öffentlichkeit erschien diese Möglichkeit als populär, weil man Österreich als gutes Beispiel ansah, wenn man die Außenpolitik betrachtet. In der Politik war man gespalten. Einige Politiker sprachen sich für die Einführung der Neutralität aus, andere waren überzeugt davon, dass eine Neutralität unter den gegebenen Umständen einfach nicht zeitgemäß wäre, bzw. wäre es fraglich gewesen, ob die Großmächte und die Nachbarstaaten Ungarns diese Neutralität auch wirklich voll und ganz anerkannt hätten. Dazu aber später im Detail mehr.

Die Idee eines NATO-Beitritts erhielt ab Mitte des Jahres 1991 einen neuen Aufschwung. Der „letzte sowjetische Soldat“ verließ das Land im Juni, der WP wurde am 1. Juli 1991 aufgelöst, und die Sowjetunion fiel Ende Dezember 1991 auseinander. Die ungarische Regierung stellte fest, dass das NAC im August 1991 während einiger politischen Gespräche in Moskau eine wichtige Geste äußerte. Die NATO-Außenminister stellten während ihrer Deklaration klar, dass es ihnen verstärkt auch um die Sicherheit der jungen Demokratien in Osteuropa gehe, und dass diese untrennbar auch mit der Sicherheit in Westeuropa verbunden sei. Hervorgegangen sei diese Feststellung aus der allgemeinen Ängstlichkeit der OME-Staaten. Sie erwarteten von der Sowjetunion, dass sie die Integrität und Sicherheit aller Staaten in Europa respektieren solle. Dies stellte gegenüber Moskau eine klare Warnung dar, welche die SU keinesfalls außer Acht ließ.¹³³

¹³³ Vgl.: Valki, László (1999): a.a.O.

Das primäre Ziel war zweifellos die Deklaration und die Institutionalisierung der „West-Orientierung“ Ungarns. Die Fremdherrschaft in Ungarn und ihre Querverbindungen in die Wirtschaft unterbanden die sozialen und politischen Prozesse mit Westeuropa, und Ungarn wollte an den Ort zurückkehren, wovon das Land glaubte rechtmäßig dazuzugehören. Obwohl Ungarn sich politisch in Richtung Demokratie bewegte und seine eigene demokratische Staatsstruktur aneignete, war die politische Elite und die Allgemeinheit davon überzeugt, dass eine vollständige Rückkehr und Reintegration in „den Westen“ ohne die Mitgliedschaft in den für Ungarn zwei wichtigsten westlichen Organisationen – NATO und EU – nicht möglich wäre. Mit der Zeit wurde es offensichtlich, dass die Integration in die EU nicht so schnell von Statten gehen könne, weshalb man sich deswegen zuerst mit der Aufnahme in das Nordatlantische Bündnis befasste.

Das historische Bewusstsein der politischen Klassen spielte im Zuge der Westintegration auch eine Rolle. Faktum ist, dass Ungarn seine Unabhängigkeit ab dem 16. Jahrhundert bis zum Jahr 1918 und in der Zwischenkriegszeit durch die Expansion des Dritten Reichs und der SU eingebüßt hat. Verschiedene Generationen der politischen Klasse hatten die Bürde der historischen Erfahrungen zu tragen, die Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg, die Verfolgung der Juden, den Terror der „Rákosi-Ära“, den Zusammenbruch des ungarischen Volksaufstandes 1956, den Prager Frühling von 1968, gefolgt von der Einführung des Kriegsrechts in Polen. All diese Zäsuren trugen zur Entstehung eines Syndroms bei, welches es unmöglich machte in eine mehr oder weniger vorhersehbare Zukunft zu schauen. Hierbei entging aber den OME-Staaten und v.a. Ungarn die Tatsache nicht, dass nach dem 2. Weltkrieg, während einer Periode des Überlebenskampfes vieler westlicher Staaten, sich der Westen dennoch erfolgreich nennen durfte in der Etablierung einer langfristigen Sicherheit. Niemand machte sich ernsthaft Gedanken über die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen den Ländern der euroatlantischen Region.

In der anderen Hälfte des europäischen Kontinents, in den Nachfolgestaaten der ehem. SU lebte man jedoch in einer permanenten Instabilität, welches das Jahr

1991 mit sich brachte und den Beginn einer turbulenten Periode darstellte. In diesem Hinblick war es verständlich, dass die ungarische Politik nicht in einer „losen Zone“ bzw. in der Peripherie einer stabilen Region gefangen sein wollte. Ab diesem Gedanken war es für Ungarn erforderlich sich zu entscheiden was es in Hinkunft wollte.

Neuere Entwicklungen in der russischen Außenpolitik beeinflussten auch die öffentliche Meinung. Die neunziger Jahre waren gekennzeichnet von einer markanten russischen Innenpolitik. Jelzin war für seine scheinbare freundschaftliche Annäherung an den Westen zum Zentrum der Kritik geworden. In den Medien und in der Diplomatie beschriftete Russland einen Konfrontationskurs. Russland hatte nämlich mit dem Verlust seiner Position als Supermacht zu kämpfen, wobei sich das Land oftmals Mühe gab sich neuerdings als Supermacht der Welt präsentieren zu wollen. Ein spezielles Interesse Russlands war es, in der Außenpolitik und den Außenbeziehungen nicht ignoriert werden zu wollen. In Moskau befürchtete man, dass, wenn man nicht genug auf die Interessen Russlands aufmerksam machen würde, so würde die Rolle Russlands in der Internationalen Politik wesentlich geringer sein. Diese Entwicklung der scheinbaren Machtreduzierung ging mit wirtschaftlichen Problemen und politischer Instabilität einher.

In Budapest sah man die Dinge so, dass mit einem Schrumpfen der wirtschaftlichen Leistung Russlands, ein gravierendes Ungleichgewicht entstehen könnte, und die Zukunft der russischen Innenpolitik unvorhersehbar werden könnte. Niemand war sich sicher, was diese politischen Prozesse und ein wirtschaftlicher Kollaps mit sich bringen könnten und welche Konsequenzen daraus hervorgehen würden.¹³⁴

Die ungarische Regierung war sich im Klaren darüber, dass sie sich, im Falle einer NATO-Mitgliedschaft, direkt an politischen und militärischen Entscheidungsprozessen (innerhalb der NATO) beteiligen kann und eine Vertiefung der Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern entwickeln würde.

¹³⁴ Vgl.: Valki, László (1999): a.a.O.

Budapest erkannte, dass sich die NATO-Mitglieder in den letzten fünfzig Jahren einen komplexen Konsultationsmechanismus aufgebaut hatten, welcher zu dem großen Vorteil genutzt werden kann, außenpolitische Informationen über NATO- und „Nicht-NATO-Staaten“ in Erfahrung zu bringen. In der Tat wurden die Außenpolitiken einiger Mitgliedsstaaten durch das Rahmenwerk der NATO beeinflusst, was sich Ungarn nicht entgehen lassen wollte.

Natürlich waren auch allgemeinere Überlegungen maßgeblich an der Willensbildung der ungarischen Politik beteiligt, wie beispielsweise, dass die NATO-Mitgliedschaft die Verteidigung des Landes garantieren würde. Einmal als NATO-Mitglied, könnte sich Ungarn -theoretisch- resistent gegen eine fremde Aggression fühlen, da es durch militärische Macht unterstützt wird, die jeden Staat abschrecken würde, militärische Gewalt zu benutzen. Dieser Faktor der Abschreckung kam ins Spiel, als im benachbarten Jugoslawien der Krieg wütete und das Ende dieses Konfliktes noch nirgendwo in Sicht war.

Auch sah man in Budapest die NATO als Regulativ bei der Bewältigung von Konflikten zwischen neuen Mitgliedsstaaten. Auch wenn das keine Primärfunktion der NATO war, betrachteten Beobachter die politische und militärische Integration neuer Mitglieder als Verbesserung der Kommunikation zwischen diesen neuen Ländern an und eine einfachere Möglichkeit Kompromisse herbeizuführen.

Politische Beobachter hielten ebenfalls fest, dass die NATO-Osterweiterung auch die Lage der internen Sicherheit – auf indirektem Wege - der neuen Mitgliedsstaaten verbessern könnte. Die politische Integration in die NATO, gemeinsam mit der intensiven Kommunikation zwischen den politischen Eliten und Regierungen, könnte die demokratischen Entwicklungen in neuen Mitgliedsstaaten positiv beeinflussen.

Viele ungarische Politiker behaupteten auch, dass man aus den wirtschaftlichen Konsequenzen eines NATO-Beitritts Profit schlagen könnte. Der Einfluss von Fremdkapital würde sich steigern, weil internationale Investoren für gewöhnlich politische Stabilität und Sicherheit als entscheidende Faktoren ansehen. Des

weiteren wäre ein NATO-Beitritt ein vernünftiger und kosteneffizienter Weg, die ungarischen Streitkräfte zu modernisieren und zu verbessern, etwas, was zu dieser Zeit nicht auf die lange Bank geschoben werden durfte, denn für mehr als ein Jahrzehnt wurde die militärische Ausrüstung nicht verändert, außer die MiG-29 Abfangjäger, die man von Russland als Teilabzahlung der russischen Schulden an Ungarn erhalten hatte. Die Modernisation der ungarischen Hónvéd-Armee durfte zu diesem Zeitpunkt nicht außer Acht gelassen werden, wollte man eine vernünftige und glaubhafte Landesverteidigung etablieren. Der Vorteil für NATO-Mitgliedsstaaten ergäbe sich daraus, dass nicht jedes Land seine eigene komplette Verteidigung von „A bis Z“ aufbauen müsste. Die NATO-Mitgliedschaft biete ein Sicherheitsniveau, welches keine weiteren militärischen Ausgaben verlangen würde, die über die wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten Ungarns hinausgehe.¹³⁵

Die nationalen Parlamente der 16 Mitgliedsstaaten der NATO stimmten einstimmig ab, sodass die erste Gruppe der die NATO-Beitrittskriterien erfüllenden mitteleuropäischen Staaten (Ungarn, Tschechische Republik und Polen) der Weg ins Bündnis geöffnet wurde. Diese Entscheidung von außerordentlicher Bedeutung wird nicht nur in der Geschichte der auf Sicherheit, Stabilität und Prosperität ausgerichteten Bestrebungen der drei Länder, sondern auch jener des Nordatlantischen Bündnisses ein neues Kapitel eröffnen.

3.3 Die sicherheitspolitische Komponente

Ungarn wurde am 12. März 1999 Vollmitglied des euro-atlantischen Vertragsbündnisses. Am selben Tag wurden auch zwei andere mitteleuropäische Länder Mitglieder der NATO: die Tschechische Republik und Polen. Die NATO-Mitgliedschaft bedeutete eine grundsätzliche Veränderung im internationalen Rahmen, sowie im nationalen Kontext, speziell betreffend den sicherheitspolitischen Bereich. Die Integration bedeutet auch eine Verbesserung der nationalen Anliegen Ungarns, sowie die Möglichkeit auf das internationale

¹³⁵ Vgl.: Valki, László (1999): a.a.O.

Geschehen direkt Einfluss zu nehmen. Die aktive Teilnahme an den gemeinsamen sicherheits- und verteidigungspolitischen Anstrengungen verstärken zweifellos die allgemeine Sicherheit Ungarns. Doch mit der Aufnahme in die NATO war der Lernprozess noch nicht abgeschlossen, denn die Zusammenarbeit mit der politischen und militärischen Organisation der NATO bedeutet eine neue Aufgabenstellung für die ungarischen Behörden.

In den Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bis zum Beitritt sammelte Ungarn neue Erfahrungen bezüglich der sicherheitspolitischen Bedeutung der NATO und über ihr Funktionieren. Die PfP ermöglichte es ungarischen Soldaten, sich mit ihren westlichen Kollegen anzufreunden, und ebenso wichtig war es weitere fachliche Kenntnisse zu erlangen. Doch die Vollmitgliedschaft unterscheidet sich dahingehend von der PfP, dass bei ersterem mit einem anderen Maß gemessen wird und die Sicherheitsgarantien klar geregelt sind als bei der simplen Partnerschaft.

Eine Vollmitgliedschaft wirkt sich nicht restriktiv auf die Ausgestaltung und Durchführung von nationalen Interessensangelegenheiten aus. In sicherheitspolitischen Fragen und Gesprächen geht jedes Land von seinen eigenen sicherheitspolitischen Positionen aus. Jeder NATO-Mitgliedsstaat bestimmt alleine für sich selbst über die Größe der Armee, welches mit der wirtschaftlichen Fähigkeit und dem Grad der Bedrohung abgestimmt werden muß. Welche Truppenstärke und –art ein Staat letztendendes für die NATO bereitstellt ist Verhandlungssache.¹³⁶

Als sicherheitspolitisches Mittel benötigte Ungarn bewaffnete Streitkräfte, welche eine ernstzunehmende Verteidigungskraft beinhalten und gleichzeitig zur gemeinsamen Sicherheit aller Mitglieder im Bündnis beitragen sollen. Die Verteidigungspolitik basiert auf der Einheit und Verflechtung von Allianz,

¹³⁶ Vgl.: Matus, János (1999): Euroatlanti csatlakozás és biztonságpolitika, in: Ezredforduló – Stratégiai kutatások a magyar tudományos akadémián, 4/1999 – “Euro-atlantischer Beitritt und Sicherheitspolitik”, in “Jahrtausendwende – Strategische Studien an der ungarischen Akademie der Wissenschaften”, Nr. 4, 1999, S. 8

Kooperation, Verteidigung und Abschreckung. Ungarn identifiziert sich mit den Prinzipien der kollektiven Sicherheit und der Verteidigung, wie es im Kontext des Nordatlantischen Vertrags zu verstehen ist. Die Fähigkeit zur Abwehr einer Aggression wird gemäß jenen Grundprinzipien des Vertrags entsprechend aufrechterhalten und weiterentwickelt. Primäre Aufgabe der ungarischen Honvéd-Armee im Kontext der Sicherheitspolitik ist die Verteidigung von Souveränität und territorialer Integrität. Daneben gilt es, hinsichtlich des NATO-Beitritts, einen Beitrag zur kollektiven Verteidigung der Allianz auf Grundlage des Nordatlantischen Vertrages zu leisten. Ebenso essentiell sind die Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen, als auch an humanitären Missionen unter der Schirmherrschaft internationaler Organisationen, die Abwehr von industriellen und von Naturkatastrophen. Im Einklang mit den sicherheitspolitischen Grundbestimmungen ist die Honvéd-Armee im Zeichen der Kooperation auf bi- und multilateraler Ebene die regionale Sicherheit und Stabilität zu fördern.¹³⁷

3.3.1 Der geopolitische Aspekt

Historisch gesehen hatte Ungarn immer einen transitionalen und „dazwischenliegenden“ Charakter in der ostmitteleuropäischen Region. Diese Eigenschaft sollte sich bis heute fortführen und blieb in der aktuellen Ausprägung der Sicherheitsrolle Ungarns erhalten. Die neue geopolitische Lage Ungarns etablierte sich in den Jahren 1989/90 und blieb einzigartig in Europa, da das Land eine gemeinsame Grenze zur Tschechoslowakei, zur Sowjetunion und zu Jugoslawien hatte, welche sich alle desintegrierten. Resultat war, dass sich die Zahl an Nachbarländern zu Ungarn von fünf auf sieben erhöhte. Dieser Umstand bewirkte, dass sich die bilateralen Beziehungen Ungarns grundlegend änderten. Dies beinhaltete somit eine weniger sichere Umwelt mit gemischten Gefühlen.¹³⁸

Eine direkte militärische Bedrohung stellte seinerzeit die südslawische Krise dar. Die anderen politischen Umstände, wie die zwei bilateralen Probleme mit der

¹³⁷ Publikation des Ungarischen Außenministeriums: Die Ungarische Landwehr, die Honvéd Armee, Fakten über Ungarn, Nr. 2/1999, S. 4f

¹³⁸ Vgl.: Póti (1999), S. 3

Slowakei – Gabčíkovo-Nagymaros und die Minderheiten – hatten zwar auch ihr Gewicht, waren jedoch nicht so substantiell bedrohlich wie der Krieg in Bosnien und seine Folgen.¹³⁹

3.3.2 Überlegungen einer neuen Sicherheitspolitik

Bereits ab dem Jahr 1987 traf man im Bereich der Sicherheits- und der Militärpolitik Ungarns auf theoretische Erwägungen und praktische Veränderungen, die mit der gesellschaftspolitischen Umwälzung 1989/90 und der Auflösung der Militärorganisationen des WP den Charakter einer tiefgreifenden Umgestaltung der Landesverteidigung angenommen haben.¹⁴⁰

Ab dem Jahr 1990 kamen verschiedene neue Ideen auf, wie man die ungarische Sicherheitspolitik neu gestalten könnte. Durch das veränderte weltpolitische Umfeld und durch die Wiedererlangung der Freiheit des Landes, sah sich Ungarn in einem anfänglichen Sicherheitsvakuum. Die Verfassung wurde zu einer demokratischen neu ausgestaltet, das viel zu große Militär wurde umbenannt von Ungarischer Volksarmee in Honvéd-Armee und neue Gesetze mussten vom Parlament verabschiedet werden, um Ungarn in der Region stabil und sicher zu machen. Dies resultierte z. B. in der neuen nationalen Militärdoktrin, worauf noch im Detail eingegangen wird.

Ein dominantes Konzept der Oppositionsparteien in der ersten Legislaturperiode nach 1990 war das der Neutralität. Dahinter stand u.a. die Überlegung aus Vorsicht vor der noch existierenden SU lieber einen neutralen Status einzunehmen und blockfrei zu sein, da die Zukunft des Landes zu dem Zeitpunkt der Wende absolut noch nicht klar gewesen ist.¹⁴¹ Durch eine Bemerkung des Beraters von Gorbatschow –Bogomolow- im Februar 1989 wurde die Debatte über eine Neutralität Ungarns in den Mittelpunkt der sicherheitspolitischen

¹³⁹ Vgl.: a.a.O., S. 4

¹⁴⁰ Vgl.: Urbani, Gustav (1993): Zu den militärdoktrinären Grundsätzen Ungarns und ihren Konsequenzen für die Reformierung der ungarischen Armee, Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS), DSS-Arbeitspapiere, Heft 9, Dresden 1993, S. 3f

¹⁴¹ Vgl.: Póti (1999), S. 4

Überlegungen gerückt, da ein solcher Schritt die damalige Sowjetunion nicht bedroht hätte.¹⁴²

Ein zweites Konzept war das eines „all-European security system“. Dieser Ansatz sollte auf der Vereinbarung beruhen, dass gegenseitige Bedrohungen einfach nicht stattfinden und somit ein Fortbestehen der NATO und des WP nicht mehr erforderlich wäre. Ein prominenter Vertreter dieses Sicherheitsansatzes war der damalige Außenminister Jeszenszky, wobei er dieses Konzept in Anlehnung an den Völkerbund sah.¹⁴³

Eine revolutionäre als auch ebenso gefährliche Idee zur Landesverteidigung hatte der damalige Verteidigungsminister Lajos Für vom UDF/MDF. Seiner Meinung nach hätte eine sog. Rundumverteidigung¹⁴⁴ das neue sicherheitspolitische Konzept Ungarns werden sollen. De facto ist dies aber nicht praktikabel, da Ungarn sonst den Anschein erweckt hätte, sich auf einen größeren bewaffneten Konflikt mit seinen Nachbarländern vorzubereiten.¹⁴⁵ Außerdem hätte es zu unabsehbaren Reaktionen der Nachbarländer führen können, wäre dieses System tatsächlich zum Einsatz gekommen, da es eine starke Renationalisierung des Sicherheitsdenkens reflektiert. Deshalb wurde diese Idee relativ bald fallengelassen.¹⁴⁶

Ein anderer kurzlebiger Vorschlag kam vom damaligen Ministerpräsidenten *József Antall*. Die Gründung einer sog. *Zentralosteuropäischen Union* hätte ausschließlich die Länder Polen, die damalige Tschechoslowakei und Ungarn als Mitglieder gehabt und hätte Stabilität in der Region zwischen NATO und der damaligen SU gewährleisten sollen.¹⁴⁷

¹⁴² Zellner, Wolfgang; Dunay, Pál (1998): Ungarns Außenpolitik 1990-1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik, Baden-Baden, Nomos, 1998, S. 148

¹⁴³ Vgl.: Póti (1999), S. 8

¹⁴⁴ Vgl.: a.a.O., S. 8

¹⁴⁵ Die sog. All-around defense wurde auch als tout-azimuth Verteidigung bezeichnet.

¹⁴⁶ Vgl.: Póti (1999), S. 8

¹⁴⁷ Vgl.: a.a.O.

Der Vorschlag vom *non-alignment* kam von der USP/MSZP¹⁴⁸. Hierbei wäre es nicht dasselbe gewesen wie die Neutralität nach österreichischem Muster, weil man sonst befürchtete eines Tages nicht Mitglied bedeutender internationaler Organisationen werden zu können.

3.3.3 Wirtschaftliche Ausgangslage

Die tiefgreifende Umgestaltung der ungarischen Wirtschaft – von der zentralen Planwirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft – wurde erfolgreich abgeschlossen. Und war Voraussetzung für weitere Schritte Richtung Konsolidierung und Beitritt. Allerdings war die Opferbereitschaft nicht vergebens, denn als Resultat schlug Ungarn den Weg zur stabilen Entwicklung ein. Im Unterschied zu früheren Schätzungen sollte die NATO-Erweiterung den gegenwärtigen und zukünftigen Bündnismitgliedern keine unerträglichen Lasten aufbürden. Die wirtschaftliche Stabilität diente als Basis für die bevorstehenden Reformen im Militär. Ohne den wirtschaftlichen Rückhalt, hätte man keine moderne Verteidigungskraft aufbauen können. Die Durchführung erfolgte auf die Forderungen der Interoperabilität mit den weiteren Verbündeten. Ungarn wollte seinen Teil der gemeinsamen Bündnislast tragen, wozu die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt wurden. Das prognostizierte reale Wirtschaftswachstum Ungarns und die geplante Erhöhung des Anteils der militärischen Ausgaben schafften die feste Grundlage dafür, dass die neuen Verpflichtungen erfüllt werden konnten.¹⁴⁹

3.3.4 Der rechtliche Aspekt des ungarischen NATO-Beitritts

Eine der wichtigsten nationalen Regelungen bezüglich der Streitkräfte ist in der Verfassung Ungarns in § 40/A verankert, welche aussagt, dass die grundlegende Aufgabe der Ungarischen Honvéd-Armee die militärische Verteidigung des Landes ist.¹⁵⁰ Zusätzlich war die Verankerung eines Hinweises zu den Aufgaben der

¹⁴⁸ Vgl.: a.a.O., S. 9

¹⁴⁹ Publikation des Ungarischen Außenministeriums, Budapest 1998 „Ungarn und die NATO- ein neues Bündnis entsteht“, S. 3f

¹⁵⁰ Verfassung der Republik Ungarn, § 40/A, XX. Gesetz aus dem Jahr 1949

kollektiven Verteidigung wünschenswert.¹⁵¹ Der NATO-Beitritt verlangte dringend eine Adaptierung von weiteren neuen Gesetzen in die Verfassung und in andere gesetzliche Bestimmungen. Die Umgestaltung und die Reform der Verfassung musste nicht nur im Einklang eines damals erwünschten EU-Beitritts, sondern primär hinsichtlich des NATO-Beitritts durchgeführt werden. Dies bedeutete, dass das ungarische Verfassungsgericht eine Prüfung hinsichtlich der künftigen Verpflichtungen im Einklang der Verfassung Ungarns durchführen musste, wobei auf die Verhinderung der Einschränkung der Souveränität des Landes Wert gelegt wurde.¹⁵² Die Adaptierung des Nordatlantikvertrages hatte direkte Auswirkungen auf allgemeine gesetzliche und auf verfassungsrechtliche Bestimmungen, welche z.B. das „Honvéd-Armee-Gesetz“ und das Dienstgesetz waren, wobei letzteres den Rechtsstatus der bewaffneten Kräfte regelt. Die Artikel 3 und 5 des Nordatlantikvertrages übten den größten Einfluss auf die ungarischen gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen aus. Bezüglich des Artikel 3 des Nordatlantikvertrags¹⁵³ waren die Beteiligung an der Planung der kollektiven Verteidigung, die technischen Veränderungen gemäß NATO-Standard, die Streitkräftereform in Einklang mit NATO-Bestimmungen, die Teilnahme an NATO-Missionen und Manövern, die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, der gemeinsame Informationsschutz und die rechtlichen Vorteile der alliierten Streitkräfte von Bedeutung. Der Artikel 5¹⁵⁴ des Nordatlantikvertrages wurde mit den gesetzlichen Bestimmungen der Republik Ungarn in Einklang gebracht.¹⁵⁵

Ein besonderer Schritt Richtung rechtlicher NATO-Konformität wurde in der ersten Phase des NATO-Beitritts Ungarns vollzogen. Es betraf das die sog. Dienstgesetze, welche die Rechtsstellung der Streitkräfte regeln. Diese mussten erweitert werden, um die Befehle des NATO-Kommandos rechtswirksam in die nationalen gesetzlichen Bestimmungen einfließen zu lassen. Das heißt, dass im

¹⁵¹ Vgl.: Kondorosi, Ferenc (1999): A NATO-csatlakozás közjogi összefüggése, in: Ezredforduló – Stratégiai kutatások a magyar tudományos akadémián, 4/1999, Budapest 1999 – „Die rechtlichen Zusammenhänge des NATO-Beitritts“, in: „Jahrtausendwende – Strategische Studien an der ungarischen Akademie der Wissenschaften“, Nr. 4, 1999, S. 16

¹⁵² Vgl.: a.a.O. S. 14

¹⁵³ siehe Zahl 100

¹⁵⁴ siehe Zahl 100

¹⁵⁵ Vgl.: Kondorosi, Ferenc (1999), S. 15

Falle eines gemeinsamen alliierten Kommandos, die höheren der Allianz entspringenden gesetzlichen Regelungen für die ungarischen Streitkräfte gelten und nicht in erster Linie das nationale ungarische Recht.¹⁵⁶

Die aus dem NATO-Beitritt hervorgehenden Verpflichtungen hatten auch auf die ungarische Regierung einen direkten Einfluss. Diese musste im Rahmen der Bestimmungen um die Planung der kollektiven Verteidigung ihre Pflichten erfüllen, wie z.B. die Erfüllung der Verteidigungsplanungsaufgaben, die Entscheidung über auf internationalen Verträgen basierenden militärischen Verpflichtungen und ähnliches.¹⁵⁷

Auch das Aufgabengebiet des ungarischen Verteidigungsministers war direkt betroffen. Dieses erweiterte sich bezüglich seiner Leitungsstruktur, die sich im Sinne der Vorbereitungen der kollektiven Verteidigung aus der NATO-Mitgliedschaft ergibt. Geheime und vertrauliche Informationen werden im Sinne der NATO-Konformität und nach bestehenden Sicherheitsnormen streng geschützt und behandelt. Deswegen musste Ungarn ebenso einer Vereinbarung zustimmen, welche Informationssicherheit regelt. Daraus resultiert, dass Ungarn als NATO-Mitgliedsstaat eine nationale Sicherheitsbehörde schaffen musste, die für die richtige Durchführung der notwendigen Sicherheitsanforderungen verantwortlich ist.¹⁵⁸ In Summe waren für die Durchführung der notwendigen rechtlichen Bestimmungen das ungarische Parlament, die Regierung und die Fachminister designiert und verantwortlich.

¹⁵⁶ Vgl.: a.a.O., S. 17

¹⁵⁷ Vgl.: a.a.O.

¹⁵⁸ Vgl.: Kondorosi, Ferenc (1999), S. 17

3.4 Grundsätze der ungarischen Sicherheitspolitik und der nationalen Sicherheit

Die Grundsätze der offiziellen ungarischen Sicherheitspolitik und der nationalen Verteidigung wurden vom Parlament im Jahr 1993 angenommen.

Im ersten Dokument werden die drei Grundpfeiler der Sicherheit des Landes bestimmt. Im ersten Grundpfeiler wurde festgelegt, dass die Sicherheit Ungarns durch die Mitgliedschaft in der EU bestimmt werden sollte. Deshalb war es vorrangig, vor dem EU-Beitritt noch schnell NATO-Mitglied zu werden. Die Übergangsphase beinhaltete die Institutionalisierung der Beziehungen zur EU und zur NATO, die Sicherheit Ungarns zu stärken.¹⁵⁹ Den zweiten Pfeiler bilden die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern und die Formen der subregionalen Zusammenarbeit. Auf die Rolle der ungarischen Minderheiten wird besonderer Wert gelegt.¹⁶⁰ Sie sind von der Sicherheit Ungarns untrennbar und haben in den Beziehungen zu den Nachbarländern Ungarns einen wesentlichen Stellenwert:

„Ungarn wünscht die Lage der nationalen Minderheiten samt internationalen Garantien in der Weise zu regeln, dass die Geltendmachung aller Rechte gesichert wird, die auf die Bewahrung der nationalen Identität, Kultur und Sprache der Minderheiten gerichtet sind. Gleichzeitig lehnt Ungarn im Einklang mit der UNO-Charta und den Grundsätzen der KSZE/OSZE diejenigen Bestrebungen ab, die sowohl auf die gewaltsame Veränderung der Grenzen als auch auf die künstliche Veränderung der Zusammensetzung der Nationalitäten gerichtet sind.“¹⁶¹

Beim dritten Grundpfeiler der Sicherheitspolitik handelt es sich um die Entwicklung eines nationalen Verteidigungssystems, welches den Schutz der

¹⁵⁹ Póti, László (1999): Defence Studies No. 27: Evolving Security Concepts and Defence Doctrines in Central and Eastern Europe: Papers from the ISDS Conference, 11-13 June 1998. Budapest: Institute for Strategic and Defence Studies, S. 10

¹⁶⁰ Vgl.: Kiss, László (1999): Ungarns Sicherheitspolitik nach der Wende. Euro-Atlantische Integration zwischen demokratischer Instabilität und kollektiver Unsicherheit, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Institut für Strategische Forschung, Nr. 2/99, Wien 1999, S. 18

¹⁶¹ A.a.O., S. 19

territorialen Integrität und der Souveränität zuverlässig garantieren kann. Ebenso wird dieses Prinzip von Póti ausgedrückt: *„The third basic pillar of Hungary’s security policy is to develop a national defense system which can reliably safeguard the defense of sovereignty and territorial integrity.“*¹⁶²

Laut Kiss sei die Wichtigkeit des militärischen Faktors der Sicherheitspolitik geringer geworden, jedoch könne Ungarn auf die Aufstellung und Erhaltung des Militärs nicht verzichten.¹⁶³

3.4.1 Die Grundprinzipien der Landesverteidigung

Die militärische Sicherheitspolitik, der dritte Grundpfeiler der Sicherheitspolitik an sich, besteht wiederum aus drei substantiellen Komponenten. Es sind diese das Prinzip der Zusammenarbeit, das Prinzip der Abschreckung und das Prinzip der Verteidigung:

- *„Das Prinzip der Zusammenarbeit beinhaltet, dass Sicherheitsgarantien in erster Linie durch bilaterale und regionale Beziehungen und durch die Stärkung des europäischen Institutionensystems der Sicherheit und Zusammenarbeit erreicht werden können.*
- *Das Prinzip der Abschreckung beinhaltet, dass die ungarischen Streitkräfte ein solches Niveau der Vorbereitung aufweisen müssen, dass sie eine gegen das Land gerichtete bewaffnete Aggression durch Abschreckung zunichte machen können und zwar durch die Aussicht eines bedeutenden Verlustes oder einer Niederlage.*
- *Das Prinzip der Verteidigung wird durch die Absicht des bewaffneten Widerstandes und der Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs charakterisiert.“*¹⁶⁴

¹⁶² Póti (1999): S. 10

¹⁶³ Vgl.: Kiss (1999), S. 19

¹⁶⁴ Vgl.: a.a.O., S. 20

Dieses Dokument definiert ebenfalls die Faktoren einer möglichen Bedrohung für Ungarn:

- Wirtschaftliche und soziale Instabilität in der Region
- Widersprüchlichkeiten in der Transition zur Demokratie
- Neu aufkommende ethnisch-nationale Konflikte
- Territoriale Streitigkeiten¹⁶⁵

Dies bedeutet im Detail, dass:

- es Bedrohungen militärischer Natur sein können, die durch interne Konflikte in Ungarns Nachbarschaft und durch Bürgerkriege resultieren. Das Eindringen von bewaffneten Gruppen auf das Staatsgebiet Ungarns durch den Luftraum, durch Bodenkämpfe und ähnliches sind ebenfalls Bedrohungen militärischer Natur.
- Terroristische Gruppen oder paramilitärische Gruppen zählen ebenfalls zu den Bedrohungsbildern, die das Staatsgebiet Ungarns als Transitroute oder aber als Ziel ihrer feindseligen Aktivitäten nutzen könnten
- Bewaffnete Gruppen könnten versuchen, den Luftraum Ungarns oder das Staatsgebiet Ungarns dazu zu nutzen einen Angriff gegen einen Dritten zu unternehmen.
- Bestimmte politische Kräfte in der Region könnten an die Macht gelangen, die ihre Differenzen mit Ungarn durch Druck oder Bedrohung von lebenswichtigen wirtschaftlichen Interessen austragen oder die Drohungen und militärische Aktionen den politischen und diplomatischen Mitteln vorziehen.

¹⁶⁵ Vgl.: Póti (1999) S. 11

- Die ungarische Beteiligung am Konfliktmanagement unter der Schirmherrschaft der UN kann indirekt auch eine Bedrohung darstellen.¹⁶⁶

Das Konzept zu den offiziellen nationalen Doktrinen der Sicherheitspolitik wurden zu Beginn des Jahres 1991 vom ungarischen Außenministerium ausgearbeitet, parallel zum Verteidigungsministerium, welches an der Elaborierung eines nationalen Verteidigungskonzeptes beschäftigt war. Diese zwei Dokumente wurden im Juni 1991 dem Parlament zur Präsentation vorgelegt, waren jedoch nicht öffentlich. Durch den stürmischen Wandel im internationalen Umfeld Richtung euro-atlantischer Annäherung, wurden jene zwei Konzepte jedoch obsolet. Infolgedessen entstand ein neues Dokument welches das offizielle und gültige Konzept der Sicherheitspolitik beinhaltet. Es wurde wie schon erwähnt 1993 vom Parlament ratifiziert als die „Grundprinzipien der Sicherheitspolitik der Republik Ungarn“ und als die „Grundprinzipien der Verteidigung der Republik Ungarn“.¹⁶⁷

Entsprechend der nationalen und demokratischen Orientierung der Sicherheitspolitik sollte diese somit allein Verteidigungszwecken, dem Schutz der Republik Ungarn vor militärischer Gewalt dienen. Dieses Grundprinzip führt sich auch in allen Facetten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik fort, einschließlich in der Umstrukturierung der Honvéd-Armee.¹⁶⁸

Gemäß den sicherheitspolitischen und verfassungsmäßigen Prinzipien definiert der ehemalige Generalstabschef der Honvéd-Armee *Ferenc Végh* die Intention in Ungarns Sicherheitspolitik:

“The maintenance of peace is the center of the Hungarian security concept. The maintenance of peace in this context does not simply mean the avoidance of war. Hungary considers the intention and will of countries to maintain peace a complex process which postulates the anticipation

¹⁶⁶ Vgl.: Póti (1999) S. 11

¹⁶⁷ Vgl.: a.a.O., S. 9f

¹⁶⁸ Vgl.: Urbani (1993), S. 4

*and reduction of conflicting interests by partnership, cooperation, and discussion.*¹⁶⁹

In der Tat ist es das Interesse des Landes ein positives Verhältnis zu den Nachbarstaaten zu haben und es will vermeiden offene Konflikte und Dispute mit den Staaten der Region zu haben. Ungarn kann und will es sich nicht leisten einer Verschärfung der Konflikte zu entgegnen, wie sie damals aus national-nationalistischen Ursachen oder wie sie aus der Problematik der Minderheitenfrage resultierten. Dazu dient die neue Sicherheitspolitik als Regulativ. Die Integration in die NATO würde diesen Effekt noch Verstärken. Denn durch die gemeinsame Werte und Normen lasse sich eine viel bessere und geeignetere Verhandlungsbasis bei etwaigen Problemen schaffen. Dadurch, dass mittlerweile auch mehrere Staaten Ost-Mitteleuropas Mitglieder der NATO und auch der EU sind, können aufkeimende Konflikte in einem friedlichen, gutnachbarschaftlichen Diskurs gelöst werden. Dieser Umstand, dass jene Institutionen Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten fördern würde der Theorie des neoliberalen Institutionalismus entsprechen, wobei die Verbreitung und Anwendung gemeinsamer Werte und Normen der Theorie des Konstruktivismus entspricht.

Ungarn sieht seine unmittelbare Nachbarschaft und die übrigen Staaten in der Region OME's nicht als Bedrohung an, es sei denn im Falle einer echten Bedrohung:

*“In safeguarding the sovereignty and territorial integrity of the Hungarian Republic, Budapest does not consider any state an enemy until her own national interests are threatened. This does not mean that Hungary wishes to do away with its army. Hungary considers the armed forces as the last means of defense of the country if threatened by armed aggression.”*¹⁷⁰

¹⁶⁹ Végh, Ferenc (1993): Hungary's Emerging Security Policy in the 1990s, Study Project US Army War College, Carlisle Barracks, 1993, S. 1 <http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA264025&Location=U2&doc=GetTRDoc.pdf>, letzter Besuch am 22.06.2008

¹⁷⁰ Végh (1993), S. 1f,

Doch wird unterstrichen, z.B. im Zusammenhang mit der südslawischen Krise, dass Prozesse sozialer Destabilisierung in den Nachbarländern auch unterhalb der Schwelle eines Bürgerkrieges eine ernstzunehmende Gefahr für Ungarn wären.¹⁷¹

In diesem Zusammenhang existieren auch sog. sekundäre Sicherheitsbedrohungen. Als sekundäre Sicherheitsbedrohungen wurden der ab 1991 einsetzende Flüchtlingsstrom aus Ex-Jugoslawien (50 000 Flüchtlinge!) angesehen, sowie die aggressive, anti-ungarische Politik des rumänischen Diktators Ceausescu. Ein weiterer Punkt wäre die Bedrohung durch den Terrorismus, wobei international agierende Terroristen das Land eher als Transitroute nutzen, was aus den Erkenntnissen des ungarischen Geheimdienstes hervorgeht. Eine ernstzunehmende terroristische Gewalttat war das Attentat auf sowjetische Juden, die Budapest als Zwischenstopp für die Weiterreise nach Israel eingelegt hatten. Hier handelte es sich um Terroristen aus dem Nahen Osten, deren Ziel mitunter auch die Einrichtungen der SFOR hätten sein können.¹⁷²

3.4.2 Außenpolitische Zielsetzungen

Das strategische Ziel der ungarischen Außenpolitik war und ist, dass sich Ungarn in die euroatlantische Gemeinschaft der demokratischen Länder erneut eingliedert. Eine wichtige Komponente dieses Vorhabens war, die Vollmitgliedschaft in allen euroatlantischen Organisationen zu erreichen – hierbei war die NATO für Ungarn zunächst am wichtigsten. Im Programm der demokratisch gewählten Regierung nach den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 genoss die (Re-) Integration Ungarns in den westlichen Kulturkreis und Staatengemeinschaft oberste Priorität. Seit 1990 gab es keine parlamentarische politische Kraft – unabhängig ob Regierungs- oder Oppositionsparteien -, die sich nicht voll und ganz für diese Bestrebung eingesetzt hätte. Dieses ist die

¹⁷¹ Vgl.: Zellner, Wolfgang; Dunay, Pál (1998): Ungarns Außenpolitik 1990-1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik, Baden-Baden, Nomos, 1998, S. 152

¹⁷² Vgl.: Póti (1999), S. 5

Grundlage, welche die Kontinuität und Berechenbarkeit der ungarischen Außenpolitik sicherte und sichert. Das Ergebnis der Volksabstimmung am 16. November 1997 ergab, dass die große Mehrheit von 85% der Stimmabgaben für einen NATO-Beitritt war.

Akzentsetzungen in der Außenpolitik Ungarns waren die euroatlantische Integration, die Ausgestaltung einer gutnachbarschaftlichen Politik und die Nationalpolitik. Die ungarische Diplomatie ging davon aus, dass die Voraussetzung für eine erfolgreiche euroatlantische Politik die regionale Stabilität wäre. Parallel dazu sah man sich der europäischen Integration verpflichtet, was ebenso die regionale Sicherheit und Zusammenarbeit vertiefen und fördern sollte. Dies war wichtig bei der Regelung der Situation für die Auslandsungarn¹⁷³. Die Einhaltung der Grundlagenverträge und anderer Abkommen mit den Nachbarländern und die Achtung der Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten sollten die regionale Stabilität und die Eingliederung in den europäischen und euroatlantischen Integrationsprozess fördern.¹⁷⁴

Somit standen von Anfang an drei Aufgaben zur Bewältigung, nämlich der Abschluss des innergesellschaftlichen Transformationsprozesses, der Aufbau eines kooperativen Verhältnisses zum Westen und, nach dem Wegfall der Zwangsstrukturen des alten Ostblocks die Beziehungen untereinander neu zu ordnen.¹⁷⁵

Die Integrationspolitik Ungarns war eine Politik, welche die nationalen Interessen zum Ausdruck brachte. In diesem Sinne wurden ebenso die EU-Beitrittsverhandlungen geführt. Das Land stand neuen Herausforderungen gegenüber, wie dem weltwirtschaftlichen Wettbewerb, der technischen Erneuerungen in der Informationstechnologie, dem Schutz der Umwelt, dem

¹⁷³ Der Begriff „Auslandsungar“ wird hier, im Kontext der Publikation des Ungarischen Außenministeriums, zur Bezeichnung der in den Nachbarstaaten Ungarns lebenden ungarischen Bevölkerung verstanden.

¹⁷⁴ Vgl.: Die Außenpolitik des NATO-Mitglieds Ungarn, in: Fakten über Ungarn, Publikation des Ungarischen Außenministeriums 1999, S. 2

¹⁷⁵ Vgl.: Zellner, Wolfgang; Dunay, Pál (1998): Ungarns Außenpolitik 1990-1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik, Baden-Baden, Nomos, 1998, S. 17

Kampf gegen die organisierte Kriminalität, sowie den kulturellen und moralischen Erneuerungen.¹⁷⁶

Im Oktober 1990 nahm der Europarat Ungarn als Mitglied auf. Mit der Europäischen Gemeinschaft wurde Ende 1991 zunächst ein Assoziationsvertrag unterzeichnet und zwei Jahre später der Antrag auf die Vollmitgliedschaft eingereicht. Im Jahr 1996 wurde Ungarn Mitglied der OECD. Eine der wichtigsten Ereignisse der Außenpolitik war für Ungarn jedoch das NATO-Gipfeltreffen in Madrid im Juli 1997. Die Einladung zu den Beitrittsverhandlungen bot Ungarn die historische Chance sich im Gefüge der entwickelten Demokratien einen Platz zu sichern. Seitens der NATO und deren Mitglieder war diese Einladung auch ein Zeichen für die Anerkennung der bisher erreichten politischen Umsetzungen in Richtung Demokratie, wie z.B. die Umwandlung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems, der Durchsetzung der Menschenrechte, besonders aber der Minderheitenrechte. Ungarn betrachtete die euroatlantische Integration nicht nur als Beitritt in ein Bündnis, sondern mehr als Beitritt in eine starke Gemeinschaft von Werten.¹⁷⁷

Aus den verschiedenen öffentlichen Publikationen der ungarischen Regierungsstellen geht eindeutig hervor, dass sich Ungarn durch die europäische und euroatlantische Integration in den westlichen Kulturkreis wiedereingebunden fühlt, aus dem es gegen seinen Willen herausgerissen wurde. Ungarn sieht sich nicht als neues Mitglied im westeuropäischen Staatengefüge, sondern bekräftigt, dass das Land immer Bestandteil dessen war.

3.4.3 Verpflichtungen

Nach dem erfolgreichen Abschluss der NATO-Beitrittsverhandlungen richtete Außenminister László Kovács am 17. November 1997 die ungarische

¹⁷⁶ Vgl.: Die Außenpolitik des NATO-Mitglieds Ungarn, in: Fakten über Ungarn, Publikation des Ungarischen Außenministeriums 1999, S. 2

¹⁷⁷ Vgl.: a.a.O., S. 2

Absichtserklärung an den damaligen Generalsekretär Javier Solana, welche die Bereitschaft Ungarns, Vollmitglied des Bündnisses zu werden, verankerte:

„[...] Ungarn ist fest entschlossen, die eigene Sicherheit im Rahmen der Organisation des Nordatlantischen Bündnisses zu gewährleisten und zur Sicherheit der Verbündeten beizutragen. Es will alle der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte wahrnehmen und billigt die darin verwurzelten Pflichten, sowie die in der Erweiterungsstudie der NATO 1995 verankerten Verpflichtungen, außerdem jene, die anlässlich der unlängst geführten Beitrittsverhandlungen festgelegt wurden.“¹⁷⁸

Ungarn arbeitete von Anfang an aktiv und konkret mit der NATO bei der Friedensschaffung und –sicherung im ehemaligen Jugoslawien zusammen. Die Punkte der Zusammenarbeit, welche die NATO von Ungarn erwartete waren:

- Verfügbarkeit über den ungarischen Luftraum für Aufklärungsflugzeuge der NATO ab 1992, um die Flugverbotszonen über Bosnien-Herzegowina kontrollieren zu können.
- Die Sicherung von Transitrouten und der provisorischen Stationierung von Einheiten der an IFOR-SFOR teilnehmenden Nationen, sowie Material.
- Leistungen des Gastlandes an die provisorisch in Ungarn stationierten IFOR-SFOR Einheiten; Beteiligung der ungarischen Honvéd-Armee an IFOR-SFOR Operationen, wie z.B. die Nutzung der verschiedenen militärischen Einrichtungen und Anlagen (Taszár, Kaposvár, Pécs, Táborfalva). Auch die Sicherung von verschiedenen Dienstleistungen war von Nöten, damit die NATO-Einheiten ihre Aufgaben erfüllen konnten (Nutzung des ungarischen Luftraums, Funkfrequenzen, Flugkontrolle).
- Beteiligung mit einer Pioniereinheit vor Ort. Diese Einheit nahm zum damaligen Zeitpunkt an über 100 Operationen teil, wie z.B. dem Bau und der Renovierung von 37 verschiedenen Brücken (u.a. die Brücke in Mostar), der Instandsetzung von 65km Bahnstrecke, die Rekonstruktion von 12

¹⁷⁸ Ungarische Absichtserklärung zum NATO-Beitritt vom 17. November 1997, in: Veröffentlichung des Ungarischen Außenministeriums, 1998: „Ungarn und die NATO- ein neues Bündnis entsteht“, S. 8

verschiedenen Hauptverkehrsstraßen und Bahntrassen, sowie die Entminung von ca. 100 000 m² Land.¹⁷⁹

Angesichts dieser spürbaren Leistungsbereitschaft und dem Willen der NATO entgegenzukommen, lässt sich nachvollziehen, wie sehr das Verlangen nach einem Beitritt in das Bündnis ausgeprägt war. Ungarn konnte nicht nur dem Anforderungsprofil der NATO gerecht werden, sondern legte auch schon von Haus aus innere Stabilität und Berechenbarkeit auf den Tisch der NATO. Es war der Wille vorhanden, das feste Engagement und die transatlantischen Beziehung zu vertiefen. Es wurde Wert gelegt auf eine Ausdehnung der Sicherheit und Stabilität in der Region aufgrund der spezifischen ungarischen Erfahrungen und Praxis. Die Förderung der Verbreitung der euro-atlantischen Werte in der Region war und ist ein elementarer Punkt, u.a. auch, damit internationale Investoren günstige und sichere Bedingungen vorfinden, die Ungarn als Pfeiler für weitere Unternehmungen in der ganzen Region nutzen wollen.

Den Willen einer Kooperation mit der NATO wurde in der politischen Stellungnahme des Parlaments der Republik Ungarn geäußert:

„[...] Die Entscheidung der Gipfelkonferenz über die Bündniserweiterung ist von historischer Bedeutung. In den Beziehungen zwischen der ost-mitteleuropäischen Region und dem Bündnis schlägt sie ein neues Kapitel auf, fördert die demokratische Entwicklung dieser Region und trägt zur Einheit des Kontinents bei. [...] Die Republik Ungarn ist bestrebt, die NATO-Vollmitgliedschaft auf der Grundlage der Vollständigkeit und Einheit aller Rechte und Pflichten zu erlangen. Das gewährleistet die Sicherheit und Souveränität des Landes und trägt zur weiteren Entwicklung bei.“¹⁸⁰

¹⁷⁹ Vgl.: a.a.O., S. 10

¹⁸⁰ A.a.O., S.6

3.5 Reform innerhalb der Streitkräfte

Reform und Steigerung der Professionalität innerhalb des Militärs ist eine essentielle Methode, um eine effektive zivile Kontrolle über das Militär auszubauen. Die Überzeugung hinter der Militärreform nach 1989/90 lagen in den Werten der Demokratien nach westlichem Muster.¹⁸¹ Am Anfang jedes Reformversuchs stand die Depolitisierung des Militärs.

Parteiliche Aktivitäten im Offizierskorps und in der Struktur der ungarischen Volksarmee wurden ab dem 20. Juli 1989 unterbunden. Die USAP löste ihren Einfluss auf die Armee auf, und im November 1989 wurde das ungarische Militär durch einen neuen Eid auf die neue Verfassung der Republik Ungarn geschworen. Durch den 1990 vom Parlament verabschiedeten nationalen Verteidigungsgesetz wurde die Umbenennung von „ungarischer Volksarmee“ in Honvéd-Armee durchgeführt, wobei der Staatspräsident als Oberbefehlshaber des Militärs eine neue Funktion dazugewann.¹⁸²

Kernelemente einer jeden Reform werden von Szemerényi als folgende gesehen:

- *„Lehrkörper und Studenten der nationalen Verteidigungsakademien sollen unter zivile Kontrolle gestellt werden.*
- *Einstellung von mehr militärischem Personal an zivilen Universitäten*
- *Etablierung von Kursen betreffend Sicherheit und strategischen Studien an militärischen und zivilen Universitäten*
- *Hervorhebung des Konzepts des zivilen-militärischen Verhältnisses und deren Zusammenarbeit mit der Regierung“¹⁸³*

Ein wesentliches Problem stellte am Anfang der niedrige Lebensstandard des militärischen Personals dar. Die Lebenshaltungskosten waren unter dem Minimum, was bedeutete, dass 1995 etwa 60% des Offizierskorps unter dem

¹⁸¹ Szemerényi, Rita (1996): Central European Civil-Military Reforms at Risk, Adelphi Paper, No. 306, IISS, Oxford University Press, S. 37

¹⁸² Vgl.: a.a.O., S. 38

¹⁸³ Szemerényi (1996), S. 45

Existenzminimums lebte.¹⁸⁴ Dass dies eine verheerende Wirkung auf die Moral der Truppen haben kann, steht außer Diskussion.

Die Unterstützung für einen NATO-Beitritt war innerhalb des Militärs anfangs, 1990 bis 1992 noch relativ niedrig. Es war ein allgemeines Misstrauen gegenüber Allianzen vertreten, wobei 81,4% nicht an eine europäische Sicherheitsoption glaubten und 39,8% Befürworter einer ungarischen Neutralität waren. Durch die südslawische Krise schnellten die Statistiken bezüglich pro-NATO 1993 schnell nach oben, auf etwa 70% Befürworter innerhalb des Militärs, was aber auch mittlerweile mit der ausdrücklichen pro-NATO Einstellung der Regierung zu tun hatte.¹⁸⁵

Der Zustand der ungarischen Armee war Anfang der neunziger Jahre desolat und für die Verhältnisse viel zu groß. Sie war im wesentlichen an eine kriegerische Auseinandersetzung im Rahmen des WP konzipiert. Die technische Ausrüstung und das übrige Equipment waren teils veraltet und von minderer Qualität. Die Truppenzahl von 155 700 im Jahr 1989 auf 55 757 Soldaten im Jahr 1997¹⁸⁶ zeigt nur eine Facette der drastischen Einsparungsmaßnahmen. Doch die Reduktion der Truppenzahl war auch eine Folge des Ziels eine Erhöhung der Qualität durch Senkung der Quantität zu erreichen.

Das ungarische Parlament beschloss im Jahr 1995, dass es zwei Schritte zur Erneuerung der Honvéd-Armee geben würde, nämlich eine mittel- und eine langfristige Reform. Als kurzfristige Maßnahme sah man die Reduktion der Truppenzahl vor, gefolgt von einer Einteilung in Organisationseinheiten und vereinfachten Kommandostrukturen. Für Friedenszeiten war eine Armee von 60000 Soldaten vorgesehen, welche zu 33% aus Offizieren und zu 13% aus Grundwehrdienern bestehen sollte. Bis zum Jahr 2005 sollte die Größe der Armee

¹⁸⁴ Vgl.: a.a.O., S. 46f

¹⁸⁵ Vgl.: a.a.O., S. 49

¹⁸⁶ Póti (1999), S. 12

zu 0,5%-0,55% der Bevölkerungszahl entsprechen und dreimal so groß in Kriegszeiten sein.¹⁸⁷

Davon abgesehen wurde neben der gewöhnlichen Einberufung für alle männlichen Staatsbürger über eine freiwillige Verpflichtung und ein Berufsheer nachgedacht.

Langfristig sollten vom Budget ca. 80%-85% für Aufrechterhaltung und Instandhaltung aufgewendet werden und 15%-20% für Weiterentwicklung. Die Verteidigungsausgaben veränderten sich zwischen 1991 und 1997 drastisch. Waren es im Jahr 1992 noch 2,23% des BIP an Verteidigungsausgaben, reduzierte sich dieser Wert für das Jahr 1997 auf 1,22% des BIP hinunter. Nachdem die offizielle Einladung der NATO an Ungarn ergangen ist, war man bereit noch 0,1% pro Jahr zu erhöhen.¹⁸⁸

Die Grundprinzipien der nationalen Verteidigung verlangen außerdem von der ungarischen Honvéd-Armee, solche militärischen Einheiten zu besitzen, die zu einem Einsatz von friedensschaffenden und friedenssichernden Operationen im Rahmen der UN oder im Rahmen anderer internationaler Krisenmanagementorganisationen vorgesehen und befähigt sind.¹⁸⁹

Zwischen den Jahren 1990 und 1994 wurden die notwendigen Vorbereitungen zur Umgestaltung der Honvéd-Armee getroffen und die politischen und gesetzlichen Entscheidungen getroffen. Es kam wie bereits erwähnt zur Verabschiedung der Grundprinzipien der Sicherheitspolitik und der Landesverteidigung und des Landesverteidigungsgesetzes. Die Dauer der Wehrpflicht wurde auf 12 Monate festgesetzt, und man führte den Zivildienst ein. Die Umgestaltung der Honvéd-Armee wurde im Juni 1994 durch das verabschiedete Regierungsprogramm festgelegt. Gleichzeitig bekannte man sich dabei in einer Stellungnahme an die Beitrittsabsicht zur NATO. Eine im Sommer 1995 verabschiedete Resolution durch

¹⁸⁷ Vgl.: Póti (1999), S. 13

¹⁸⁸ Vgl.: a.a.O., S. 13

¹⁸⁹ Vgl.: a.a.O., S. 13f

das Parlament¹⁹⁰ fixierte die längerfristigen Ziele bis zum Jahr 2005 und mittelfristige Ziele bis 1998, wobei die Aufgaben respektive dem NATO-Beitritt in Priorität genossen.¹⁹¹

Die erste Phase der Umgestaltung war 1997 abgeschlossen und betraf die quantitativen Veränderungen. Friedensstärke der Armee waren nur noch 53 150 Soldaten; im Vergleich dazu waren es 1989 155 000 Soldaten. Dies bedeutete, dass über 50% der militärischen Organe und über 100 militärische Objekte aufgelöst wurden.¹⁹²

Des Weiteren wurde die Neustrukturierung des Kommando- und Führungssystems in Angriff genommen. Am 1. September 1997 wurde der sog. Vereinte Generalstab der Armee, sowie die Generalstäbe der einzelnen Streitkräfte, welche die traditionellen Generalstabsfunktionen in Einklang mit der Praxis der NATO-Mitgliedsstaaten ausübten, gegründet.¹⁹³

Ebenso wurde ab September 1997 die Struktur der Honvéd-Armee geändert, was in einer Einteilung in zwei Streitkräfte hervorging – Landstreitkräfte und Luftwaffe. Eine organisatorische Einheit kam jedoch dazu, welche das Logistische Hauptdirektorat war.¹⁹⁴

Ab November 1997 trat neben einem neuen Ausbildungssystem für Wehrpflichtige auch eine Einführung eines kombinierten Wehrpflichtsystems in Kraft.¹⁹⁵ Dies bedeutete, dass Rekrutierungen durch die gewohnte verpflichtende Einberufung und durch Freiwillige erfolgten. Es wurde auch der professionelle Charakter der Streitkräfte verstärkt z.B. durch die Einführung eines neuen Beförderungssystems für Offiziere und die Gründung eines Unteroffizierskorps neuen Typs geschaffen.

¹⁹⁰ Resolution Nr. 88/1995/VII.6, Fakten über Ungarn: Die Ungarische Landwehr, die Honvéd Armee, Nr. 2/1999, Publikation des Ungarischen Außenministeriums, S. 3

¹⁹¹ Vgl.: a.a.O.

¹⁹² Vgl.: a.a.O.

¹⁹³ Vgl.: a.a.O.

¹⁹⁴ Vgl.: a.a.O.

¹⁹⁵ Vgl.: a.a.O.

Auch die Erweiterung der zivilen Kontrolle über das Militär wurde vorangetrieben.¹⁹⁶

Im Kontext des NATO-Beitritts bedeuteten all diese Anstrengungen das Hinarbeiten auf die von der Regierung gesetzten sicherheitspolitischen Ziele. Im Detail waren das die Fähigkeit der Zusammenarbeit mit militärischen Systemen der NATO. Es wurden die Grundlagen der intellektuellen Kompatibilität und Interoperabilität geschaffen. Fremdsprachenunterricht für Offiziere und Unteroffiziere wurde Standard, und das Ausbildungssystem wurde nach NATO-Normen modernisiert. Auch die Fähigkeit der nationalen Unterstützung von stationierten ausländischen Streitkräften war garantiert. Ein anderer Schritt war der Beitritt zum integrierten Luftabwehrsystem der NATO. Elitetruppen wurden auf die Teilnahme von Reaktionskräften der NATO vorbereitet. Das Bereitschafts- und Mobilmachungssystem wurde gemäß den NATO-Normen umorganisiert und die Anwendbarkeit der Bereitschaftskräfte dadurch verbessert.¹⁹⁷

Die Reform des Militärs war u.a. eine direkte Folge des Beitrittsgedankens, neben wirtschaftlichen Überlegungen.

3.5.1 Innenpolitik

Seit dem Aufkommen des Themas „NATO-Beitritt“, war die breite Masse der ungarischen politischen Elite für einen Beitritt des Landes eingestellt. Beginnend mit dem UDF bis zum sozialistischen Premierminister Horn Gyula wurde eine klare Linie von Ungarns politischer Bühne vertreten, insbesondere vom damaligen Außenminister Géza Jeszenszky, einem starken Befürworter des Beitritts. Doch die NATO gab vor, dass vor einem Beitritt die Fragen bezüglich Rumänien und der Slowakei geklärt werden müssten. Dazu gab es einen Basisvertrag, der das gespannte Verhältnis zu diesen beiden Ländern klären und beseitigen sollte. Die Öffentlichkeit war anfangs gespalten und unsicher, ob ein NATO-Beitritt etwas

¹⁹⁶ Vgl.: Fakten über Ungarn: Die Ungarische Landwehr, die Honvéd Armee, Nr. 2/1999, Publikation des Ungarischen Außenministeriums, S. 4

¹⁹⁷ Vgl.: a.a.O.

bringen würde und ob in einem Ernstfall ein anderes Land Ungarn zu Hilfe käme.¹⁹⁸

Für das ungarische Militär war es kein Problem mit den Anpassungen an den NATO-Standard zu beginnen, trotz des niedrigen Budgets. 1996 wurden Generalleutnant Ferenc Végh und Generalmajor Lajos Fodor zum den Chefs des Generalstabs ernannt, um den Beitrittsprozess geschickt in die Hand zu nehmen.¹⁹⁹

US-Diplomat *Richard Holbrooke* und der ehemalige US-Botschafter in Budapest *Donald Blinken* waren zwei wichtige Persönlichkeiten, die den ungarischen Beitritt begrüßten und nach Möglichkeit unterstützten. Besonders Donald Blinken machte Ungarns NATO-Beitritt zu seiner persönlichen „Sache“, so wie Szayna schreibt. Im weiteren Sinne war es unter anderem ihm zu verdanken, dass Ungarn aus dieser ersten Erweiterungsrunde nicht ausgeschlossen wurde.²⁰⁰

Ungarn bewies, dass sich die NATO auf das Land verlassen konnte. Dies zeigte der unumstrittene Wille zur Zusammenarbeit, wie man an den Bosnien-Operationen erkennen konnte. Beispielsweise war der ungarische Luftraum ab dem Jahr 1993 für NATO AWACS Aufklärungsflüge und andere Aufklärungsoperationen geöffnet. Des weiteren wurden alte ausrangierte Basen und Stützpunkte für NATO-Bodentruppen nutzbar gemacht, hinsichtlich der Operationen für die IFOR/SFOR. Eine logistische Basis befand sich in Südungarn in Taszár und Kaposvár. Durch die dauerhafte Stationierung von militärischem Personal (ca. 3500 bis 5000 US-Bodentruppen) erfuhr auch die unmittelbare Region einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung. Laut dem amerikanischen General Accounting Office (GAO) wurden bereits im ersten Jahr der IFOR-Aktivität in etwa 100 Mio. US-Dollar investiert um Taszár aufzurüsten.²⁰¹

¹⁹⁸ Nelson, Daniel N. (1997): *NATO's Metamorphosis and Central European Politics: Effects of Alliance Transformation*. Laxenburg: Österreichisches Institut für Internationale Politik: OIIP, S. 29

¹⁹⁹ Vgl.: a.a.O., S 29f

²⁰⁰ Vgl.: a.a.O., S 32

²⁰¹ Vgl.: a.a.O., S. 33

Der Anfang des Jahres 1997 war ein Wendepunkt, wie man mit dem bevorstehenden NATO-Beitritt umging. Zu diesem Zeitpunkt war es mehr oder weniger sicher, dass eine Einladung seitens der NATO schon bald erfolgen würde. Für dieses Jahr war außerdem noch ein wesentlicher Punkt vorgesehen: das NATO-Referendum.²⁰²

Im Auftrag der Regierung Horn bereisten Verteidigungsminister György Keleti und Außenminister László Kovács in den Jahren 1996 und 1997 die USA, Brüssel und andere NATO-Hauptstädte, um eine Festigung der Unterstützung zu erreichen, die seit den ersten Momenten der NATO-Osterweiterungsdebatte bestand. Auch bekräftigte Ungarn seine mögliche zukünftige Rolle als verlässliches NATO-Mitglied, durch die demonstrative Diskussion von Waffenkäufen.²⁰³

Im Jahr 1995 kam es im Herbst zu einer innenpolitischen Bedrohung für den angestrebten NATO-Beitritt. Die Arbeiterpartei, die zu dieser Zeit nicht im Parlament vertreten war, bekam genügend Unterschriften, um ein Referendum bezüglich NATO-Beitritt initiieren zu können. Die Arbeiterpartei war ermutigt von damals aktuellen Statistiken, welche besagten, dass eine Befürwortung des NATO-Beitritts unter 50% im Umfrageergebnis wäre. Jedoch war dieser Umstand nachvollziehbar, weil das Thema eines ungarischen NATO-Beitritts innenpolitisch noch nicht zur Sprache gekommen ist, da zu diesem Zeitpunkt noch keine formelle Einladung vorlag und die ungarische Öffentlichkeit noch nicht auf dieses Thema aufmerksam gemacht und sensibilisiert wurde. Die Regierungs- und Oppositionsparteien unterstützten dieses Referendum zu dieser Zeit nicht, weil sie glaubten, dass es ein Fehler wäre die Öffentlichkeit zu konsultieren, noch bevor überhaupt eine offizielle Einladung der NATO vorlag. Das Parlament erklärte jedoch, dass es diese Idee eines Referendums zu einem angemessenen Zeitpunkt unterstützte.²⁰⁴

²⁰² Dákai, Zsuzsanna (2003): NATO Membership and Hungarian Domestic Politics in the Nineties, in: Kovács, András; Wodak, Ruth (2003): NATO, Neutrality and National Identity: The Case of Austria and Hungary, S. 86

²⁰³ Nelson (1997), S. 33

²⁰⁴ Vgl.: Valki, László (1999): Hungary's Road to NATO, in: The Hungarian Quarterly, Vol. XL, No. 154, Summer 1999 <http://www.hungarianquarterly.com/no154/003.shtml>,

Im Juli 1996 bekam Ungarn die offizielle Einladung für einen vollwertigen NATO-Beitritt. Am 16. November fand das Referendum über den Beitritt statt, welches mit überwältigender Mehrheit für einen solchen ausging. Im Mai 1998 wurde die sozialistisch geführte Regierung Horn abgelöst und durch eine bürgerliche Koalition mit Viktor Orbán an der Spitze abgelöst. Diese neue Regierung setzte den „Pro-NATO-Kurs“ seines Vorgängers fort.²⁰⁵

Die ungarische Regierung setzte alles daran, die Honvéd-Armee zu verkleinern. Im Vergleich zu anderen Armeen in der Region, war die Truppengröße schon im Jahr 1998 relativ klein, gemessen an der Größe des Landes und der Zahl der Bevölkerung. Jedoch war die NATO mit dieser Entwicklung nicht gerade unzufrieden, denn eine kleine gut ausgebildete und trainierte Armee würde weitaus mehr bringen als eine große, mangelhaft ausgerüstete. Das Militärbudget war gering, etwa 1,4% des BIP im Jahr 1997, was ungefähr 67 Mill. Forint waren, war verglichen mit der Höhe des Militärbudgets von NATO-Staaten relativ klein (ca. 2,2 % des BIP). Dieser Umstand wurde von Experten stark kritisiert, da man der Meinung war, dass eine derart ineffektive Armee erstens keinen Nutzen für die NATO bringen würde, und zweitens wäre man so nicht in der Lage die eigene Souveränität zu verteidigen.²⁰⁶

Nichtsdestotrotz war es für die damalige Regierung Horn klar, dass ein Beitritt unbedingt stattfinden müsse. Es wurde von Ungarn der Standpunkt vertreten, dass durch eine Mitgliedschaft ein Mitreden und Mitbestimmen auf Ebene der internationalen Politik ermöglicht werden würde.²⁰⁷ Das deutet stark darauf hin, dass Ungarn durch eine Mitgliedschaft durchaus bestrebt war und ist, an der Gestaltung der internationalen Politik aktiv mitzuwirken.

²⁰⁵ Blinken, Donald (1999): How NATO Joined Hungary, in: European Security, Vol. 8, No. 4, London 1999, S. 128

²⁰⁶ Nelson (1997), S. 36

²⁰⁷ Vgl.: a.a.O., S. 37

3.5.2 Die ungarische Verfassung

Die Verfassung der ungarischen Republik garantiert die grundlegenden individuellen und kollektiven Bürgerrechte und schreibt gleichzeitig für alle Staatsbürger die Landesverteidigung, den verhältnismäßigen Beitrag zum Staatshaushalt und den Unterricht der Kinder als Pflichten fest.²⁰⁸

Die 386 Abgeordneten des Einkammernparlaments werden von den Staatsbürgern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, in gleicher, geheimer Wahl direkt gewählt. 176 Abgeordnete werden in Wahlkreisen gewählt - wobei in der ersten Runde die absolute Mehrheit vorgeschrieben ist, weswegen es meistens zu einer zweiten Runde kommt, bei der die relative Mehrheit genügt - 152 Abgeordnete kommen von regionalen Listen ins Parlament und 58 Mandate sind auf einer landesweiten Liste zu haben, die entsprechend der Reststimmen verteilt werden. Um ins Parlament zu kommen benötigte eine Partei 1990 4%, 1994 5% der Stimmen. Zur Initiierung einer Volksabstimmung sind der Präsident, die Regierung, mindestens fünfzig Abgeordnete oder mindestens 100 000 Wahlberechtigte nötig. Wird die Initiative von 200 000 Staatsbürgern unterschrieben ist das Parlament verpflichtet eine Volksabstimmung abzuhalten. Über ein und dieselbe Frage darf innerhalb von zwei Jahren nicht zweimal abgestimmt werden. Das Parlament garantiert die verfassungsmäßige Ordnung der Gesellschaft, entscheidet über die Regierungsstrukturen, deren Richtung und Bedingungen. Es kann aus den Abgeordneten Ausschüsse, gegebenenfalls Unterausschüsse, bilden. Die wichtigsten Kompetenzen sind die Schaffung der Verfassung, Gesetzgebung und die Wahl in die wichtigsten staatsrechtlichen Ämter. Zu einer eigenen Funktion wurde auch die parlamentarische Kontrolle der Regierung. Diese Aufgabe haben im Plenum neben der größeren Aktivität der Opposition die Anfrage, die dringliche Anfrage und der Zwischenruf, bzw. die hierzu eingesetzten Organe (Rechnungshof, ständige Kommission und ad hoc Untersuchungskommission).²⁰⁹

²⁰⁸ Vgl.: Keresztes, Lajos (1998): Ungarns Vorbereitungen auf den NATO-Beitritt, in: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.8/1998, Köln 1998, S. 8

²⁰⁹ Vgl.: Keresztes (1998), S 8ff

Die drei Parlamentskommissare - für Bürgerrechte, für nationale und ethnische Minderheiten bzw. für Datenschutz - haben eine beachtliche Rolle auf Probleme aufmerksam zu machen, Vorschläge zu unterbreiten. Ein Recht konkrete Entscheidungen zu treffen haben sie nicht. Der Präsident der politisch relativ schwach ist, hat das Amt des Staatsoberhauptes inne, symbolisiert die Einheit der Nation kontrolliert die demokratische Funktion des Staates. Der Präsident wird auf Vorschlag von mindestens fünfzig Abgeordneten mit Zweidrittelmehrheit auf fünf Jahre vom Parlament gewählt. Die wichtigsten staatsrechtlichen Aufgaben bestehen in der Repräsentation des ungarischen Staates, das Schließen internationaler Verträge, die Einberufung und Auflösung des Parlaments zu ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen, Ansetzen von Wahlen zum Parlament und den Selbstverwaltungen und Vorschlag der Person des Ministerpräsidenten. Er kann im Falle von Bedenken beschlossene, aber noch nicht kundgemachte Gesetze zwecks Überdenkens ans Parlament zurückschicken oder die Meinung des Verfassungsgerichtshofes erbitten. Im Interesse der Stabilität, die zur Zeit des politischen und wirtschaftlichen Übergangs so wichtig ist, ist die Position des Ministerpräsidenten recht stark. Er kann nur mittels eines konstruktiven Misstrauensantrags, der von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten eingebracht werden muss, zu Fall gebracht werden. Die Verfassung definiert die Aufgabe der Regierung wie folgt: Sie schützt die verfassungsmäßige Ordnung, gewährleistet die Rechte der Staatsbürger, initiiert Gesetze, stellt deren Exekution sicher, leitet die Arbeit der zwölf Ministerien und der ihnen untergeordneten Organe, unter Mitwirkung des Innenministers versieht sie die gesetzliche Kontrolle der Selbstverwaltungen. Das Bestreben in der Übergangszeit die Gesetzmäßigkeit zu garantieren schuf einen Verfassungsgerichtshof, der die weitestreichenden Kompetenzen unter den europäischen hat. So gehört zu seinen Aufgaben die Normenkontrolle im Voraus und im Nachhinein, die Wahrheitsfindung bei verfassungsmäßigen Klagen und Kompetenzstreitigkeiten, die Feststellung einer rechtlichen Verantwortung seitens des Präsidenten. Die Parteien, die eine wichtige Rolle bei der Einhaltung des Verfassungsrahmens, beim Ausdruck des Volkswillens und deren Bildung spielen,

können sich frei formieren und funktionieren. Ein Gesetz verbietet ihre Präsenz an den Arbeitsplätzen der schlechten Erfahrung der Zeit der Staatspartei wegen. Ferner ist es den Mitgliedern der Streitkräfte und der Polizei untersagt Parteiämter zu bekleiden. In Ungarn sind Parteigründungen relativ einfach, so sind heute mehr als hundert Parteien eingetragen, von diesen ist aber kaum ein Dutzend regelmäßig aktiv. Die politische Stabilität des Landes ist auch daraus ersichtlich, dass keine der extremistischen Bewegungen die 5%-Hürde zu nehmen, keine vorgezogenen Neuwahlen nötig waren bzw., dass bei beiden Parlamentswahlen dieselben sechs Parteien ins Parlament einzogen. Die Stabilität der Parlamentsparteien, die Professionalität der Abgeordneten zeigt sich auch darin, dass im Gegensatz zur vorherigen Legislaturperiode die Rolle der sog. unabhängigen Abgeordneten gering ist. Das ungarische Recht unterstützt Parteiformationen, da nur diese Wahllisten erstellen können und mindestens fünfzehn Abgeordneten derselben Partei zur Bildung einer Fraktion von Nöten sind. Eine starke programmatische Änderung brachte der BJD/FIDESZ hinter sich, die sich von einer radikal-liberalen in eine christlich-nationalliberale Partei wandelte. Seit 1994 gab es zwei Ereignisse, welche die Kräfteverhältnisse in den Reihen der Opposition veränderten: Im Frühjahr 1996 hat sich die MDNP von dem UDF/MDF abgespalten, bzw. im Sommer 1997 wurde die KDNP-Fraktion infolge von Austritten und Ausschlüssen aufgelöst. Eine bedeutende Zahl der KDNP-Abgeordneten trat später zum BJD/FIDESZ über.²¹⁰

3.5.3 Parlamentsparteien und der NATO-Beitrittsgedanke

Die ungarische Parteienlandschaft widmete der Außenpolitik zum damaligen Zeitpunkt keine große Aufmerksamkeit, außer zu den Wahlen. Eine Besonderheit der sechs Parlamentsparteien, die 1994 ins ungarische Parlament gewählt wurden, war, dass sie alle den NATO-Beitritt befürworteten. Der bürgerliche Block wie der FIDESZ/BJD, die Christdemokraten KDNP, die Kleinlandwirtepartei FKGP und das UDF/MDF, sowie die Liberalen vertreten durch den BFD/SZDSZ und die USP/MSZP waren einstimmig für einen NATO-Beitritt Ungarns.

²¹⁰ Vgl.: Keresztes(1998), S. 9f

Das UDF/MDF und die Christdemokraten KDNP rückten das Thema NATO in das Zentrum der Diskussion um Ungarns Sicherheitspolitik. Sie vertraten die Ansicht, dass die NATO die effektivste Sicherheitsorganisation der heutigen Zeit sei, wobei der Status der PfP als nicht so überwältigend gesehen wurde. Jedoch würde eine NATO-Mitgliedschaft das Misstrauen zwischen den Ländern der Region abbauen. Die Kleinlandwirtepartei FKGP vertrat hingegen überhaupt keinen sicherheitspolitischen Standpunkt.

Indes war dieses Thema für den BJD/FIDESZ ein elementarer Punkt. Sie sahen Ungarns Sicherheit in den Händen der NATO gut aufgehoben. Der BJD/FIDESZ strebte im Vorfeld zu einem Beitritt bereits einen assoziierten Mitgliedsstatus an, und schätzte die PfP ebenfalls als nicht so hochrangig ein. Eine richtige Garantie für Sicherheit würde primär die Wirtschaftspolitik und nur an sekundärer Stelle die Militärpolitik sein.

Die Sicherheitspolitik basierte für die USP/MSZP auf zwei Säulen: auf ausgewogenen Beziehungen mit den Nachbarstaaten und auf der euroatlantischen Integration. Die Stabilität der Region hing für die USP/MSZP stark von einem NATO-Beitritt ab, gleichzeitig verlangte die Partei ein Referendum bezüglich NATO-Mitgliedschaft.

Der BFD/SZDSZ vertrat in dieser Angelegenheit einen ähnlichen Standpunkt wie der BJD/FIDESZ. Das primäre Mittel zur Durchsetzung von Sicherheitspolitik sei nicht militärischer Natur, sondern sollte zuallererst politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Charakter haben. Dennoch wird vom BFD/SZDSZ den internationalen Institutionen bei der Befriedung von Konflikten und zur Erhöhung der Stabilität eine wesentliche Rolle zugeschrieben.²¹¹

²¹¹ Póti (1999), S. 15f

3.5.4 Ungarns Beteiligung an PfP und IFOR/SFOR

US-amerikanische Truppen wurden von der ungarischen Regierung enthusiastisch erwartet. Es ging um den Aufbau einer Militärbasis bei der Ortschaft *Taszár* für die folgenden friedenserhaltenden Operationen der *Implementation Force* (IFOR).²¹² Ein besonderes Element der bilateralen militärischen Zusammenarbeit bildet die Tatsache, dass seit Anfang 1996 im Rahmen der IFOR, später SFOR, in mehreren südungarischen Basen amerikanische Truppen stationiert waren und im Schnitt etwa 100 000 US-Soldaten das Land überquert haben. Diese Einheiten, die ein vorgeschobenes Kommando der in Europa stationierten US-Landstreitkräfte darstellen und mit 2800 Mann in *Taszár* und mit einer 730 Mann starken Hubschrauberbasis in *Kaposújlak* den Nachschub für die in Bosnien stationierten amerikanischen Soldaten zu gewährleisten haben und gegebenenfalls als Lazarett zu funktionieren haben. Zur Ausbildung der amerikanischen Reservetruppe hat man in *Tatárszentgyörgy* einen Schießplatz gemietet. Es war für die ungarischen Militärs beruhigend, dass von US-amerikanischer Seite auf allen Ebenen Zufriedenheit mit der ungarischen Kooperationsbereitschaft signalisiert wurde, sowohl bezüglich der tatsächlichen Unterstützung als auch in Hinblick auf die Hintergrundtätigkeiten. Das kultivierte Benehmen und die guten Kontakte zur Bevölkerung seitens der im IFOR-Auftrag in Ungarn stationierten NATO-Truppen trug einen entscheidenden Teil zur Akzeptanz der Organisation durch die Ungarn bei. 57% der Bewohner der unmittelbar betroffenen Gemeinden haben eine eindeutig positive Meinung von den IFOR-Truppen, das ist höher als der landesweite Durchschnitt.²¹³

Die Honvéd-Armee nahm seit 1996 an der Friedenssicherungsaktion der NATO, genannt IFOR, später SFOR teil. Basierend auf einem Parlamentsbeschluss beinhaltete die multinationale NATO-Mission drei Bereiche für Ungarn: die Gewährleistung der Durchquerung des Territoriums und Überflug des Lauftraumes, Leistung von nationalen Empfangsunterstützungen den in Ungarn

²¹² Vgl.: Blinken, Donald (1999): How NATO Joined Hungary, in: *European Security*, Vol. 8, No. 4, London 1999, S. 109

²¹³ Vgl.: Keresztes (1998), S. 23f

stationierten Truppen und die Unterstützung dieser Truppen durch eine technische Einheit. Das Parlament genehmigte die Entsendung von 500 Soldaten zur Teilnahme an den Aktionen der IFOR-Truppen. So wurde z.B. das ungarische technische Kontingent in Kroatien bei der Ortschaft Okucani stationiert. Maßgebliche Aufgabenbereiche für die ungarische IFOR-Truppen waren Brückenbau, Instandsetzungsarbeiten für Straßen und Eisenbahnlinien, Aufgaben im Bereich der Terrainregulierung, Schnee- Eisräumung, Minensuche, Wasserforschung und Unterwasseraufklärung. Beispiele dafür waren insgesamt 1700 Tauchmissionen, Untersuchung einer Gebietsfläche von 102 000m² auf Feuergefährlichkeit und die bereits erwähnte Teilnahme an der Wiederherstellung der Brücke von Mostar.²¹⁴

Wichtig für sog. „out-of-area Operationen“ ist die mit dem internationalen Recht in Einklang gebrachte Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität. Das ist der Ausgangspunkt für den Einsatz von friedensschaffenden und friedenserhaltenden Operationen. Momentan ist nur die NATO zu derlei Einsatz und zum erfolgreichen Abschluss eines solchen Einsatzes befähigt.

Eine direkte sicherheitspolitische Herausforderung der PfP war die Implementierung und die kontinuierliche Teilnahme Ungarns am politischen und am sicherheitspolitischen Mechanismus der NATO, sowie die Beteiligung des Landes an dem von der NATO entwickelten Planungs- und Bewertungsprozesses.²¹⁵

Die Initiative zur PfP stammte von Les Aspin, dem US-Staatssekretär für Verteidigung (US Secretary of Defence), was er bei einem Verteidigungsministertreffen in Travemünde im Oktober 1993 vorbrachte. Die NATO übernahm diese Idee beim Brüssel Summit im Jahr 1994. Festgelegt wurde von vornherein, dass die PfP keinerlei Sicherheitsgarantien noch eine Garantie für

²¹⁴ Vgl.: Publikation des Ungarischen Außenministeriums: Die Ungarische Landwehr, die Honvéd Armee, Fakten über Ungarn, Nr. 2/1999, S. 8

²¹⁵ Vgl.: a.a.O, S. 7

eine Aufnahme in die NATO sei, jedoch eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von Sicherheit für die Staaten in Osteuropa übernimmt.²¹⁶

Die PfP war somit eine Art Vorbereitung auf Ungarns NATO-Beitritt im Jahr 1999. Es wurde mit dem Beitritt zur PfP im Jahr 1994 damit begonnen, auf eine künftige NATO-Kompatibilität und –interoperabilität hinzuarbeiten. Wesentliche Bestandteile dieser Partnerschaft waren die Umsetzung einer Transparenz des Militärbudgets, die Stärkung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, die Teilnahme an gemeinsamen Militärübungen und die Entwicklung der Fähigkeit zu gemeinsamen Aktionen mit NATO-Truppen auf dem Gebiet der Friedenserhaltung, der Such- und Rettungsaktionen und der humanitären Einsätze.²¹⁷

Ungarn verpflichtete sich bis Ende des Jahres 1997 den Interoperabilitätsanforderungen der NATO nachzukommen. Dies beinhaltete die Bereiche Such- und Rettungsaktionen, Luftverkehrsleitungseinrichtungen, Vereinheitlichung von Flugprozeduren, die Kompatibilität von Kommunikationseinrichtungen, die fremdsprachlichen Anforderungen der Stabsoffiziere und die Einrichtung eines „Feind-Freund-Kennungssystems“.²¹⁸

Ein Beispiel einer kooperationsfördernden Maßnahme im Rahmen der PfP war die Errichtung eines gemeinsamen ungarisch-rumänischen Friedenserhaltungsbataillons. Der Bataillonsstab nahm im Jahr 1998 an einem PfP-Manöver in Bulgarien statt, welches unter dem Namen „Co-operative Determination“ bekannt war. Ein anderes Beispiel für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des PfP war die Errichtung einer ungarisch-slowenisch-italienischen Friedenserhaltungsbrigade.²¹⁹

²¹⁶ Vgl.: Hyde-Price, Adrian (1996): The International Politics of East Central Europe: Manchester; New York: Manchester University Press, S. 247

²¹⁷ Vgl.: Publikation des Ungarischen Außenministeriums: Die Ungarische Landwehr, die Honvéd Arme, Fakten über Ungarn, Nr. 2/1999, S. 7

²¹⁸ Vgl.: a.a.O.

²¹⁹ Vgl.: a.a.O.

Die an der PfP teilnehmenden Verbände waren die in Tata, Hódmezővásárhely, und Szolnok stationierten Landeinheiten, das Ungarische Technische Kontingent, eine Hubschrauberstaffel der Luftwaffe, eine Transporthubschrauberstaffel und zwei Such- und Rettungshubschrauber. Diese von der Honvéd-Armee für die PfP designierten Einheiten bildeten auch in weiterer Folge den Kern der für die NATO designierten nationalen Truppen.²²⁰

Im Rahmen der PfP fanden zahlreiche gemeinsame Manöver, Übungen, Kurse, Konferenzen und NATO-Orientierungs- und weiterbildungslehrgänge statt. Im Jahr 1995 wurden in Ungarn Manöver unter den Namen „Co-operative Light“ und „Combat Rescue“ abgehalten, im Jahr 1996 die Stabsübungen „Co-Operative Chance“ und „Trimigrant“. Im Jahr 1997 fand in den USA das Manöver „Co-operative Nugget“ unter Teilnahme von 18 PfP-Staaten und fünf NATO-Staaten statt. Ein Jahr darauf wurde in Ungarn das Stabsleitungsmanöver „Co-operative Lantern“ durchgeführt.²²¹

Charakteristisch für die PfP und ihrer gemeinsamen Aktionen ist das hohe Maß an Kooperationsbereitschaft der teilnehmenden Staaten untereinander. Die unumstrittene Teilnahmebereitschaft und der Wille zur Kooperation mit anderen Ländern deutet auf das hohe Maß der ernsthaften Vorbereitungen hin, in Erwartung auf einen bevorstehenden Beitritt.

3.5.5 Management von Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik als Merkmal der ungarischen Sicherheitspolitik

Ungarn musste der NATO gegenüber bestimmte Zugeständnisse machen. Ein wesentlicher Punkt war hierbei die Beilegung von bilateralen politischen Konflikten, bei denen es um die ungarischen Minderheiten in den angrenzenden Ländern ging. Führende Mitglieder der NATO machten über diplomatische Kanäle unmissverständlich klar, dass eine Aufnahme Ungarns in die NATO auch von der

²²⁰ Vgl.: Publikation des Ungarischen Außenministeriums: Die Ungarische Landwehr, die Honvéd Armee, Fakten über Ungarn, Nr. 2/1999, S 7

²²¹ Vgl.: a.a.O., S. 7

friedlichen Beilegung dieser Konflikte mit Ungarns Nachbarstaaten abhängig sei. Staaten, die ethnische oder externe territoriale Konflikte haben, müssen diese in Übereinstimmung mit den OSZE-Prinzipien beilegen. Die Beilegung solcher Konflikte ist ein Faktor, der über die Aufnahme in die Allianz entscheidet.²²²

Das war teilweise ein Grund, warum die Regierung Horn sich anstrebte, bilaterale Verträge mit Rumänien und der Slowakei auszuhandeln, wobei hier zwei wesentliche Punkte von Bedeutung waren, nämlich der Verzicht auf eine revisionistische Veränderung der Grenzen und die Verbesserung der Lage der ungarischen Minderheiten in diesen zwei Ländern. Ziel der ungarischen Regierung war es nicht eine neuerliche Debatte über Minderheitenfragen und Grenzziehungen loszutreten, sondern sie wiederholte lediglich seine Position gegenüber diesen Fragen, die mit der Ukraine in einem bilateralen Vertrag bereits vereinbart wurden, in dem erklärt wird, dass Ungarn keine territorialen Forderungen gegenüber seinen Nachbarstaaten stellt und auch nicht in Zukunft stellen würde. Etwas komplizierter war die Situation in der Minderheitenfrage, wobei sich die Regierung Meciar in der Slowakei und die Regierung Iliescu in Rumänien nicht bereiterklärten den ungarischen Minderheiten in den jeweiligen Ländern mehr Rechte zuzugestehen.²²³

Im Zuge des Balladur-Plans konnte die westliche Diplomatie einen bilateralen Vertrag mit der Slowakei im Jahr 1995 aushandeln. Der Vertrag sprach beide Probleme an, die der internationalen Grenzen und der ethnischen Minderheiten. Dieser spezielle Vertrag regelte die Grenzangelegenheiten und die Rechte der ethnischen Minderheiten und machte sie vertraglich, rechtlich verbindlich in den weiteren bilateralen Beziehungen dieser Staaten. Von allen multilateralen Verträgen bietet dieser Vertragsabschluss die weitgehendsten Rechte für Minderheiten.²²⁴

²²² Vgl.: Valki, László (1999): Hungary's Road to NATO, in: The Hungarian Quarterly, Vol. XL, No. 154, Summer 1999, <http://www.hungarianquarterly.com/no154/003.shtml>, letzter Besuch am 13.07.2008

²²³ Ebd.

²²⁴ Ebd.

Der rumänischen Regierung missfiel die vertragliche Einigung zwischen Ungarn und der Slowakei und war nicht gewillt eine ähnliche Lösung betreffend dieser zwei heiklen Punkte anzustreben, und die Verhandlungen erschienen einige Zeit lang hoffnungslos. Den führenden westeuropäischen Staaten gelang es jedoch Rumänien umzustimmen und seine Politik bezüglich der Minderheiten zu ändern. Das Resultat war die Unterzeichnung eines bilateralen Vertrages zwischen Ungarn und Rumänien im Jahr 1996. Durch die Unterzeichnung der oben genannten zwei bilateralen Verträge mit Rumänien und der Slowakei, erfüllte Ungarn ein Kriterium zur Aufnahme in die NATO. Das alleine war jedoch noch nicht genug, um die bestehenden 16 NATO-Mitgliedsstaaten von einer Aufnahme zu überzeugen. Führende Beamte des ungarischen Außenministeriums glaubten, dass eine großangelegte diplomatische „Offensive“ notwendig wäre, um die notwendigen Stimmen zu erreichen und das Image Ungarns als aufnahmewürdigen Kandidaten zu optimieren. Hier war es der damalige ungarische Außenminister László Kovács und seine Kollegen, die bi- und multilaterale Gespräche in Angriff nahmen, um für die Aufnahme Ungarns zu verhandeln. Eine ähnliche Strategie wurde von Verteidigungsminister György Keleti und seinem Kabinett verfolgt.²²⁵

Die Gewährleistung der individuellen und kollektiven Rechte der Minderheiten hat für Ungarn eine hohe Bedeutung, da ein Drittel aller Ungarn außerhalb der Grenzen des Landes selbst als Minorität lebt. Ungarn ist sich seiner Verantwortung für die Sicherheit in dieser Region bewusst und legt einen besonderen Wert darauf, dass die Stabilität Mitteleuropas, das für seine nationale Vielfalt bekannt ist, durch keinen ethnischen Konflikt bedroht wird. Ungarn möchte mittels positiver Beispiele auf die Nachbarn einwirken.²²⁶

Von den 10,4 Millionen Einwohnern Ungarns sind: (350 000 - 400 000) Roma und Sinti, 37 511 (220 000) Deutsche, 17 577 (70 000) Kroaten, 12 745 (60 000) Slowaken, 8730 (25 000) Rumänen, 2953 (20 000) Serben. Wie man aus den

²²⁵ Vgl.: Valki, László (1999): Hungary's Road to NATO, in: The Hungarian Quarterly, Vol. XL, No. 154, Summer 1999, <http://www.hungarianquarterly.com/no154/003.shtml>, letzter Besuch am 13.07.2008

²²⁶ Vgl.: Keresztes, Lajos (1998): Ungarns Vorbereitungen auf den NATO-Beitritt, aus: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.8/1998, Köln 1998, S. 12

angeführten Zahlen ersieht, besteht eines der gravierendsten Probleme der nationalen Minderheiten in Ungarn darin, dass ihre durch Grenzziehungen, Aussiedlung und zwangsweise Bevölkerungstausch gesunkene Zahl nicht einmal die Reproduktion gewährleistet.²²⁷

Die Situation der Minderheiten wurde dadurch verschlechtert, dass in der realsozialistischen Ära ihre Vereine aufgelöst und infolge der Verstaatlichung den kirchlichen Organisationen der Minoritäten auch wirtschaftlich der Boden entzogen wurde. Die Umkehr der negativen Tendenzen versuchte zuerst das ungarische Parlament in der Verfassung von 1990, in dieser werden die in Ungarn lebenden Minoritäten als staatstragend anerkannt. 1993 beschloss das Parlament das Minderheitenschutzgesetz und kreierte das Amt eines Parlamentskommissars für nationale und ethnische Minderheiten, das zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte. Das Gesetz erkennt dreizehn Minderheiten an, die eine Zahl von 1000 Mitgliedern übersteigen, darunter Armenier, Bulgaren, Griechen. Diese gesetzliche Regelung garantiert neben den individuellen Rechten (Pflege von Muttersprache und Kultur, muttersprachlicher Unterricht, Gebrauch der Namen) auch die kollektiven Rechte gemäß Empfehlung des Europarates Nr. 1201 (Bildung von Selbstverwaltungen durch die Minderheit - 1997 gab es 817 -, bzw. parlamentarische Vertretung). Ungarn war das erste Land dieser Region, welches das Rahmenabkommen über Minderheitenschutz und die Charta der Minderheitensprachen unterzeichnete. Aus finanziellen Gründen ist Ungarn nur den sechs zahlreichsten Minderheiten gegenüber imstande die Vorschriften auf dem Gebiete der Kultur, Rechtspflege, Verwaltung und Massenkommunikation einzuhalten.²²⁸

Das Budget von 1996 unterstützte die zwölf Minderheiten Ungarns mit 4,6 Milliarden Forint über öffentliche Stiftungen. In einer besonderen Situation lebt die größte ethnische Minderheit des Landes, die Roma und Sinti. Diese Volksgruppe, die ein niedriges Bildungsniveau hat und in vielerlei Hinsicht in einer nachteiligen Situation lebt, kann man als die wahren Verlierer der Wende ansehen. Die Regierung fasste am 29. Juli 1997 einen Beschluss zu einem komplexen , mittelfristigen Aktionsplan zur Hebung des sozialen, wirtschaftlichen und des

²²⁷ Vgl.: Keresztes (1998), S. 12f

²²⁸ Vgl.: Keresztes (1998), S. 13f

kulturellen Niveaus der Roma und Sinti - im Einklang mit den Empfehlungen der Stellungnahme der Europäischen Kommission über Ungarn. Dieser Beschluss fasst die seitens der Regierung zwecks Förderung der ungarischen Roma und Sinti zu machenden Schritte auf dem Gebiete des Unterrichts, der Bildung, der Beschäftigungspolitik, Gesundheitswesen, Sozial- und Wohnungswesen, Gebietserschließung und Vorbeugung der Diskrimination zusammen. Die Situation der Minderheiten in Ungarn ist global betrachtet befriedigend, wie dies auch die Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Ausdruck brachte. Nicht ein politischer Wille sondern primär die Geldnot hindert sie an der Ausübung ihrer Rechte. Z.B. auch die Schwierigkeiten, auf die der Parlamentskommissar für Minderheitenrechte hingewiesen hat, haben ihren Ursprung in den wirtschaftlichen Problemen der Selbstverwaltungen. Er bezeichnete die Praxis Gelder, die eindeutig zur Finanzierung von muttersprachlichem Unterricht überwiesen wurde, teilweise zum Erhalt von Institution zu verwenden als gesetzwidrig. Zwar sind mehrere Abgeordnete, die ihre Zugehörigkeit zu ethnischen und nationalen Minderheiten öffentlich bekennen, als Kandidaten der einzelnen Parteien ins Parlament eingezogen, dennoch ist die parlamentarische Vertretung der Minderheiten derzeit als ungelöst zu betrachten.²²⁹

Ein wesentlicher Punkt war somit die Lösung der Probleme mit den Nachbarländern Slowakei, Rumänien und auch der Ukraine. Ausgangspunkt für die Probleme waren die schon angesprochenen mehr als 3 Mio. Auslandsungarn in diesen Staaten. Notwendig war eben der Abschluss von Basisverträgen mit vorhin genannten Ländern, weil man den NATO-Prinzipien zu entsprechen versuchte, und weil es als Beitrittskriterium galt, klare konfliktfreie Verhältnisse zu den Nachbarstaaten zu haben. Der Abschluss der Verträge war nicht einfach, da beide Seiten durch nationalistische Tendenzen auf sich aufmerksam machten. Dadurch, dass sich zankende Nachbarländer, was womöglich noch in einen bewaffneten Konflikt hineinführen könnte, für die NATO nicht von Nutzen ist, wurde auch seitens der EU Druck gemacht, um das bilaterale Verhältnis zwischen Ungarn und seinen Nachbarstaaten harmonischer zu machen. Die NATO mischte

²²⁹ Vgl.: Keresztes (1998), S. 14

sich in die konkrete Problematik aus Respektierung der Souveränität nicht näher ein und ergriff auch nicht Partei, verlangte aber klar und deutlich von Ungarn das Problem zu lösen.²³⁰

²³⁰ Vgl.: Nelson, Daniel N. (1997): NATO's Metamorphosis and Central European Politics: Effects of Alliance Transformation. Laxenburg: Österreichisches Institut für Internationale Politik: OIIP, S. 34

3.6 Das NATO-Mitglied Ungarn und seine künftige sicherheitspolitische Perzeption

Der ungarische Weg zielt auf Initiativen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit ab. Betreffend der Minderheiten, der bilateralen Kooperation mit Rumänien und der Ukraine und der Rekonsolidierung Jugoslawiens sind konkrete Ansatzpunkte vorhanden, wie sich die ungarische Sicherheitspolitik weiterführen lässt. Durch die Akzentuierung einer europäischen Sicherheitspolitik besteht für Ungarn die Möglichkeit regionale Belange effektiver zu implementieren, da das Land schon immer eine gewisse Vermittlerrolle gespielt hat und als „Fährenland“²³¹ zwischen Ost und West angesehen wurde. Außerdem sah Ungarn zum Jahr 1999 die WEU als Mittel zum Umgang mit regionalen Herausforderungen. Dennoch ist die NATO für Ungarn der primäre Garant für Friedenssicherung in Europa. Die im Jahr 1998 vom ungarischen Parlament angenommenen „Grundsätze der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Republik Ungarn“ sagen eindeutig aus, dass das Land auch langfristig die transatlantische Zusammenarbeit als Faktor von grundlegender Bedeutung für die europäische Sicherheit ansieht und im Rahmen der paktinternen Kooperation die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität unterstützt, was wiederum ein wichtiges Element für die ungarische Integrationspolitik bilden würde.²³² Ungarn ist der Meinung, dass es eine klare Kompetenzenabgrenzung zwischen NATO und der EU und deren Koordination geben müsse. Eine kontinuierliche Stabilität des transatlantischen Gefüges wäre eine Vorbedingung für ein effektives europäisches Krisenmanagement. Der damalige ungarische Außenminister János Martonyi hielt fest, dass zu den grundlegenden Aufgaben der europäischen Verteidigungspolitik das Krisenmanagement wäre, die kollektive Verteidigung jedoch im Wirkungskreis der NATO verbleibt. Die Beteiligung an der Ausformung der europäischen

²³¹ Vgl. Kiss

²³² Vgl.: Lang, Kai-Olaf (1999): Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension- Teil I: Die Haltungen Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns, aus: Aktuelle Analysen - Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.62/1999; Köln 1999, S. 5

Sicherheitspolitik war aber auch für Ungarn als NATO-Mitglied ein betont starker Wunsch.²³³

Alleine mit dem Beitritt in die NATO war die Integration noch nicht abgeschlossen. Es besteht immer noch ein langwieriger Prozess respektive Heeresreform und die Beseitigung von bereits genannten Defiziten. Die Reform der Honvéd-Armee wurde für den Zeitraum 2000 bis 2010 festgelegt. Die Ziele: eine Reduktion der Truppenanzahl, Gewährleistung der Leistbarkeit, Erreichung einer einfachen Mobilisierungsmöglichkeit ohne an Effektivität einzubüßen. Die Heeresreform wurde in drei Phasen eingeteilt. In der ersten Phase wurden Budgetmittel für Umstrukturierungen aufgewendet. In der zweiten Phase wollte man das Niveau und den Grad der Ausbildung verbessern, den Grad der Einsatzbereitschaft steigern und die Verbesserung der Lebensumstände für Soldaten verbessern. Die dritte Phase ist durch tiefgreifende technische Erneuerungen gekennzeichnet, sprich die Herstellung einer NATO-Kompatibilität und –interoperabilität.²³⁴

²³³ Lang, Kai-Olaf (1999), S. 5

²³⁴ Vgl.: Szabó, János (2000): 2000 – a haderőreform áttörésének éve, in: Kurtán, Sándor; Sándor, Péter; Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001, Budapest 2001; Szabó, János (2000): Das Durchbruchsjahr der Militärreform, in: Kurtán, Sándor; Sándor, Péter; Vass, László (Hrsg.): Politisches Jahrbuch Ungarns 2001, Budapest 2001, S. 414ff

Resumé

Es ist ersichtlich, dass sich Ungarn im Lauf der letzten 20 Jahre immens um eine Re-Integration in die europäische Staatenstruktur und in den sog. westlichen Kulturkreis bemüht hat. Das äußerte sich nicht nur in einer Annäherung in wirtschaftlicher Hinsicht – noch einige Jahre vor dem Fall des Eisernen Vorhangs -, sondern auch zunehmendst in sicherheitspolitischer Hinsicht. Denn für das Land Ungarn und seine Nachbarstaaten war während und nach der sog. Politischen Umstrukturierung (sprich: Systemwechsel) eine Abkapselung vom Warschauer Pakt ein weiterer elementarer Punkt auf dem Weg zur Unabhängigkeit von Moskau. Im Jahr 1991 kam es schließlich zur Auflösung des Militärbündnisses, was zunächst ein (militärisches) Machtvakuum im Donauraum/Visegradstaaten bedeutete. Für die Verteidigungspolitik Ungarns stellte sich nun eine neue Ära ein. Diese beinhaltete die Sicherstellung der verfassungsmäßig festgelegten Profile hinsichtlich Sicherheitspolitik und militärischer Organisation. Wesentlich dabei ist, dass anfangs verschiedene Konzepte zur Landesverteidigung in Erwägung gezogen wurden. Die endgültige Entscheidung als NATO-Mitglied in die weitere Geschichte Ost-, mitteleuropas einzugehen (neben Tschechien und Polen), war letztendlich das Produkt einer gemeinsamen Anstrengung und gemeinsamen Erklärung des Landes – sprich der Regierung und der Bevölkerung (Referendum). Um dieses Ziel zu erreichen waren viele einzelne Schritte und gemeinsame Bemühungen der staatlichen Organisationen von Nöten. Es bedurfte einer kompletten Umstrukturierung des militärischen Apparates (hinsichtlich Equipment, Organisation u. dgl.) und weitaus wichtiger die Ausarbeitung einer neuen sicherheitspolitischen Konzeption, um eine „ehrliche“ NATO-Kompatibilität zu erreichen. Es war von vornherein klar, dass Ungarn sich vor eine große Aufgabe gestellt hat, die es galt zu bewältigen. Als erste Schritte wurden neben einem neu ausgearbeiteten Sicherheitskonzept und einer Rationalisierungswelle, auch die Erneuerung der militärischen Infrastruktur in Angriff genommen. Diese und weitere Aufgaben zur Erreichung des Ziels „Nato-Standard“ verlangten auf finanziellem Sektor ebenfalls einen Kraftakt. Der Prozentsatz des BIP für die Aufwendungen im Verteidigungssektor mussten entsprechend erhöht werden, jedoch anfänglich nur schrittweise. Für die NATO, für Russland und die Internationale Gemeinschaft

waren diese Entwicklungen in OME eine neue, vor 1989 noch undenkbbare Sache. Der Austritt aus einem Militärbündnis und der Wille zum Beitritt (bzw. in weiterer Folge dann der Eintritt in ein anderes Militärbündnis).

Warum war der Wille einer Integration in das Militärbündnis NATO überhaupt gegeben?

Dafür waren verschiedene Faktoren die Ursache: einerseits galt es aus rein nüchterner Überlegung den Anforderungen einer verfassungsmäßig festgelegten Vorgabe zunächst intern zu entsprechen. Man kam im Laufe dieser internen Entwicklung (Verbesserungen, Rationalisierungsmaßnahmen) und nach langer Überlegung zu dem Schluss, dass durch den Beitritt in ein Militärbündnis der Effektivität der Landesverteidigung mehr geholfen sei, und es spielte eine wesentliche Rolle im Zusammenhang mit der Nachbarschaftspolitik.

Andererseits war der Wille zu einem Beitritt dadurch geprägt, dass man sich psychologisch und physisch vom damaligen großen Bruder Russland abkapseln wollte. Die Furcht war gegeben, aus historischen Erfahrungen auf der einen Seite, wegen den inneren Instabilitätsfaktoren Russlands auf der anderen Seite und außerdem durch die deutlich wahrnehmbare russische Ablehnungshaltung bezüglich des NATO-Beitritt Ungarns. Aus diesen drei Faktoren wurde ein Bedrohungsbild konstruiert. Als Reaktion war der NATO-Beitritt Ungarns die einzige Lösung, um eine Sicherheitsgarantie und einen militärischen Schutz gegen die scheinbare Bedrohung durch Russland zu erhalten. Die oft angesprochene Integration bzw. Wiedereinbindung in das westliche Wertesystem, wovon in den ungarischen Publikationen so oft die Rede ist, war damit vollendet. Wie man erkennt, wurden die Interessen Ungarns auf eine wahrgenommene Realität ausgelegt. Die Wahrnehmung von Realität wird vom sozialen Kontext des Akteurs beeinflusst, woraus resultiert, dass die Wahrnehmung der Wirklichkeit ein soziales Konstrukt sei. Die gesetzten Handlungen, die aus einer Reaktion auf das Wahrgenommene hervorgehen, erzeugen somit ihrerseits erneut eine andere Realität. Die politische Wirklichkeit sei somit das Ergebnis von sozial

konstruiertem Verhalten. Deswegen bin ich der Meinung, dass der Konstruktivismus am ehesten auf dieses Phänomen der NATO-Osterweiterung im Falle Ungarns anwendbar ist.

Russland war als Reaktion über diese Entscheidung Ungarns NATO-Mitglied zu werden erzürnt, und es folgten einige bilaterale Komplikationen, die jedoch in weiterer Folge an Vehemenz und Bedeutung verloren.

Letztendlich war der Beitritt zur NATO durch den Gedanken einer „Wiedervereinigung mit dem alten Europa“ geprägt. Das bedeutete, dass sich Ungarn scheinbar doch, so wie es immer vermittelt wird, stets als Teil der sog. westlichen Werte- und Kulturgemeinschaft verstanden hat, zu welcher das Land sozusagen „zurückkehren“ wollte. Es fühlte sich offenbar in der Herberge der westlichen Staaten Europas geborgener, als davor im „östlichen Lager“ die Rolle der „lustigsten Barracke“ zu übernehmen.

Das alles war somit ein Teil einer zielstrebigem Entwicklung eine sozusagen „vernünftige“ Sicherheitspolitik zu schaffen, eine Reintegration in den Westen zu erreichen und eine gute Außenpolitik, sowie eine gute Nachbarschaftspolitik zu verfolgen.

Die Prioritäten für Ungarn nach dem Fall des Eisernen Vorhangs waren bereits verdeutlicht worden. Dies ist die europäische und die euroatlantische Integration. Die Integration sollte zwei Gründe haben, nämlich Sicherheit und Stabilität für die Region und die Etablierung eines einheitlichen Europa. Infolgedessen wurde einer Vertiefung der transatlantischen Beziehungen nachgegangen. Dieses Vorhaben konnte nach der Ansicht Ungarns in erster Linie nur durch die NATO und die EU realisiert werden. Gemessen am militärischen Potential ist die NATO die einzige internationale Organisation, die durch glaubhafte Abschreckung Sicherheit und Stabilität für seine Mitgliedsstaaten gewährleisten kann. Durch Ungarns NATO-Mitgliedschaft ist Sicherheit und Stabilität nicht nur für das Land selbst, sondern auch für die Nachbarländer und übrigen NATO-Mitglieder möglich. Nach offizieller

Regierungsmeinung ist die Schaffung eines einheitlichen Europa grundlegend von einer weiteren NATO-Erweiterungsrunde abhängig – die schrittweise Erweiterung, die für die Stabilität des Kontinents wichtig ist und auch eine Ausweitung der europäischen Wertegemeinschaft möglich macht.

Durch die Regimewechsel in OME bzw. durch den in diesem Zusammenhang neuetablierten außenpolitischen Richtungswechsel hat sich auch die NATO veranlasst gesehen seine Position grundlegend zu ändern. Neben einer internen Veränderung, nämlich der Einrichtung einer neuen Kommandostruktur, einem Maßnahmenpaket zur Entwicklung einer europäischen Rolle in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten hat auch ein neues strategisches Konzept in die Statuten der NATO Einzug gehalten. Dieses sieht eine verstärkte Zusammenarbeit mit postsozialistischen Ländern vor, die in weiterer Folge diejenigen Behörden geschaffen hat, die seitdem für Kooperation zuständig sind. In der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre wollte die NATO die am besten vorbereiteten Länder aufnehmen, was Brüssel einstimmig als Gewinn für die Organisation bewertet hat, nicht zu letzt dadurch, dass die sog. „Stabilitätszone“ um einige hundert Kilometer nach Osten ausgeweitet wurde.

Im Zuge der Vorbereitungen auf den NATO-Beitritt musste Ungarn in kürzester Zeit viele schnelle Veränderungen bewerkstelligen. Im Interesse der Integration wurde die Prüfung des Aufbaus des Militärs durchgeführt, sowie seine Funktionsfähigkeit, den Stand der Entwicklung, sowie rechtliche Angelegenheiten auf Herz und Nieren getestet. Das Problem war anfangs, dass der Informationsaustausch zentral reguliert wurde, und es gab auch nur einen Informationskanal. Erst später wurden die notwendigen Fachgruppen auch allein wegen der Zunahme des Informationsverkehrs etabliert, die für Analyse und Reform zuständig waren. Die Information rund um den Zustand des Militärs und der Sicherheitspolitik mussten schnell ausgetauscht werden, um eine richtige Abstimmung mit den Vorgaben der NATO finden zu können. Fallweise war es sogar nicht möglich rechtzeitig und mit entsprechenden Schritten zu reagieren.

Um den Erweiterungsprozess zu beschleunigen, stellte die NATO nur die Minimalanforderungen an Ungarn und unterstützte die Umsetzung dieser wirkungsvoll. Diese aktive und unmittelbare Hilfe war eine Anstrengung, sich nur auf die wichtigsten Dinge zu konzentrieren.

Die Beitrittsverhandlungen waren zäh und mit Zugeständnissen und Lasten verbunden. Dies bewirkte eine Beschleunigung der sich jahrelang ziehenden Aufgaben auf militärischem Gebiet auf nur ein paar Monate. Konkrete Probleme gab es anfangs mit Fremdsprachenkenntnissen des in den Erweiterungsprozess involvierten Personals, mit der Ausbildung und den Übungen. Des Weiteren war die Kompatibilität der militärisch-technischen Ausrüstung nicht gegeben, geschweige von ihrer Interoperabilität, was eine wesentliche Veränderung im Bereich der Kommunikationstechnologie verlangte. Dennoch waren die verteidigungs- und sicherheitspolitischen Veränderungen von immenser Bedeutung. Sie mussten komplett erneuert werden und den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechen. Ab dem Beitrittsdatum wurden sämtliche aufgezählte Bereiche optimiert.

Die Stationierung von Atomwaffen war für Ungarn kein Thema. In jedem souveränen Staat gibt es Regeln, welche über den Einsatz bzw. die Stationierung von Atomwaffen entscheiden. Bezugnehmend auf den demokratischen Entscheidungsprozess, hätte nur das Parlament mit einer absoluten Mehrheit über solch eine Aktion entscheiden können; dennoch war klar, dass eine Stationierung von Atomwaffen auf ungarischem Boden nicht in Frage kommt.

Grundlegendes Prinzip der NATO als politische und militärische Organisation sind gemeinsame Verpflichtungen und die wechselseitige Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten. Daraus resultiert, dass jeder Mitgliedsstaat in der politischen und der militärischen Struktur gleichermaßen vertreten und integriert ist. Für Ungarn ist deshalb eine „à la carte-Auswahl“ der Vorteile nach französischem Modell kein gangbarer Weg.

Auch der EU-Beitritt war schon zu dieser Zeit ein Thema für Ungarn und ist bezüglich Sicherheitspolitik für das Land nicht vernachlässigbar. Ungarn zeigte die Absicht bei der Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik aktiv teilnehmen zu wollen. Parallel verläuft jedoch nach wie vor die Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Allgemein geht es um das Ziel, die Fähigkeit zur Krisenbewältigung auszubauen.

Das Management des Verteidigungsbudgets ist ein schwieriger Punkt, weil sich Ungarn nicht immer an den NATO-Standard halten konnte. Es gab einen Konsens der wichtigsten Parlamentsparteien über die Erfüllung des NATO-Standards bei den Verteidigungsausgaben, was z.B. im Jahr 1997 1,81% des BIP betrug. Schon ab Beginn der Heeresreform gab es verschiedene Konzeptionen dazu, wie am besten mit Budgetgeldern verfahren werden sollte.

Bezüglich der Aufgabenverteilung innerhalb der NATO vertrat Ungarn schon damals den Standpunkt, dass es keine sog. „alten“ oder „neuen“ NATO-Staaten gäbe, sondern ausschließlich NATO-Mitgliedsstaaten mit Rechten und Verpflichtungen. Die Aufgaben bestimmter Staaten werden nach Größe und Belastbarkeit verteilt, wodurch eine entsprechende Beitragszahlung erfolgt. Daraus ergibt sich, dass reichere Mitgliedsstaaten einen höheren Mitgliedsbeitrag leisten müssen, weniger reiche einen niedrigeren.

Der Punkt NATO-Beitritt und Russland war ebenfalls ein schwieriges Thema. Die offizielle Stellungnahme beinhaltet, dass der NATO-Beitritt Ungarns keinen negativen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen der beiden Länder hat. Während des Kosovo-Kriegs war das Verhältnis jedoch gespannt, ist aber mittlerweile wieder Vergangenheit. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es wieder geordnete Kontakte zwischen Ungarn, und Russland und beide haben die Absicht die Kontakte weiter zu pflegen. Ungarn hebt besonders die guten Handelsbeziehungen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland hervor.

Bei den out-of-area Operationen ist das Fortführen der partnerschaftlichen Beziehungen und die Bekräftigung des Dialogs als Basis entscheidend. Die ungarische Position ist, dass man sich in dieser Frage gegenüber der NATO nicht abkapseln und sich seiner unmittelbaren Umgebung nicht verschließen könne.

Die PfP wird bereits als eine Art Institution gesehen. Sie hat zwei Ziele. Erstens ist sie ein wichtiger Faktor in der europäischen Sicherheitsarchitektur, um Stabilität zu erhöhen und friedensgefährdende Gefahren zu verringern. Zweitens zielt sie auf die Etablierung einer Kompatibilität zwischen PfP-Streitkräften auf den Ausbau des gegenseitigen Vertrauens.

Bezüglich der Prioritäten vor dem NATO-Beitritt vertrat Ungarn eine ähnliche Position, wie die anderen beiden Beitrittsländer Polen und Tschechien. Es gab eine spezielle Situation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aus der allgemeinen sicherheitspolitischen Umwelt musste man radikale Veränderungen kreieren und sich in weiterer Folge auf die Vorgaben der NATO einstellen, um dem Anforderungsprofil einer NATO-Mitgliedschaft Genüge zu tun. Gesamtheitlich gesehen erwachsen die neuen Herausforderungen im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts. Die Zeit der großen bewaffneten Kriege ist vorbei, aber parallel gibt es neue Risiken und Gefahren, deren Komposition auch eine neuartige ist. Darüber hinaus galt es für Ungarn Vorbereitungen zu treffen, um die Fähigkeit unter Beweis zu stellen, den neuen Verpflichtungen gewachsen zu sein. Resultat war die Änderung der sicherheitspolitischen Philosophie Ungarns, welche auf zwei Pfeilern beruht – einerseits auf der Nutzung der eigenen Ressourcen, andererseits auf der euro-atlantischen Integration und der internationalen Zusammenarbeit.

Eine wichtige Priorität nach dem Regimewechsel war der Abzug der sowjetischen Truppen, welche 1991 abzogen. Danach konnte mit der Schaffung einer eigenen, selbständigen und unabhängigen Strategie begonnen werden. Erst nachdem dieser Punkt erledigt war, wollte man zum Abstecken neuer Ziele fortschreiten, welches eben die Integration in westliche Bündnisse beinhaltete. Daraus

resultierte, dass für Ungarn in erster Linie die NATO die strategische Priorität wurde, was sich im Jahr 1993 herauskristallisierte. Zwischen den Jahren 1993 und 1999 begannen die sicherheitspolitischen Vorbereitungen hinsichtlich des NATO-Beitritts.

Der entscheidende Faktor bei der ersten Aufnahmerunde war zweifellos die US-amerikanische Führung und ihr Einfluss auf die Agenda beim NATO-Gipfel in Madrid im Jahr 1997. Die Regierung Clinton und der US-Senat unterstützen die NATO-Osterweiterung sehr stark.

Ein weiterer Grund für die Aufnahme war die Fähigkeit der Visegrad-Staaten günstige innenpolitische Umstände zu schaffen. Dies waren politische Faktoren neben den Sicherheitsfaktoren. Subsumierend waren jedoch die politischen Faktoren in der ersten Aufnahmerunde ausschlaggebender als die sicherheitspolitischen.

Quellenverzeichnis

Albrecht, Ulrich (1999): Internationale Politik. Einführung in das System internationaler Herrschaft. 5. Auflage, München, Wien, Oldenburg

Baylis, John; Smith, Steve, Hg. (2001): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2nd edition, Oxford University Press

Buchbender, Ortwin (1992). Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Bonn: Herford. 3. Auflage

Filzmaier, Peter; Höll, Otmar; Gewessler, Leonore; Mangott, Gerhard (2006). Internationale Politik. Eine Einführung. WUV-UTB, Wien

Gärtner, Heinz (1997): Modelle Europäischer Sicherheit: Wie entscheidet Österreich?. Wien: Braumüller.

Hard, William; Visson, Andre (1949): The North Atlantic Road to Prosperity, in: The Reader's Digest Vol. 55, No. 327, Pleasantville, New York, July 1949

Keohane, Robert O. (1989): International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory. Westview Press. Boulder, San Francisco, & London

Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.) (1991): Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung. Piper, München, Zürich

Kovács, András; Wodak, Ruth (2003): NATO, Neutrality and National Identity: The Case of Austria and Hungary

Kurtán, Sándor ; Vass, László(1990): Das politische System der Republik Ungarn, in: Politisches Jahrbuch Ungarns 1991

Lemke, Christiane (2000): Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. München, Wien. Oldenburg

Meier-Walser, Reinhard C./Lange, Klaus (1996): Die Osterweiterung der NATO - Die Positionen der USA und Rußlands, aus: aktuelle analysen 3 der Hans-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, München 1996

Morgenthau, Hans; Thompson, Kenneth (1985): Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace, 6th ed., New York

NATO Handbuch 1995; NATO Presse- und Informationsdienst, Brüssel 1995

Nelson, Daniel N. (1997): NATO's Metamorphosis and Central European Politics: Effects of Alliance Transformation. Laxenburg: Österreichisches Institut für Internationale Politik: OIIP

Pradetto, August (Hg.) (1997): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen

Segert, Dieter; Machos, Csilla (1995): Parteien in Osteuropa: Kontext und Akteure; Opladen, Westdeutscher Verlag, 1995

Szabó, János (2000): 2000 – a haderőreform áttörésének éve, in: Kurtán, Sándor; Sándor, Péter; Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001, Budapest 2001; Szabó, János (2000): Das Durchbruchsjahr der Militärreform, in: Kurtán, Sándor; Sándor, Péter; Vass, László (Hrsg.): Politisches Jahrbuch Ungarns 2001, Budapest 2001

Varwick, Johannes/ Woyke, Wichard (1999): NATO 2000. Transatlantische Sicherheit im Wandel. Leske+ Budrich, Opladen

Waltz, Kenneth (1979). *Theory of International Relations*. Berkeley

Weber, Max (1978). *Soziologische Grundbegriffe – Sonderausgabe aus: Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen: Mohr.

Wendt, Alexander (1992): *Anarchy is What States Make of It*, in: *International Organization*, vol. 46, no. 2, S. 391-425

Woyke, Wychard (Hg.) (1995): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Opladen. 6.Auflage

Zellner, Wolfgang; Dunay, Pál (1998): *Ungarns Außenpolitik 1990-1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik*, Baden-Baden, Nomos, 1998

Schriftenreihen:

Balmaceda, Margarita (1997): *Institutions, Alliances and Stability. Thinking Theoretically about International Relations in Central-East Europe*, in: *European Security*, Vol. 6, No. 6, S. 85 - 109

Blinken, Donald (1999): *How NATO Joined Hungary*, in: *European Security*, Vol. 8, No. 4, S. 109 – 129, London 1999

Borawski, John (1996): *If Not NATO Enlargement: What does Russia Want?*, in: *European Security*, Vol. 5, No. 3 (Autumn 1996), London 1996, S. 381 - 395

Bozóki, András (1990): *Political Transition and constitutional change in Hungary*, in: *Südosteuropa*, 39.Jg., 9/1990

Czempiel, Ernst-Otto: Europas Ordnungen 1999 - Ereignisse und Überlegungen an der Jahrhundertwende, aus: HSFK-Report 7/1999; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Czempiel, Ernst-Otto (1998): Eine neue Ordnung für Europa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr.4/1998: S. 357 - 377

Gärtner, Heinz (1998): Adapting NATO to New Security Structures, Wien, OIIP Österreichisches Institut für Internationale Politik, Herbst 1998

Gorbatschow, Michail (1988): Váltás a vezetésben”(“Wechsel in der Führung”); in: História, Budapest 1998; S.27 ff

Hendrickson, Ryan C. (1999): The Enlargement of NATO: The Theory and Politics of Alliance Expansion, in: European Security, Vol. 8, No. 4, S. 84-99, published by Frank Cass, London

Kay, Sean (1998): Deconstructing an Alliance, in: International Politics 35, No. 4, S. 485-503

Keresztes, Lajos (1998): Ungarns Vorbereitungen auf den NATO-Beitritt, aus: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.8/1998, Köln 1998

Kiss, László (1999): Ungarns Sicherheitspolitik nach der Wende. Euro-Atlantische Integration zwischen demokratischer Instabilität und kollektiver Unsicherheit, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Institut für Strategische Forschung, Nr. 2/99, Wien 1999

Kondorosi, Ferenc (1999): A NATO-csatlakozás közjogi összefüggése, in: Ezredforduló – Stratégiai kutatások a magyar tudományos akadémián, 4/1999, Budapest 1999 – „Die rechtlichen Zusammenhänge des NATO-Beitritts“, in:

“Jahrtausendwende – Strategische Studien an der ungarischen Akademie der Wissenschaften”, Nr. 4, 1999

Kupchan, Charles A.; Kupchan Clifford A. (1995): The Promise of Collective Security, in: International Security, vol. 20, no. 1, S. 52 -61

Lang, Kai-Olaf: Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension- Teil I: Die Haltungen Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns, aus: Aktuelle Analysen - Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.62/1999; Köln 1999

Matus, János (1999): Euroatlanti csatlakozás és biztonságpolitika, in: Ezredforduló – Stratégiai kutatások a magyar tudományos akadémián, 4/1999, Budapest 1999 – “Euro-atlantischer Beitritt und Sicherheitspolitik”, in “Jahrtausendwende – Strategische Studien an der ungarischen Akademie der Wissenschaften”, Nr. 4, 1999

Mearsheimer, John J. (1990): Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: International Security, vol. 15, no. 1, S. 5-56

Póti, László (1999): Defence Studies No. 27: Evolving Security Concepts and Defence Doctrines in Central and Eastern Europe: Papers from the ISDS Conference, 11-13 June 1998. Budapest: Institute for Strategic and Defence Studies.

Schimmelfennig, Frank (1999): NATO Enlargement: A Constructivist Explanation, in: Security Studies, Vol. 8, Numbers 2/3, Winter 1998/99-Spring 1999, Newbury House, 1999

Skalnes, Lars S. (1998): From the Inside Out: NATO Expansion and International Relations Theory, in: Security Studies, Vol.7, No.4, Summer 1998, S. 44-87

Szemerényi, Rita (1996): Central European Civil-Military Reforms at Risk, Adelphi Paper, No. 306, IISS, Oxford University Press

Sitzler, Kathrin (1989): Die Anfänge des politischen Pluralismus in Ungarn; in: Südosteuropa, 38.Jg., 11-12/1989

Urbani, Gustav (1993): Zu den militärdoktrinären Grundsätzen Ungarns und ihren Konsequenzen für die Reformierung der ungarischen Armee, Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS), DSS-Arbeitspapiere, Heft 9, Dresden 1993

Walt Stephen (1998): International Relations. One World, Many Theories, in: Foreign Policy, Special ed., Spring 1998, S. 29-46

Websites:

<http://www.nato.int/docu/basicxt/enl-9501.htm>, Study on NATO Enlargement

Valki, László (1999): Hungary's Road to NATO, in: The Hungarian Quarterly, Vol. XL, No. 154, Summer 1999, <http://www.hungarianquarterly.com/no154/003.shtml>,

Végh, Ferenc: Hungary's Emerging Security Policy in the 1990s, Study Project US Army War College, Carlisle Barracks, 1993, <http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA264025&Location=U2&doc=GetTRDoc.pdf>

Publikationen:

Publikation des Ungarischen Außenministeriums, 1998: „Ungarn und die NATO- ein neues Bündnis entsteht“, in: Fakten über Ungarn

Publikation des Ungarischen Außenministeriums 1999, „Die Außenpolitik des NATO-Mitglieds Ungarn“, in: Fakten über Ungarn Nr. 1/1999

Publikation des Ungarischen Außenministeriums: Die Ungarische Landwehr, die Honvéd Armee, Fakten über Ungarn, Nr. 2/1999

Solana, Javier (1999): Security in the 21st Century IDM Info, Nr.15/1999

Dokumente:

Dokumentation über die politische Stellungnahme der Landeskonzferenz der USAP vom Mai 1988, Südosteuropa, 37.Jg., 5/1988

Thesen des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, Moskau, 25.05.1995, in: Pradetto, August (Hrsg.) (1997): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen, S. 161-178

Verfassung der Republik Ungarn, § 40/A

Abkürzungsverzeichnis

AWACS	Airborne Warning and Control System
BFD/SZDSZ	Bund Freier Demokraten/Szabad Demokraták Szövetsége
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJD/FIDESZ	Bund Junger Demokraten/Fiatal Demokraták Szövetsége
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CEE	Central Eastern Europe
CJTF	Combined Joint Task Force
DPC	Defence Planning Committee
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
EKA	Ellenzéki Kerek Asztal/Oppositioneller Runder Tisch
ESDI	European Security and Defence Identity
EU	Europäische Union
FKGP	Független Kisgazdapárt/Unabhängige Kleinlandwirtepartei
GAO	General Accounting Office
IFOR	Implementation Force
KDNP	Keresztény Demokrata Néppárt/Christdemokratische Volkspartei
KISZ	Kommunista Ifja Szövetsége/Bund der kommunistischen Jugend
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NAC	North Atlantic Council
NACC	North Atlantic Cooperation Council
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NPG	Nuclear Planning Group
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OME	Ostmitteleuropa
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnership for Peace
SFOR	Stabilization Force
SU	Sowjetunion
SZOT	Szakszervezetek Országos Tanácsa/Rat der Gewerkschaften
UDF/MDF	Ungarisches Demokratisches Forum/Magyar Demokrata Fórum
UN/UNO	United Nations/United Nations
USAP/MSZMP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei/Magyar Szocialista Munkáspárt
USDP/MSZDP	Ungarische Sozialdemokratische Partei/Magyar Szociáldemokrata Párt
USP/MSZP	Ungarische Sozialistische Partei/Magyar Szocialista Párt
WEU	Westeuropäische Union
WP	Warschauer Pakt

ANHANG

Abstract

Die Arbeit behandelt die sicherheitspolitischen Veränderungen in Ungarn in der Zeit zwischen politischer Transformation 1989/90 und dem Beitritt zur NATO im Jahr 1999. Eingegangen wird auf den militärischen Aspekt der Sicherheitspolitik. Die Grundlage der Arbeit bilden ausgewählte Theorien der Internationalen Politik, welche als Ausgangspunkt für die spätere Bewertung des Phänomens NATO-Beitritt Ungarns dienen sollen. Es wird im Rahmen der Theorien der Internationalen Politik erklärt, warum sich Ungarn zu diesem Schritt entschieden hat und mit welchen Problemen und Herausforderungen im Lauf des Vorbereitungsprozesses zum Beitritt zu rechnen war. Aufgrund der entscheidenden Umwälzungen der Jahre 1989/90 ist ein historischer Rückblick unerlässlich. Er beleuchtet die politischen Begebenheiten kurz vor und während der Systemtransformation, wie das Aufleben einer Parteienlandschaft bis hin zum eigentlichen Thema, dem sukzessiven Aufkommen sicherheitspolitischer Überlegungen und deren Umsetzung in die Praxis. Es wird schließlich versucht der Frage nachzugehen, welche Auswirkungen die Hinwendung zum euroatlantischen Bündnis auf Ungarn, sowohl im nationalen, als auch im internationalen Kontext gehabt hat. Dabei spielt der Faktor Russland eine ganz wesentliche Rolle, wenn man bedenkt, welchen Einfluss er auf die Politik insgesamt und die Ausformung der Sicherheitspolitik Ungarns und des ostmitteleuropäischen Raums hatte. Weiters wird auf die sicherheitspolitischen Veränderungen im speziellen eingegangen, wie z.B. die Reform der Streitkräfte, der innen- und außenpolitischen Herausforderungen und der Ausgestaltung einer neuen Militärdoktrin.

Der NATO-Osterweiterungsprozess mit dem speziell behandelten Land Ungarn bildet somit vor dem Hintergrund der Theorien der Internationalen Politik die relevante Kernkomponente dieser Arbeit, wobei die sicherheitspolitischen Veränderungen im Kontext des NATO-Beitritts bewertet werden sollen.

LEBENS LAUF**Persönliche Angaben:**

Vor- und Nachname: Béla Szászy
 Anschrift: Davidgasse 76-80/12/11, 1100 Wien
 e-Mail: Bela_Szaszy@yahoo.de
 Geburtsdatum: 21.05.1977
 Eltern: Mutter – Katalin Szászy geb. Nagy; Hausfrau
 Vater – Béla Szászy sen., Pensionist
 Familienstand: ledig

Schulbildung:

1983 – 1986 VS, Herzgasse 87, 1100 Wien
 1986 – 1995 AHS, GRg V Reinprechtsdorfer Str. 24, 1050 Wien
 abgeschlossen mit Matura

seit 1995 Studium der Politikwissenschaft an der Fakultät
 für Human- und Sozialwissenschaften mit
 Zweitstudienrichtung Fächerkombination
 bestehend aus Geschichte und Philosophie

Fremdsprachen:

Englisch, Französisch, Ungarisch

Berufliche Erfahrung:

1994 bis 1999 Ferialarbeit bei Philips Austria GmbH.
 Kundenberatung und Verkauf im hauseigenen
 Personalverkaufsladen
 1995 Tascaria Maredo, Kellner; Ferialpraktikum
 1998 Librodisk AG, Kassier
 1998 Flughafen Wien, VIE Catering; Ferialpraktikum
 1998 Post AG, Zustelldienst; Ferialpraktikum
 1999 United Parcel Service, Key Entry
 Exportwarenregistrierung; Ferialpraktikum
 seit 1999 Siwacht Bewachungsdienst GmbH; Geld- und
 Werttransport, Empfangsdienst Philips Austria
 GmbH

Den achtmonatigen Präsenzdienst beim österreichischen Bundesheer absolvierte
 ich vom 01.10.2001 bis 31.05.2002